

PROTOKOLL

Begrüßung

Körber

Meine sehr verehrten Herren!

Darf ich Sie recht herzlich zu unserem 12. Bergedorfer Forum willkommen heißen. Ich freue mich ganz besonders, daß so zahlreiche Herren aus dem Ausland an diesem Gespräch teilnehmen. Mein ganz besonderer Gruß gilt den heutigen Referenten, Mr. Kitzinger und M. Delcour, und unserem Diskussionsleiter, Herrn Prof. Kogon.

Das Thema "Europa" bietet in der gegebenen politischen Situation eine Fülle von Problemstellungen. Eine klare Unterscheidung der Phänomene wäre geboten, um eine fruchtbare Auseinandersetzung zu ermöglichen. Ein Gespräch über diese Fragen erscheint deshalb so schwierig, weil dem gegenwärtigen Europa auf den verschiedenen Ebenen die verschiedensten Inhalte gegeben werden: politisch zeigt sich ein anderes Selbstverständnis als kulturell; politisch ergeben sich andere Möglichkeiten als ökonomisch. Europa wird für sich in seinem Existenzkampf gegenüber dem Kommunismus anders interpretiert als in seiner Verbundenheit zu den USA.

Zweifellos bildet die EWG das Kernstück der europäischen ökonomischen Einigung. Die wirtschaftliche Basis der europäischen Integration schien den Planern des Europagedankens einen politischen Zusammenschluß nach sich zu ziehen. Dieser Optimismus ist durch die offizielle französische Haltung in Zweifel gestellt.

Da ökonomische Maßnahmen nicht isoliert von politischen Prozessen durchgeführt werden können, befindet sich Europa zur Zeit im Stadium einer nicht ungefährlichen Stagnation. Die entscheidende Frage stellt sich doch heute im Hinblick auf den weiteren Weg, den die EWG nehmen wird. Diese Frage hat zwei Aspekte, erstens: Europa mit oder ohne England? Zweitens: ist auf die Dauer eine Einigung nur auf ökonomischer Basis möglich oder ist sie zum Scheitern verurteilt, wenn nicht eine politische Vereinigung folgt?

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß es hier in diesem internationalen Kreise von Sachkennern der europäischen Problematik gelingen wird, in einem offenen Gespräch die vielfältigen Möglichkeiten des zukünftigen Weges eines - wie auch immer gearteten - Europa aufzudecken. Um aus dem Stadium der jetzigen Stagnation herauszukommen, bedarf es einer Vielfalt von Ideen, die wir - wenn nötig - hart miteinander diskutieren sollten, damit das steckengebliebene Rad der europäischen Einigung wieder ins Rollen gebracht werden kann. Lassen wir uns daher nicht durch die Vielfalt der Perspektiven schrecken. Vor allen Dingen dürfen wir den eigentlichen Fragen, auch wenn sie für den einen oder anderen noch so unangenehm sind, nicht ausweichen. Wir müssen uns den zu lösenden Problemen stellen, um sie zu überwinden.

Meine Herren, lassen Sie uns das heutige Gespräch im Geiste eines Mannes führen, der sich diesen existentiellen Fragen bis zur letzten Konsequenz gestellt und dessen tragischer Tod uns alle tief erschüttert hat. Von John F. Kennedy stammt der Satz, den ich unserem heutigen Abend voranstellen möchte. Er sagte: "Ich möchte die Gewißheit haben, daß wir alle Tatsachen kennen, alle Alternativen gehört und jeder Kritik gelauscht haben". In diesem Sinne darf ich Sie nun, verehrter Herr Kitzinger, bitten, mit Ihrem Referat zu beginnen.

Kitzinger

Meine Herren!

Am Ende dieses Jahres, das den Abbruch der Verhandlungen zwischen England und der EWG brachte, in das der Tod Gaitskells, des Papstes und John F. Kennedys fiel, und eines Jahres, das uns noch sehr ernste Verhandlungen innerhalb der EWG bringen wird, möchte ich mich von allgemeinen Fragen der Tagespolitik etwas absetzen.

Lassen Sie mich einen Augenblick darüber nachdenken was eigentlich der wesentliche Charakter dieser EWG ist, das Ziel, dem sie zusteuern sollte oder zu dem sie hingetrieben werden könnte mit aber ich glaube, unter Umständen auch ohne England.

Über den logischen Wert der Thesen, die ich heute abend aufstellen möchte, darf es keine Illusion geben. Volkswirtschaftler stellen Modelle auf, die nicht als eine Beschreibung der Realität gelten, aber auch nicht als ein Aktionsprogramm; solche Modelle sind jedoch brauchbar, um bestimmte strategische Faktoren in der Komplexität des Gesamtbildes herauszuarbeiten, die zwar selbst nicht als Lösungen, aber doch als Werkzeuge zur begrifflichen Erfassung politischer Probleme gelten können.

Ich gehe von der sicher unbestrittenen Tatsache aus, daß der Nationalstaat, dem Herder kulturelle Eigenpersönlichkeit und Rousseau die juristische Persönlichkeit zugesprochen haben, heute im Zuge der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung eine überholte Gesellschaftsform darstellt. Es geht lediglich um die Frage, wie man in dieser Situation dem Traum des 19. oder sogar des 18. Jahrhunderts von unabhängigen, nebeneinander lebenden Nationalstaaten begegnet.

Wir haben in den letzten Jahren eigentlich vier Versuche erlebt, den Nationalstaat zu überwinden oder zu ersetzen.

Das alte Ideal einer Weltregierung ist politisch nie irgendwie relevant geworden.

So haben wir als zweites Ideal in Europa den Föderalismus als einen sehr intensiven, wenn auch geographisch sehr wenig extensiven Versuch, den Nationalstaat gerade in seiner alten Heimat zu überbrücken. Dieser europäische Föderalismus, der sich aus dem demokratischen Gedanken ableitet, ist wie Sie, Herr Dr. Körber, schon sagten, - heute leider etwas steckengeblieben.

Drittens: Die noch viel losere Form der konföderativen Zusammenarbeit, die wir schon im 19. Jahrhundert angefangen haben, wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa versucht. Aber hier ergab sich neben der Frage nach der demokratischen Verantwortung immer wieder das Problem der Hegemonie einiger Mitglieder in einer konföderativen Struktur. Es hat sich auch immer wieder die Frage nach dem Veto gestellt, das sich bei Organisationen wie der OECD trotz ihrer guten Arbeit hemmend ausgewirkt hat.

So hat man dann in Europa den vierten Versuch unternommen, den ich im Gegensatz zum europäischen Föderalismus als die Gemeinschaftsmethode kennzeichnen möchte. Sie geht, ohne mit einer Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa anfangen zu wollen, graduell, progressiv - zeitweilig technokratisch - vor. Aus ganz konkreten Gegebenheiten versucht sie, einerseits Kräfte und Pressionen auszulösen, die zur Integration führen, und andererseits alte Hindernisse auf dem Wege zur Integration zu beseitigen. Die Gemeinschaftsmethode kann mit einer "Dialektik der Intensität" am Ende auf einen europäischen Föderalismus zusteuern, sie unterscheidet sich jedoch im jetzigen Stadium völlig von einer föderativen Lösung. Diese "Dialektik der Intensität", die mit dem Ruhrproblem anfang, über die Kohle- und Stahlgemeinschaft, die Auflösung des Saarproblems zum Euratom und zur Wirtschaftsgemeinschaft führte, scheint mir vier Merkmale zu haben, die ich hervorheben möchte.

Das erste Merkmal ist, daß im völligen Gegensatz zu einem traditionellen zwischenstaatlichen Vertrag juristisch unaufhebbare, progressive und spezifizierte, genaue Bindungen eingegangen worden sind. Die juristische Unaufhebbarkeit ist vielleicht nicht radikal unterschiedlich von einem Staatenbündnis, aber die zeitliche Progressivität, die sich in der Staffelung der Zollabschlüsse am besten ausdrückt, scheint mir hier neu zu sein.

Das zweite, sehr viel wichtigere Merkmal ist sozusagen das Übereinkommen übereinzukommen. Man sagte sich von Anfang an: wenn wir in allen Details zum Beispiel die Agrarprobleme lösen wollen, dann werden wir das nicht so tun, wie es die englischen Unterhändler in Brüssel versuchten, nämlich alles protokollarisch festzulegen. Wir werden vielmehr eine Maschinerie zur Entscheidung dieser Probleme aufbauen, in der die Bereitschaft, übereinzukommen, durch einen progressiven Abbau der

nationalen Vetos juristisch sanktioniert wird. Es wird also in den Vertrag - und das ist noch wichtiger - die Zeitdimension bewußt eingebaut.

Über das dritte Merkmal, die Originalität der supranationalen Behörden und den sogenannten Dialog zwischen ihnen und den Regierungen, brauche ich mich in diesem Kreise nicht auszulassen.

Aber ich meine, man erhofft sich noch ein viertes bedeutsames Merkmal: daß nämlich mit dem Einbau der Zeitdimension in den Rom-Vertrag und mit der Staffelung der verschiedenen Aktionen der Versuch gemacht wird, die Bilanz der Vor- und Nachteile für jeden Partner in jedem Moment der Realisierung des Vertrages positiv zu gestalten, das heißt, daß in keinem Augenblick von einem der Staaten ein Opfer verlangt wird, das nicht schon durch Vorteile kompensiert ist oder sehr schnell kompensiert werden wird. Damit bleibt die Bilanz für jeden Staat immer positiv, solange er Mitglied ist - zumindest würde die Bilanz im Falle des Austritts in jedem Moment negativ werden.

Aus dieser EWG, diesem Euratom, dieser Kohle- und Stahlgemeinschaft wird mit Hilfe somit der "Dialektik der Intensität", die uns schon durch These und Antithese vom Ruhrproblem bis zur allgemeinen Wirtschaftsgemeinschaft geführt hat, theoretisch gesehen, die Politische Gemeinschaft entstehen. Doch scheint mir, daß der Vorgang oft falsch gesehen wird, indem man unterstellt, Politik und Wirtschaft seien zwei nebengeordnete Begriffe. Gewiß, in der heutigen Politik wird eine ganze Reihe von Dingen entschieden, die nicht wirtschaftlicher Art sind, aber der größte - oder doch ein sehr großer - Teil der wirtschaftlichen Entscheidungen ist sowohl wirtschaftlich wie politisch. Denn politisch sein heißt ein Problem auf eine bestimmte Art anpacken und eine Frage, sei sie nun wirtschaftlicher, kultureller oder militärischer Natur, zu einer gemeinschaftlichen Entscheidung durchdiskutieren. In diesem Sinne sind Politik und Wirtschaft begrifflich weder nebengeordnet, noch über- und untergeordnet, sondern es gibt wirtschaftliche Probleme, die politisch sind, und solche, die es nicht sind. Gerade dadurch, daß man die großen wirtschaftlichen Probleme, die bisher im Kontext der Nationalstaaten entschieden wurden, nach Brüssel abschiebt, ist die EWG schon eine politische Gemeinschaft und dies, indem sie eine wirtschaftliche ist.

Sieht man die Politik in diesem Sinne als einen notwendigen Entscheidungsprozeß an, in welchem gemeinsam über gemeinsame Dinge befunden werden muß, dann wird auch der Staat in dieser Betrachtung eine Maschinerie, die menschliche Gemeinbedürfnisse zu befriedigen hat, und in dem Moment, in dem er es nicht mehr oder nur ungenügend kann, müssen wir uns nach einer anderen Maschinerie umsehen, die diese Aufgabe besser erfüllt. Ist selbst eine einzelne Großmacht oder sogar ein Kontinent dazu in der Lage? Fragen wir uns, welche Dienste die Gesellschaftsform, die öffentliche Organisation heute leisten sollen, so gibt es eigentlich nur zwei, an denen wir die Organisationsform unserer Gesellschaft zu messen haben: erstens am Beitrag zur Lösung der vor allem ökonomisch-sozialen Ungleichheiten zwischen den Rassen und zweitens am Beitrag zum Problem des Ost-West-Verhältnisses. Die Frage nach der inneren Organisation Westeuropas oder der Atlantischen Allianz scheint mir nur insoweit wichtig zu sein, als sie zur Lösung der beiden anderen Probleme: des Nord-Süd- und des Ost-West-Problems beiträgt.

In der Tat hat die von mir bereits mehrmals erwähnte "Dialektik der Intensität", die die europäische Bewegung in den letzten fünfzehn Jahren entfaltet hat, innerhalb der Gemeinschaft während der letzten drei Jahre auch eine "Dialektik der Extension" ausgelöst. Die sechs Industriestaaten der EWG konnten schon 1956 untereinander nichts abmachen, ohne ihre gesamten afrikanischen assoziierten Länder in diesen Prozeß einzubeziehen. Der Zusammenschluß der Sechs im Herzen von Europa hat weiterhin eine völlige Umorientierung der jahrhundertelangen Politik Englands zur Folge gehabt. Die EFTA wurde als Reaktion auf die EWG aufgebaut. Als aber vor zweieinhalb Jahren die englische Politik in Richtung auf die EWG umschwenkte, wurde dadurch das veränderte Verhältnis des Commonwealth zu England derart aufgedeckt, daß zum Beispiel in diesem Sommer Ost-Afrika und Nigieren trotz des Zusammenbruchs der Verhandlungen zwischen der EWG und England neue direkte Kontakte zum Zwecke einer Assoziierung mit der EWG aufnahmen. Auch das Verhältnis Indiens zur EWG hat sich unter Umgehung Londons auf direktem Wege weiterentwickelt. Gleichzeitig änderte sich als Gegenstück zur englischen Umorientierung die amerikanische Handelspolitik - daher der "Trade Expansion Act" und der Vorschlag zur "Kennedy-Runde". François Perroux sprach früher einmal von der EWG als von "L'Europe sans Rivages". Ich habe damals in unserem Kampf das Buch als Gegner empfunden; vielleicht liegt aber gerade in diesem Titel heute eine sehr tiefe Wahrheit: die EWG hat als Kristallisationspunkt für viel weitere als europäische Umstellungen fungiert und hat als Pionierform neuer Ordnungsideen welthistorische Bedeutung erlangt.

Dennoch: mißt man unsere jetzige Organisationsform an den beiden wirklich wichtigen Aufgaben unserer Generation, dann kann man, so scheint mir, keineswegs sagen, daß wir schon entscheidend weitergekommen seien. Wir alle wissen, daß sich nicht nur Europa, sondern das ganze atlantische

Bündnis im Augenblick in einer prekären Lage befindet. Einmal haben sich die Wirtschaftspotenzen Europas und Amerikas im Verhältnis zueinander gewandelt; weiterhin stellt sich die Frage, inwieweit in einer nuklearen Welt ein Bündnis überhaupt prinzipiell noch möglich ist. Gerade aus der Unzufriedenheit mit dem Konzept eines Bündnisses in dieser neuen Welt hat ja Präsident Kennedy die Idee der Partnerschaft entwickelt. Sie war vielleicht nicht sehr genau definiert, und sie galt bisher eher oratorisch als administrativ, aber nun ist schon der Versuch, sie zu verwirklichen, problematisch.

Partnerschaft setzt immerhin zwei voraus, und jetzt sieht es nicht so aus, als ob wir mit dem heutigen Europa einen solchen Partner stellen könnten, denn dazu wäre eine große europäische Einigung nötig, an der zumindest auch England beteiligt wäre. Andererseits beunruhigt mich der Gedanke, daß eine partnerschaftliche Lösung des Verteidigungsproblems innerhalb einer Atlantischen Gemeinschaft nur begrenzt dazu beiträgt, der atomaren Bewaffnung einer Vielzahl von Einheiten in der Welt vorzubeugen. Außerdem läßt der Begriff der Atlantischen Partnerschaft auch in der Wirtschaft die Frage der Rivalität der beiden Wirtschaftseinheiten und in der Außenpolitik die Frage nach einer Dritten Kraft offen. Fragen, die man lieber nicht offengelassen sähe.

Unter diesen Umständen haben wir uns auf lange Sicht wohl weniger Gedanken darüber zu machen, ob die EWG mit oder ohne England zu entwickeln sei, als vielmehr über eine Atlantische Gemeinschaft, in die man die Neue Welt sozusagen einbezieht, um mitzuhelfen, die Spaltung der Alten Welt zu überwinden. Diese Atlantische Gemeinschaft sollte jene vier Merkmale haben, die ich auch für die Europäische Gemeinschaft eingangs definierte. Ich kann mir vorstellen, daß für einen Zeitraum von einigen Jahren eine solche Atlantische Gemeinschaft in der Verteidigungs- und der Außenpolitik, sowie in der Raumforschung und der Wissenschaft wichtige Fortschritte ermöglichen würde. An diesen großen Problemen gemessen, reicht weder die EWG noch das Atlantische Bündnis aus. Am Nord-Süd-Problem der Welt wird dies noch besonders klar. Gerade im Augenblick des englischen EWG-Eintrittsgesuches ist eine Reihe von Fragen zu Tage getreten, die sich nur auf einer geographisch breiteren Basis angehen lassen. Schon wenn es sich um Industrieprodukte handelt, tritt Japan, treten die sich industrialisierenden Länder in Erscheinung. Es kommen die Fragen des Absatzes der tropischen Produkte, sowie der Reorganisation der Landwirtschaften in den gemäßigten Breitengraden hinzu. Das Problem des Weltwährungssystems wäre vielleicht gerade noch auf atlantischer Basis lösbar, aber wenn es an die Grundprobleme der Entwicklungsländer geht, so will es mir scheinen, daß die atlantische Basis es uns vielleicht ermöglicht, zwar etwas für die Entwicklungsländer, nicht jedoch - worauf es politisch letztlich ankommt - etwas mit ihnen zusammen zu tun. Ich glaube, daß wir deshalb den Assoziationsvertrag, den die EWG 1963 neu geschlossen hat, viel mehr als Modell nehmen sollten, als wir es bisher außerhalb der EWG getan haben; wir sollten an Paritätsorgane denken, in denen hochentwickelte und entwicklungsbedürftige Länder gemeinschaftlich (im oben definierten Sinne) an diese Aufgaben herantreten.

So komme ich nun zu meiner allgemeinen Theorie. Wir haben uns aus historischen und technologischen Gründen an eine Organisationsform gewöhnt, in der unbegrenzte Kompetenzen auf ein begrenztes geographisches Gebiet beschränkt waren - an eine Organisationsform, die sozusagen vertikal war in dem Sinne, daß eine Instanz innerhalb gewisser geographischer Grenzen allgemeine Kompetenzen besaß. Das war im Zeitalter der vorhergegangenen technologischen Entwicklung - in einem Zeitalter, in dem Kultur mehr sprachlich als technisch bedingt war - eine durchaus adäquate Organisationsform. Heutzutage sollten wir als Modell noch eine weitere Dimension einführen, die horizontale, wenn man so sagen kann. Nicht unbegrenzte Kompetenzen in einem begrenzten geographischen Bereich, sondern begrenzte Kompetenzen in einem unbegrenzten geographischen Bereich, besser: in einem geographischen Bereich, der kongruent ist mit der Geographie eines Problems. Das würde zum Beispiel bedeuten, daß das Modell der Kohle- und Stahlgemeinschaft, das sich regional in Europa einige Verdienste erworben hat, auf regional vielleicht weniger begrenzte Gebiete ausgedehnt wird. Man sollte versuchen - so wie wir das in gewisser Hinsicht ja schon im "Hähnchenkrieg" getan haben;- , das Gewebe der funktionalen Organisationen der Vereinten Nationen mit dem Gewebe der regionalen Organisationen Europas in Kontakt zu bringen, um die einstweilen zu schwachen funktionalen Organisationen der Vereinten Nationen durch die Gemeinschaftsmethode zu festigen. Andererseits sollte man die Idee der politisch steckengebliebenen regionalen Organisationen Europas dazu verwenden, die größeren Probleme der Welt, die ja heutzutage gar nicht mehr in Europa liegen, anzuschneiden. In der Diskussion wird sicher eine Reihe von Fragen der lateralen Koordination von funktionalen Organisationen angeschnitten werden, wobei es mir scheint, daß die Vereinten Nationen, die ja schon die Weltbank, die Food and Agricultural Organisation (FAO) und andere weltweite Tätigkeiten zu koordinieren haben, darin eine leichtere Arbeit haben werden als in der Koordinierung Rußlands und Amerikas.

Um es kurz zu Ende zu bringen: wir sollten die EWG nicht unbedingt als eine Einheit, sondern als einen Prozeß, wir sollten sie nicht nur als eine regionale, sondern auch als eine funktionale Organisation bewerten. Wir sollten auf die Gefahren achten, die aus regionalen Blöcken entstehen, Gefahren, die auf lange Sicht auch rassistische Gefahren sein können. Wir sollten auf die Gefahren aufmerksam sein, die ideologische Blockbildungen mit sich bringen. Wir sollten uns nicht nur darüber Gedanken machen, wie man vertikale Organisationen auf eine noch höhere Ebene treibt und supranationale Organisationen aufbaut, sondern uns fragen, ob nicht entideologisierte, transnationale Organisationen im Augenblick eine mindestens ebenso große Bedeutung haben. Dieses Modell, ein pragmatisches, das weder ein großeuropäisches noch ein kleineuropäisches, weder ein föderalistisches noch ein hegemonialfranzösisches, sondern ein funktional am jeweiligen Problem orientiertes Organisationsmodell ist, sollten wir in dieser kritischen Zeit ernsthaft in Erwägung ziehen.

Kogon

Haben Sie vielen Dank für Ihre interessanten Ausführungen. Bevor wir auf Einzelheiten eingehen, bitte ich Herrn Delcour zu seinem Korreferat.

Delcour

Ich werde die Frage: "Wohin treibt die EWG?" vom Standpunkt eines französischen Journalisten aus behandeln. Ich bin Franzose, und als Franzose fühle ich mich bis zu einem gewissen Grad für die französische Politik mitverantwortlich. Es ist natürlich nicht immer leicht, als französischer Journalist zur Zeit in Deutschland tätig zu sein. Ich werde oft zu Tagungen oder zu Gesprächen eingeladen. (Tagungen sind in der Bundesrepublik ein Nationalsport geworden.) Nicht selten komme ich auch in Amerika-Häuser und werde dort wegen der französischen Politik immer wieder angegriffen. Ich erkläre also sofort: ich bin persönlich kein Gaullist; ich stehe vielmehr seit dem Anfang der Fünften Republik in der Opposition.

Mozer

Ich glaube, Sie werden in Deutschland manchmal so angegriffen, weil Sie kein Gaullist sind.

Delcour

Meine Zeitung "Le Monde" steht auch in der Opposition. Ich werde aber versuchen, objektiv zu bleiben und die heutige französische Politik sowie die europäische Entwicklung sowohl vom Standpunkt der gaullistischen Politik als auch vom Standpunkt der Opposition aus zu betrachten.

Lassen Sie mich zunächst einige Feststellungen treffen.

Erstens: Beim Machtantritt de Gaulles entstand im Ausland und insbesondere in der Bundesrepublik eine große Sorge. Man befürchtete, daß dieser ausgesprochene Anti-Europa-Politiker, Gegner der europäischen Politik der Vierten Republik, des EWG-Projekts, der Montanunion, mit allen Engagements der Vierten Republik brechen könnte. Man muß aber ehrlich genug sein und feststellen, daß dieser Fall nicht eintrat. Im Gegenteil: die Fünfte Republik hat die Engagements und Verträge der Vierten Republik immer honoriert. Darüber hinaus hat diese Fünfte Republik einen wesentlichen Beitrag zur guten Entwicklung der europäischen Politik und insbesondere der EWG geleistet.

Darf ich Sie an die ersten initiativen Reden von General de Gaulle selbst und dann auch von Herrn Debré, der in dieser Zeit Premierminister war, erinnern, die beide schon Ende 1958 wiederholt haben, daß Frankreich zu den Europa-Verträgen der Vierten Republik in bezug auf das europäische Gebiet stehen werde.

Zuerst mußte eine Voraussetzung geschaffen werden. Nach der Währungsreform ist nicht nur die Zahlungsbilanz, sondern auch die Handelsbilanz Frankreichs positiv geworden, so daß es heute über fast 4 1/2 Mrd. Francs Gold- und Dollarreserven, also beinahe ebenso viel wie die Bundesrepublik, verfügt. Dieser Erfolg erwies sich als ein großer Beitrag zur europäischen Politik, weil trotz allen guten Willens die Politiker der Vierten Republik anfangs nicht imstande gewesen wären, ihre Versprechungen und Engagements aus dem Rom-Vertrag zu erfüllen, wenn sich die finanzielle Situation weiterhin verschlechtert hätte. Frankreich konnte also seine Rolle als Mitglied der EWG hundertprozentig spielen. Die Regierung der Fünften Republik hat nicht nur die Versprechungen von Rom gehalten, sondern sogar manchmal das Tempo der Entwicklung, zum Beispiel des Abbaus der Zollgrenzen, beschleunigt. Das alles muß gesagt werden.

Zweitens: als der Wille des Generals de Gaulle, die europäische und auch die französische Politik der Vierten Republik fortzusetzen, klar geworden war, führte das manchmal zu übertriebenem

Optimismus. Dabei hat die besondere Haltung de Gaulles gegenüber der Bundesrepublik eine große Rolle gespielt. So wurde Bundeskanzler Dr. Adenauer als erster nach Colombey-Les-Deux-Eglises eingeladen. Dieser sorgfältig gepflegte Kontakt hat den Bundeskanzler sowie viele seiner Minister und Mitarbeiter zum Optimismus verführt bis zum Tage des merkwürdigen Treffens in Rambouillet, wo das Projekt des Generals de Gaulle, ein "Europa der Vaterländer" mit Veto- und Kündigungsrecht zu schaffen, unmißverständlich offenbar wurde: das Projekt der sogenannten Europäischen Union nach dem Plan Fouchet.

Dieser Plan ist auch in der Bundesrepublik von Anfang an mit großer Zurückhaltung aufgenommen worden. Dennoch hatten sich die meisten Partner dahingehend geeinigt, daß man den bescheidenen Plan als Basis für eine Weiterentwicklung ansehen könne. Dann traf man sich 1961 in Bad Godesberg. Auch dort herrschte noch Optimismus. Ein Jahr später war alles vorbei, die Verhandlungen waren endgültig gescheitert. Die Grenze der europäischen Politik des Generals de Gaulle war eindeutig erkennbar. Er wollte zwar die von der Vierten Republik geerbte Politik, die deutsch-französische Verständigung, fortsetzen und weiterentwickeln, jedoch für seine eigenen Ziele, die nichts mit den Zielen eines Robert Schuman oder eines Jean Monnet gemein hatten.

Es kam jetzt eine Philosophie ins Spiel, die zu der Robert Schumans in völligem Gegensatz steht. In ihr steht die Nation im Vordergrund, die Notwendigkeit der Souveränität des Staates, die Unmöglichkeit, auf irgendeinen Teil der Souveränität zu verzichten insbesondere auf dem Gebiet der Verteidigung. Diese Philosophie wurde zum ersten Mal klar gerade durch das Scheitern der Union-Politik.

Es kam dann ein zweiter Fouchet-Plan, der noch bescheidener war als der erste. Auch er scheiterte.

Es gab also für den General de Gaulle Grenzen der Entwicklung europäischer Integration und weiterhin wurde sichtbar, daß de Gaulle diese europäische Konstruktion ganz anders ansieht als seine Partner.

Drittens: Bei den EWG-Verhandlungen in Brüssel setzte der General erneut eine Grenze: Die europäische Entwicklung sollte England nicht einbeziehen. Für de Gaulle disqualifiziert sich ein Land, das auf einem so wichtigen Gebiet wie dem der Verteidigung auf einen Teil seiner Souveränität verzichtet, als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Es besteht kein Zweifel, daß diese Entscheidung zunächst von vielen Europäern nicht verstanden wurde. Auf der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 hatte sich der General zum ersten Mal präzise mit der Wirtschaft beschäftigt und versucht, das Scheitern der Verhandlungen mit England mit wirtschaftlichen und europäischen Motivationen zu begründen. Das waren aber nicht die wirklichen Gründe. Der wahre Grund war in diesem Falle die Entscheidung Englands, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zusammen mit den Amerikanern fortzusetzen.

Nun zu einer vierten Feststellung. Wir befinden uns jetzt in einer Situation, die insbesondere viele Deutsche verzweifeln läßt. Man glaubt, die einzige Chance sei das Verschwinden de Gaulles von der politischen Bühne. Das wird aber für unbestimmte Zeit nicht der Fall sein. Wir müssen folglich neue Wege suchen oder ganz mit unserer europäischen Einigungspolitik brechen. Einige Zeit lang hat sich diese negative Haltung sogar auf die deutsche Politik ausgewirkt. Man war versucht, die europäische Politik bis zu einem gewissen Grade zu sabotieren. Sie erinnern sich sicher der Episode, als es 1963 um die Verträge mit den afrikanischen Staaten ging, die ehemals französische Kolonien gewesen waren; in diesem Zusammenhang tauchte in Deutschland und Holland der Gedanke auf, eine Art Vergeltung zu üben und die Zustimmung zu diesen Verträgen einfach zu verweigern, um damit den Franzosen zu zeigen, daß sie nicht allein die europäische Politik bestimmen könnten.

Man hat in Deutschland inzwischen den damaligen Schock von Brüssel wohl überwunden und ist zu einer ruhigeren Betrachtung der Lage gekommen. Am besten erscheint es nun, die europäische Einigungs-Entwicklung, insbesondere den Ausbau der EWG-Kommission - wenn möglich noch wirksamer als bisher - fortzusetzen. Minister Schröder hat in letzter Zeit eine Theorie der Synchronisation aufgestellt: Die agrarwirtschaftlichen Verträge und Regelungen, gemäß dem Arbeitsplan vom Mai 1963 bis Ende des Jahres terminisiert, sollen als Teil viel umfassenderer wirtschaftlicher Handelsvereinbarungen betrachtet werden. Eine Art "do ut des" also, die Ausgleichs auf verschiedenen Gebieten sucht. Dies ist einer der möglichen Wege trotz aller Schwierigkeiten, die EWG weiter zu entwickeln.

Freilich existiert da noch das Problem England. Wohl kann man es für eine gewisse Zeit auf Eis legen, um so mehr als sich England im Übergangsstadium der bevorstehenden Parlamentswahlen befindet. Wir wissen aber nicht, ob die kommende englische Regierung den Antrag für einen Beitritt zur EWG aufrechterhalten wird oder ob diese Politik als abgeschlossen zu gelten hat. Weil jedoch mit der Frage

der Europäischen Union auch die Frage der Verteidigung gestellt ist, kann man die politischen Probleme, die England mit einbegreifen, nicht auf Eis legen. Es gibt da einen "Fälligkeitstermin", der nicht verschoben werden kann.

Die Frage der Atomverteidigung wird immer akuter. In sie spielt nun wieder die Philosophie von de Gaulle hinein. Die Gefahr ist hier vielleicht viel größer, weil das Problem der Atomwaffen heute auch für Deutschland gilt. Die französische Auffassung, wonach jedes Land seine eigene nationale Atomschlagkraft besitzen müsse und man sich für seine Sicherheit nicht auf Amerika verlassen dürfe, hat schließlich auch in Deutschland ein Echo gefunden. Ich habe das gerade jetzt auf einer Tagung über Wehrpolitik in München erfahren. Dort haben nicht nur deutsche Teilnehmer vom rechten Flügel der CDU/CSU, sondern auch gemäßigte CDU-Parteiler, unter ihnen ein Mitglied der Verteidigungskommission des Bundestages, viele Argumente und Zitate des Generals benutzt und die gleiche Frage an die Amerikaner gestellt. Diese müßten verstehen, daß für die Deutschen nur die Wahl bleibe zwischen Atomwaffen oder Europäischer beziehungsweise Atlantischer Gemeinschaft - natürlich auch Atlantischer und Europäischer Gemeinschaft. Komme die Europäische Gemeinschaft und - in der Konsequenz - die Atlantische Gemeinschaft nicht, dann würden die Deutschen wahrscheinlich eines Tages zu der gleichen Entscheidung wie der General de Gaulle kommen müssen. Hier stellt sich also eine dringende Frage, die das multilaterale Atomflotten-Projekt der Amerikaner unbeantwortet läßt. Das Problem wird dadurch aber eher noch akuter.

So ist also wieder ein Termin gestellt. Macht die europäische Politik auf diesem Gebiet keine Fortschritte, so wird die Enttäuschung immer größer werden. Wahrscheinlich werden dann immer weitere Kreise in den verschiedenen Ländern zu dem Schluß kommen, daß das Hindernis nicht überwindbar sei und ein anderer Weg gesucht werden müsse. Auf dem Gebiet der Verteidigung, der Sicherheit, der Atombewaffnung ist die europäische Lösung daher notwendiger als je in der Vergangenheit. Es gibt kaum ein Gebiet, auf dem sich das Prinzip der kollektiven Sicherheit - Traum der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg - besser verwirklichen ließe.

Es ist das Thema vieler Tagungen, was man tun könne angesichts der Tatsache, daß der General de Gaulle nun einmal existiert und auch weiterhin da sein wird. Darüber habe ich neulich auch mit Amerikanern in München gesprochen. Sie haben immer den Wunschtraum, es könnte dennoch zu einem Wechsel in Frankreich kommen. Einer der Amerikaner fragte mich: "Warum können Sie sich nicht um einen Gegner de Gaulles gruppieren, zum Beispiel um Gaston Déferre, den Bürgermeister von Marseille? Das wäre doch vielleicht eine Chance für die Opposition." Obwohl ich ein Gegner von de Gaulle und ein Mitglied der Opposition bin, mußte ich den amerikanischen Beobachter enttäuschen. Die Opposition in Frankreich hat zur Zeit auf politischem Gebiet überhaupt keine Aussicht, nicht weil diese Opposition nichts zu bringen hätte, auch nicht weil das Regime keine Schwäche hätte, sondern weil es bis zum Rücktritt de Gaulles immer 60 0er Franzosen geben wird, die sich jedesmal wieder für ihn entscheiden. Sie tun es nicht, weil de Gaulle ein gutes oder ein schlechtes Programm hätte, nicht wegen seiner Politik, sondern weil er eine Garantie für relative Ordnung und Burgfrieden in Frankreich bietet, weil sich viele Franzosen ganz einfach vor einem Wechsel fürchten.

Man spricht sehr viel über die Verschmelzung der jetzt bestehenden europäischen Exekutiven. Persönlich verspreche ich mir nicht sehr viel davon. Als Journalist aber glaube ich, daß die öffentliche Meinung in Frankreich und Deutschland sowie in den übrigen europäischen Ländern darin einen praktischen Schritt sehen würde - obwohl er vielleicht nur etwas Geld- und Zeitgewinn brächte, fände er wahrscheinlich ein großes Echo.

Auch über die Möglichkeit der Verstärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments wird viel gesprochen. Es ist ein Traum der armen Abgeordneten in Straßburg, daß sie einmal nicht nur Symbol, nicht nur repräsentative Figuren sein werden, sondern eine Kontrollmacht darstellen, tatsächlich ein Parlament. Dieser Gedanke ist freilich zunächst reine Theorie. Dagegen ist der Plan der Verschmelzung - soweit ich informiert bin - schon ziemlich weit vorangekommen. Eine Kommission hat sich damit beschäftigt und, zusammen mit den Franzosen, gut vorgearbeitet. Bezüglich der Kompetenzverstärkung des Europäischen Parlaments befindet man sich bisher auf "terra incognita". Der einzige Fortschritt, den ich sehe, ist der, daß sich das Parlament den neuen Namen "Parlament Europaen" gegeben hat. Mehr Kompetenz aber hat es nicht erhalten. Der Hamburger Senator Helmut Schmidt erklärte, er sei von dieser Institution, in der so viel geredet werde, ohne daß es irgendwelche Konsequenzen habe, so enttäuscht, daß er nicht mehr nach Straßburg fahren wolle.

Eine weitere Möglichkeit wäre die der direkten Wahl. Herr Spinelli hat mit seinen Föderalisten in zahlreichen Städten Europas Testwahlen veranstaltet, um Probeergebnisse zu erhalten, auch in Straßburg selbst. Ich bin der Meinung, daß man diesen Gedanken wieder einmal lancieren sollte.

Mozer

Man sollte gegen die direkte Wahl eines Parlamentes sein, dem man doch keine Befugnisse gibt!

Delcour

Ich sehe, wir stehen schon in der Diskussion. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Kogon

Meine Herren! Die beiden Referenten haben uns in die Problematik eingeführt. Ich bin erfreut darüber, daß meine ursprüngliche Befürchtung, wir könnten alsbald in die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Agrarpolitik und in deren Komplikationen hineingeraten, gegenstandslos geworden ist.

In beiden Referaten ist sehr deutlich das Problem "Europa als Partner" hervorgetreten. Ziehe ich zunächst ein Vorresultat, so würde ich sagen: Die Ausführungen des Herrn Kitzinger haben deutlich gemacht, daß er den Versuch, Europa regional als eine eigene politische Einheit, die auch institutionell gefestigt wäre, zustande zu bringen, mindestens für eine gewisse Zeit als gescheitert ansieht. Er hat uns in Wahrheit bereits in die atlantische Unionspolitik als eine Notwendigkeit hinübergeführt. Herr Delcour seinerseits hat am Schluß - nach seinen wertvollen vier Feststellungen - verzweifelte Versuche, so scheint es mir, unternommen, irgendwo Ansätze zu entdecken, die aus der bestehenden zentralen Antinomie herausführen, daß nämlich de Gaulle Europa nur als de Gaulle'sches Europa, als moderne Basis für seine eigenen Vorstellungen entwickelt sehen möchte.

Ich denke, meine Herren, unsere Diskussion sollte alle Schichten des Problems im Verlaufe dieses Abends umfassen: die Wirtschaftspolitik, die Militärpolitik, das eigentliche politische Europakonzept mit der Rolle Englands und de Gaulles darin, nicht zuletzt auch mit der Rolle der Bundesrepublik, die sich ohne Zweifel in einer Schlüsselposition befindet. Ferner haben wir uns in jenem weiten Aspekt, den uns Herr Kitzinger eröffnet hat, zu fragen, ob das Ganze schließlich zur Entspannung und zur Koexistenz beiträgt oder zum Gegenteil.

Sie können an jedem Punkt beginnen, wie es Ihnen beliebt. Wir werden in der Tat in sämtliche Schichten des Problems gelangen, denn sie hängen ja alle wie in einer Spirale miteinander zusammen. Fassen Sie unsere Diskussion bitte als ein Gespräch auf, sozusagen als eine kontinuierliche Intervention. Ich würde vorschlagen, daß der Angriff aus den Reihen der europäischen Föderalisten eröffnet wird.

Chiti-Batelli

Als Funktionär des italienischen Senats habe ich oft beim Europäischen Parlament in Straßburg zu tun und kenne daher dessen Leben wie auch das der europäischen Organisationen. Ich bin der Meinung, daß diese Gemeinschaften nur Scheingebilde sind und daß in Wirklichkeit keinerlei Elemente von Supranationalismus darin existieren. Dies wurde bereits von vielen Seiten vom juristischen Standpunkt aus bewiesen. Ich nenne hier zum Beispiel Herrn Hérald aus Frankreich und Herrn Jerusalem aus Deutschland, dessen Buch "Die Montanunion" vielleicht nicht so bekannt ist, wie es dies verdient. Ich erwähne die Beiträge des Herrn Jaenicke in der "Zeitschrift für das öffentliche internationale Recht". Ferner bringt das kürzlich erschienene Buch des Herrn Rosenstiel aus Frankreich "Le Principe de La Supranationalité" hierzu einen besonders wichtigen Beitrag.

Ich teile die Meinung dieser Herren, daß die europäischen Gemeinschaften praktisch alle Macht den Regierungen überlassen. Die Wirtschaft entwickelt sich heute auf einer europäischen Ebene, auf der es jedoch keine demokratischen Instanzen gibt. Also bleibt die Macht über die Wirtschaft zwar theoretisch und formell in den Händen der Regierungen, praktisch aber werden die echten Entscheidungen von großen wirtschaftlichen Kräften getroffen. Da setzt die Kritik der Linksradikalen ein, nicht nur der italienischen Kommunisten und Sozialisten, sondern auch die anderer radikaler Kräfte. Die Kritik in einer österreichischen Veröffentlichung "Wirtschaftswunder oder keines" - der Name des Verfassers ist mir entfallen - ist meiner Meinung nach ebenfalls zutreffend.

Ist es nun möglich, diese Gemeinschaften weiter zu entwickeln? Es ist eine politische Frage, ob wirklich eine europäische Regierung gebildet werden kann.

Kogon

Und wie macht man das?

Chiti-Batelli

Ich will versuchen, es zu sagen. Herr Kitzinger führte sehr richtig aus, daß es heute begrenzte Kompetenzen in einem unbegrenzten Raum, wie zum Beispiel dem großen Bereich Europa geben müßte. Hat der Referent dabei an eine Form wie zum Beispiel die der Vereinten Nationen gedacht? Die Hauptfrage ist nämlich, ob man die Lösung auf föderalistischer Basis sucht. Verschmelzung der Exekutiven und Wahlen für ein Europäisches Parlament aber gehen im Gegenteil auf falsche Lösungen aus, weil diese bestehenden Institutionen keine Macht haben, die wirklichen Probleme anzupacken. Echte Entscheidungen treffen nur die Regierungen, d. h. der Ministerrat, dessen Entschließungen jedoch niemand kontrollieren kann.

Kogon

Aber die Kommission in Brüssel ist doch mehr!

Chiti-Batelli

Die Kommission in Brüssel kann nur Vorschläge machen. Lesen Sie bitte den Bericht des Herrn Furier über die Situation der parlamentarischen Versammlung, die man jetzt in "Europa-Parlament" umbenannt hat. Sie kennen doch die Goetheschen Verse: "Denn eben, wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein". Hier fehlen freilich nicht die Begriffe, hier fehlt der politische Wille.

Was die Wahl eines Parlaments betrifft, so möchte ich daran erinnern, daß die Zeit vorbei ist, wo das Parlament noch wirklich eine zentrale Macht war oder schrittweise werden konnte, wie das zum Beispiel in der Geschichte Großbritanniens der Fall war. Heute wird die Zentralmacht von der Regierung verkörpert. Wählt man aber ein Parlament, dem keine Regierung gegenübersteht, so ist eine solche Lösung falsch, weil sie nicht weiterhilft, sondern sich im Gegenteil gegen die europäische und gleichzeitig gegen die demokratische Idee auswirken kann. Da bin ich pessimistischer als die beiden Herren Referenten.

Der General de Gaulle begriff sofort, daß es seinem Interesse nicht entsprach, gegen die so beschaffenen europäischen Gremien vorzugehen, sondern daß diese im Gegenteil die Basis für seine Hegemoniewünsche über Europa bilden könnten. Nach meiner Überzeugung haben die demokratischen Kräfte in den europäischen Ländern einen nationalen Charakter. Die Idee einer europäischen Regierung, einer eigenständigen europäischen Kraft, verstößt gegen ihre Interessen. In einem neuen europäischen Staat würden sich nämlich neue Eliten bilden, die auch über Macht verfügten. Deshalb ist es meiner Ansicht nach praktisch unmöglich, durch nationale Regierungen und Parteien eine europäische Kraft zu schaffen, auch nicht mit einer Politik, wie sie mein Freund Spinelli vorschlägt.

Ich meine - und hier ist der schwache Punkt meiner Intervention;- , man sollte eine echte internationale föderalistische Kraft bilden. Bisher sind wir damit gescheitert, ich hoffe jedoch, daß wir in Zukunft mehr Glück damit haben werden.

Kogon

Ich möchte sagen: ein ungeheuer sympathisch vollzogenes Harakiri unseres italienischen Freundes.

Frisch

Lassen Sie mich eine optimistische These vertreten. Als wir unmittelbar nach dem Krieg in den verschiedenen Ländern anfangen, uns um Europa zu kümmern und die europäische Einheit zu wünschen, wurden wir als Utopisten angesehen. Heute, wo etwas dasteht, kommen viele von denen, die damals nicht an Europa geglaubt haben, und sagen: "Es ist nicht genug getan!" Immerhin ist doch viel geschehen. Zunächst wurden die internen Gegensätze zwischen den europäischen Ländern überwunden. Mit Ausnahme vielleicht der englischen öffentlichen Meinung betrifft die Befürchtung einer Hegemonie heute nicht mehr Deutschland, sondern Frankreich; das ist ein erheblicher Fortschritt. Denn im Grunde genommen wäre man nur böse, wenn die Deutschen Hegemoniewünsche hegten.

Wichtig ist ferner, daß das "Nationale" in der Jugend überwunden ist. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich ein persönliches Beispiel erwähne. Ich wurde neulich ersucht, vor Schülern einen Vortrag zum Problem Nation und Vaterland zu halten. Ich mußte feststellen, daß diese Schüler gar nicht verstanden, was ich wollte, weil sie weit darüber hinaus waren. Fragen der Wiedervereinigung, der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie - ich sage "Anerkennung";-, der europäischen Einheit, das alles war etwas für sie - aber die "Nation"? Sie ist für sie ganz einfach überwunden.

Ich frage mich übrigens mehr und mehr, ob de Gaulle sein eigenes Volk nicht falsch beurteilt, wenn er glaubt, daß der Durchschnittsfranzose so besonders national sei. Es gibt hierfür praktische Beispiele. Als Frankreich den Beschluß bekanntgab, Biserta endgültig zu räumen, wurde gleichzeitig ohne jeden Grund ein Kommunique veröffentlicht, wonach Frankreich die Atomstreitkraft besitze. Dieses Kommunique war sachlich überflüssig, denn es handelte sich um drei Prototypen, ein paar Bomben, die schon vorher vorhanden waren. Das Kommunique war lediglich dazu bestimmt, die öffentliche Meinung für einen nationalen Verzicht zu entschädigen. Wahrscheinlich hielt de Gaulle dies noch für erforderlich. Sicher ist aber, daß das "Nationale" auch in Frankreich kein Echo mehr weckt. Wenn dies kein europäischer Erfolg ist, dann weiß ich nicht, worüber wir uns freuen könnten.

Ferner: Der Gemeinsame Markt existiert, er ist genau so groß wie die Vereinigten Staaten und fast so groß wie die Sowjetunion, und es ist ein deutscher Unfug entschuldigen Sie die harte Sprache - den Begriff "Kleineuropa" erfunden zu haben. Hiermit begann man, den jetzigen Pessimismus in die europäische Sache hineinzutragen.

Weiterhin verstehe ich das statische Denken nicht. Man glaubt immer, die Dinge würden sich nicht ändern. Es ändert sich ungeheuer viel in der Welt: Der Ostblock ist im Begriff, sich aufzulockern, weil es immerhin einen russisch-chinesischen Konflikt gibt, wenn wir ihn auch nicht überschätzen sollten. Es ändert sich außerdem das Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten. Daß Präsident Kennedy von der Allianz zur Partnerschaft übergang, war kein Zufall, sondern eine Notwendigkeit, weil ein geeintes Europa die Partnerschaft unentbehrlich macht.

Es wird auch der Augenblick kommen, in dem die Vereinigten Staaten zur atomaren Partnerschaft bereit sein müssen. Und in diesem Augenblick haben dann die Europäer ihrerseits zur europäischen Einheit bereit zu sein.

Ich sehe andererseits nicht ein, warum wir uns immer um Formeln streiten: das übernationale, die Integration. Herr Delcour hat vorhin gesagt, es gehöre zur Philosophie de Gaulles, die nationale Souveränität unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Als die gemeinsame Agrarpolitik beraten wurde - in der ersten Etappe 1962 - da fragte der französische Landwirtschaftsminister Pisani sowohl de Gaulle als auch seinen Premierminister Debre: "Wissen Sie, daß eine gemeinsame europäische Agrarpolitik den Verzicht auf die nationale Souveränität auf dem Gebiete der Landwirtschaft bedeutet?" Darauf wurde ihm mit "ja" geantwortet. "Und wollen Sie dennoch, daß ich auf der gemeinsamen Agrarpolitik bestehe?" Antwort: Ja".

Ich meine, der Souveränitätsbegriff wird heute ebenso elastisch gehandhabt wie der Begriff des Föderalismus, übrigens war es meines Erachtens ein Unglück, daß der Begriff des europäischen Föderalismus in zwei Ländern entstanden ist, in denen es keine föderalistische Tradition gegeben hat, nämlich in Frankreich und Italien. Wäre dieser Föderalismus aus Deutschland gekommen, dann hätten sich wahrscheinlich manche Irrtümer vermeiden lassen.

Einen grundlegenden Widerspruch, der im Föderalismus liegt, wollen die Föderalisten erstaunlicherweise nicht hinnehmen, mit ihm wollen sie sich nicht befassen: auf der einen Seite bedeutet Föderalismus Dezentralisierung, auf der anderen Seite europäische Zusammenballung der Macht. Wir können keine Fortschritte ohne die Überwindung dieser Widersprüche erzielen. Unabhängig hiervon müssen wir uns aber zunächst einmal darüber klar werden, was erreicht worden ist, um anschließend zu ermitteln, was wir weiter realistisch zu verwirklichen vermögen. Das wird sicherlich nicht wenig sein.

Kogon

Sind Sie der Meinung, Herr Frisch, daß konkrete Probleme - wie zum Beispiel die Antinomien in der Agrarpolitik - mit den jetzt vorhandenen Mitteln und den augenblicklich bestehenden Vorstellungen - etwa des Generals de Gaulle - überwunden werden könnten?

Frisch

Unbedingt!

Kroebe

Vielleicht mit den Vorstellungen de Gaulles, jedoch nicht mit den deutschen Vorstellungen.

Frisch

Vergessen Sie bitte nicht, daß die Automatik des Gemeinsamen Marktes nicht nur zur Politik führt, sondern zur Politik zwingt. Es gibt das Supranationale auch auf Regierungsebene über die Zusammenarbeit eines aus nationalen Vertretern zusammengesetzten Ministerrates und nicht nur in der klassischen Form über eine europäische Behörde oder ein gewähltes Parlament. Das Supranationale könnte auch darin bestehen, daß man sich auf eine bestimmte Politik festlegt. Dabei denke ich an die außenpolitische Konsultation. Wenn die Verpflichtung besteht, Beschlüsse gemeinsam zu fassen, sind auch Einstimmigkeitsbeschlüsse durchaus denkbar, worin dann meines Erachtens ebenfalls eine supranationale Lösung gesehen werden dürfte.

Die Schwäche des Gemeinsamen Marktes ist darin zu sehen, daß jeder Vor- und Nachteile sucht - man zieht Bilanz. Wir sind von dem Gemeinschaftsgeist abgekommen und dies wohl nicht zuletzt aus soziologischen Gründen. Wir sind heute eine Verbrauchergesellschaft, die nicht weiß, was sie mit dem Gemeinschaftsgeist anfangen soll. Es wäre meines Erachtens leichter, zum übernationalen zu gelangen, wenn es das Nationale noch gäbe. Da aber der Bürger die Nation nicht mehr anerkennt und somit auch die erste Stufe des Gemeinschaftsgeistes nicht mehr erfaßt, versteht er auch die zweite nicht. International führt das dazu, daß man der EWG das Weltweite entgegensetzt; aber das Weltweite ist keine Gemeinschaft.

Die europäische Idee fordert aber die Gemeinschaft, und ich sehe nicht ein, weshalb man selbst im Weltmaßstab, das heißt in der UNO, in der FAO usw. nicht mit Gemeinschaften arbeiten sollte, weshalb wir den Mikronationalismen treu bleiben müssten. Wir können sehr gut weltweit handeln, ohne auf eine Europäische Gemeinschaft zu verzichten. Wir müssen nur bereit sein, überall Gemeinschaften zu bilden und uns nicht - auch in der UNO - im Egozentrismus zu verlieren.

Kroebel

Ich möchte zunächst vorausschicken, daß ich nicht die Anschauung teile, es sei durch die Europäische Gemeinschaft keine Supranationalität begründet worden. Sie ist es durchaus, und wir spüren es doch alle, die wir in Vorbereitung auf die Europäische Gemeinschaft mit Lohnpolitik oder Sozialpolitik zu tun haben. Ohne die sehr enge Beschäftigung mit den Verhältnissen im Nachbarland und der Notwendigkeit der Abstimmung geht es heute nicht mehr.

Kogon

"Wir" heißt "alle"?

Kroebel

"Wir" heißt in diesem Fall die Gewerkschaften, im allgemeinen Zusammenhang aber natürlich "alle". Denken wir nur daran, daß man heute das Agrarpreinsniveau nicht mehr in dem Maße beeinflussen kann wie früher, weil allein schon durch die Existenz der Gemeinschaften andere Mächte das Niveau mitbestimmen. Das gilt besonders für den Außenhandel, der zwar - insofern muß ich jetzt einschränken - nicht schon jetzt von einer gemeinschaftlichen Institution steuerbar ist, der aber auch nicht mehr von den alten nationalen Regierungen allein bestimmt werden kann, ohne daß es auf die Dauer erhebliche handelspolitische Störungen geben wird. Zweifellos sind durch den Aufbau der Zollunion eine Reihe nationaler wirtschaftspolitischer Instrumente stumpf geworden, während die Gemeinschaft auf diesem Feld noch nicht aktionsfähig ist. Aber es sind dafür Lösungsmöglichkeiten - durch Supranationalität - denkbar. Allein die Tatsache des gemeinsamen Außenzolls begründet Supranationalität. Nur der, der die Welt mit den vereinfachten Modellen der Verkehrswirtschaft und der zentralen Verwaltungswirtschaft betrachtet und dabei die vielfältigen Formen einer föderativen Wirtschafts- und Staatsstruktur nicht verstehen will, kann die durch den EWG-Vertrag und durch die tatsächliche Entwicklung sich allmählich aufbauende Supranationalität der Gemeinschaft leugnen. Allerdings ist in meinen Augen der Ministerrat nicht nur ein Organ der nationalen Regierungen, sondern gleichzeitig der Gemeinschaften.

Ich möchte mit all dem nur andeuten, daß der Weg zu einer gewissen Supranationalität für den, der Politik vorbereiten beziehungsweise gestalten muß, in der Gemeinschaft spürbar ist. Wie ließe sich sonst der gelegentlich hartnäckige Widerstand einiger nationaler Beamter bei der Verwirklichung der gemeinsamen Politik erklären?

Die Frage, von wann an von einer vollständigen "Supranationalität" die Rede sein kann, führt tatsächlich nur zu leicht zu einem Streit um Begriffe. Ich meine, wir sollten sie hier ausklammern und stattdessen die bereits vorhandenen Elemente der Supranationalität zur Kenntnis nehmen.

Ich meine übrigens nicht, daß die aktuellen Integrationsschwierigkeiten die großen Ziele des Rom-Vertrages fragwürdig werden lassen. Diese Ziele waren und sind realistisch; denn sie könnten erreicht werden, sofern sie nur von allen Beteiligten wirklich nach wie vor gewollt sind.

Wenn es aber Leute gibt, die glauben, daß sie es mit ihrer Würde nicht vereinbaren können, eines Tages nicht mehr so viel zu sagen zu haben wie zuvor; oder wenn man der Ansicht ist, der ganze politische Ansatz, die mit der EWG gefundene Konstruktion sei falsch, sei vom Übel; und wenn man in der Vorstellung lebt, Wirtschaft und Politik seien zwei verschiedene Dinge, die zu mengen einem Sündenfall gleichkomme, dann wird man auch leugnen, daß man mit diesem Instrument eine politische Struktur Europas aufbauen kann.

Kogon

Herr Kroebel, das ist aber nicht die Meinung de Gaulles.

Kroebel

Nein! Aber mancher Kreise in der Bundesrepublik. Daher habe ich die Sorge, daß sich gaullistische Kreise in Frankreich und gewisse Neoliberale in der Bundesrepublik einig werden könnten, angesichts der großen Schwierigkeiten - zum Beispiel in der Agrarpolitik - den ganzen politischen Prozeß mehr und mehr zum Stehen zu bringen, soweit dies noch möglich ist.

Kogon

Sie wollen also andeuten, daß die Retardierungs- oder Stop-Politik aus den von Ihnen angeführten Motivationen auch von der Bundesrepublik ausgehen könnte und nicht etwa nur von de Gaulle?

Kroebel

Ich würde sagen: von beiden, und zwar aus verschiedenen Motiven.

Engel

Das halte ich nicht für möglich. Ich bin hinsichtlich der weiteren Entwicklung durchaus optimistisch, weil der Rom-Vertrag keine Kündigungsklausel enthält. Sie war in dem ursprünglichen Vertragsentwurf eingebaut, wurde aber auf eine massive Intervention des damaligen Bundeskanzlers Adenauer gestrichen. Während der Suez-Krise ist Adenauer nach Paris geflogen und hat der französischen Regierung recht beträchtliche Konzessionen zugestanden, um die von Frankreich geforderte Kündigungsklausel endgültig zu eliminieren. Frankreich wurde dafür von der Bundesrepublik das Recht eingeräumt, während einiger Übergangsjahre besondere Importtaxen und Exportsubventionen aufrechtzuerhalten.

Der Rom-Vertrag kann also immer nur einstimmig verändert werden. Ein einzelner Mitgliedsstaat kann sich den Verpflichtungen des Rom-Vertrages niemals durch eine Kündigung entziehen; er kann den Rom-Vertrag nur brechen. Die Möglichkeit einer einstimmigen Veränderung dürfte so gut wie ausgeschlossen sein, weil immer mindestens ein Staat daran interessiert sein wird, eine beabsichtigte Änderung zu verhindern.

Der Rom-Vertrag zielt nicht nur auf die Realisierung einer Zollunion, sondern darüber hinaus auf die Schaffung einer Wirtschaftsunion ab. Während die Zollunion nach einem im Vertrag festgelegten Terminkalender automatisch verwirklicht wird, kann die Wirtschaftsunion bis 1. Januar 1966 nur einstimmig, von diesem Zeitpunkt an in wichtigsten Bereichen mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Zweifellos wird eine Majorisierung einzelner Staaten, insbesondere solcher von besonderem politischen Gewicht wie Frankreichs oder der Bundesrepublik, nur ausnahmsweise erfolgen.

Immerhin liegt in der Tatsache, daß jeder der sechs Mitgliedsstaaten majorisiert werden kann, ein deutlicher Souveränitätsverzicht, in dem der supranationale Charakter der EWG und des Euratom deutlich in Erscheinung tritt. In dem Maße, wie die Wirtschaftsunion Schritt für Schritt realisiert wird, "frißt" der Rom-Vertrag progressiv immer mehr Souveränitätsbereiche der einzelnen Mitgliedsstaaten. Wenn eine Trennung zwischen allgemeiner Politik und praktischer Wirtschaftspolitik wegen der starken wirtschaftspolitischen Aktivität des modernen Staates nicht mehr möglich ist, so muß die weitere Realisierung und Konkretisierung des EWG-Vertrages zwangsläufig die Bildung einer politischen Union zur Folge haben.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die weitere Ausgestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik dürfen nicht überschätzt werden, da eine konstruktive Lösung durchaus möglich ist.

Delcour

Bisher hat de Gaulle immer bestätigt, daß er die Verträge und Engagements der Vierten Republik honorieren würde. Ich stimme mit Ihnen völlig darin überein, daß es die beste Politik der Bundesrepublik ist, die Konstruktion der EWG im gegebenen Rahmen fortzusetzen, denn wir sind noch nicht am Ende. Sollte jedoch ein solches Ende einmal durch den zitierten Automatismus erreicht werden, würde de Gaulle vor eine völlig neue Situation gestellt sein.

Herr Frisch gab der Meinung Ausdruck, daß de Gaulle sehr wohl auf gewisse Teile der Souveränität verzichten würde, so auf dem Gebiet der Agrarpolitik. Ich glaube aber, das trifft nur zu, weil de Gaulle die Agrarpolitik noch nicht für den wesentlichen Teil der Souveränität hält; sie spielt für ihn eine sekundäre Rolle.

Auf dem Gebiet der Verteidigungs- und der Außenpolitik freilich kann man von ihm keinerlei Souveränitätsverzichte erwarten.

Frisch

Ein Land kann nicht auf Wirtschaftspolitik verzichten und behaupten, es habe seine Souveränität behalten.

Kogon

Sie meinen, diese Verzichte hätten Konsequenzen im Hinblick auf die eigene Souveränität? Das sagte schon Herr Delcour.

Frisch

Mir wurde offiziell versichert, daß Frankreich die Mehrheitsabstimmungen in der dritten Phase der Übergangsperiode unbedingt anerkennen werde.

Zur Verteidigungspolitik aber möchte ich daran erinnern, daß Herr Pompidou dem Amerikaner Nelson Rockefeller in einem privaten Gespräch auf dessen klare Frage ausdrücklich gesagt hat: Sobald einmal eine europäische politische Autorität bestehen wird, verzichtet Frankreich auf seine eigene Atomstreitkraft.

Kogon

Herr Pompidou, aber nicht de Gaulle!

Sie sind sich jedoch, Herr Frisch, mit Herrn Delcour darin einig, daß de Gaulle eine ganze Reihe von Konsequenzen in der ökonomischen Sphäre akzeptieren würde.

Delcour

Weil er überzeugt ist, daß diese begrenzten Verzichte auf Souveränität seinen Zielen dienen können. Für seine Politik braucht er diese Souveränitätsbestandteile im wesentlichen nicht. Jedenfalls stellt er sich das so vor.

Frisch

Nein! Weil er weiß, daß diese wirtschaftlichen Verzichte zur Europäischen Union führen müssen. Außerdem weiß er, daß er seine Politik als nationale Macht gegenüber Amerika nicht durchsetzen kann. Erbraucht dazu Europa.

Kogon

Das müssen wir viel gründlicher debattieren. Vorläufig stelle ich nur einmal fest: Es gibt gewisse Automatismen aus den Verträgen, und diejenigen, die in dieser Diskussion interveniert haben, sind der übereinstimmenden Meinung, daß sich de Gaulle diesen ersten Konsequenzen, zum Beispiel in der Agrarpolitik, nicht widersetzen werde. Vorläufig sind aber die Begründungen, warum er so handeln wird, kontrovers.

Kroebel

Ich muß allerdings einschränkend bemerken: ich halte es für möglich, daß der Aufbau der Wirtschaftsgemeinschaft, wie ihn der zweite Teil des Vertrages vorsieht, zum Stehen gebracht werden kann.

Engel

Aber nur durch Brechen des Vertrages.

Kroebel

Nein, man kann ihn zum Beispiel auch durch endlose Verhandlungen aufhalten.

Kogon

Ich bin ebenfalls der Meinung, daß ein Retardieren möglich ist, Herr Engel.

Engel

Ich würde aus folgenden Gründen widersprechen: Der 31. Dezember 1963 ist als Frist gesetzt. Die Zölle werden automatisch abgebaut. Und außerdem gibt es Majoritätsbeschlüsse, die Wesentliches entscheiden können. Es müßte sich dann immer eine Gruppe bilden, die einen Majoritätsbeschluß torpedieren kann.

Stolze

Ich meine, entscheidend ist, daß man innerhalb der EWG, ohne de Gaulles Karte zu spielen, im Moment nicht mehr viel tun kann, abgesehen von dem im Vertrag verankerten Automatismus, gegen den auch de Gaulle sicherlich nichts unternehmen wird. Man könnte aber eine Struktur innerhalb der EWG herstellen, die es de Gaulle ratsam erscheinen läßt, etwas mehr Supranationalität zuzulassen, als er heute zu akzeptieren bereit ist.

Sie sagen hier mit einem gewissen Recht, die Agrarpolitik scheinere nicht wirklich entscheidend für de Gaulle zu sein. Es gibt noch ein paar andere Fragen, von denen ich annehme, daß sie für den General politisch nicht so wichtig sind. De Gaulle wird wohl auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik Zugeständnisse machen. Eines Tages wird er dann vor der Situation stehen, daß er nun eben Verteidigungspolitik nicht mehr ohne diese Bereiche machen kann. Deshalb würde ich sagen: wir sollten nicht so viel Angst vor der französischen Hegemonie haben. Im Gegensatz zur französischen Opposition halte ich de Gaulle doch à la longue gesehen für sterblich. In dem Augenblick, in dem de Gaulle ausscheidet, muß die Struktur in Europa derart sein, daß man nur noch eine europäische Politik betreiben kann.

Ich würde bei der Agrarpolitik überhaupt keine Bedenken haben, obwohl ich auch Verständnis für die Probleme der deutschen Bauern habe. Aber ich glaube, unser Land ist wohlhabend und kann soziale Probleme, die mit einer Neuordnung des Agrarmarktes verbunden sind, auffangen. Wenn es das jetzt nicht kann, wird es das niemals können. Laßt uns mit den Franzosen doch nicht um jede Mark handeln, und laßt uns diesen Schritt nach vorn tun, indem wir auch einmal eine Konzession machen, von der wir glauben, sie wäre einseitig. A la longue gleicht sich das aus.

Alle Befürchtungen, die wir heute in bezug auf eine französische Hegemonie haben, werden nicht effektiv werden, wenn wir de Gaulles Politik innerhalb der EWG akzeptieren. De Gaulle wird nicht der starke Mann der EWG werden, denn es liegt in der Struktur einer Gemeinschaft, daß es Gegenkräfte gibt. Ich stimme Herrn Frisch zu, daß die Franzosen nicht ad infinitum auf einer nationalen Atomstreitmacht bestehen werden. Es gehört doch auch zum Gemeinschaftsgeist, ein wenig von seinen eigenen Grundsätzen abzugehen, und so schlecht würde es den Deutschen nicht anstehen, den Franzosen einmal ins Garn zu gehen. Wir sind doch nicht so dumm, uns auf die Dauer nicht doch mit ihnen zu arrangieren.

Herr Kitzinger hat uns die Perspektive eröffnet, daß die europäische Integration, in der England - wie wir alle hoffen - irgendwann einmal ein Partner sein wird, im Grunde schon wieder überholt sei. Es sei gar nicht die eigentlich entscheidende Frage, eine politische Struktur in Europa zu bilden. Viel wichtiger wäre der Einfluß dieser Struktur auf die allgemeinen Probleme der Welt. Ich fürchte aber, daß wir hier einfach pragmatisch vorgehen müssen, und glaube, daß im Augenblick die aktiven Möglichkeiten der deutschen und europäischen Politik nicht weiter als zur Herstellung einer europäischen, politischen und wirtschaftlichen Organisation reichen, eine Struktur, in der sich die

Europäische Gemeinschaft manifestiert. Im Augenblick können wir wohl einen anderen Schritt gar nicht gehen als den in die europäische Integration mit de Gaulle - und trotz de Gaulles Bedenken auf die Dauer mit England.

Kogon

Jetzt bündeln wir aber die Probleme zu stark: "Trotz de Gaulle mit England", das wird zu kompliziert. Wir wollen es, bitte, auflösen.

Aschinger

Die etwas ultimativ gefaßten Forderungen de Gaulles in bezug auf die Agrarpolitik lassen die Frage aufwerfen, ob er wirklich mit dem Gedanken spiele, die EWG aufliegen zu lassen. Ich hoffe, daß dies nicht der Fall ist. Frankreich ist an der EWG politisch und wirtschaftlich insofern stark interessiert, als diese die wirtschaftliche und politische Stellung Frankreichs bisher erheblich gestärkt hat. De Gaulle könnte es sich kaum leisten, die EWG leichtfertig aufliegen zu lassen, denn die französische öffentliche Meinung würde dies nicht verstehen. Auch de Gaulle kann trotz des Präsidentialregimes nichts unternehmen, was offen gegen die öffentliche Meinung in Frankreich gerichtet ist. Seine Agrarforderungen dürften deshalb kaum so ultimativ gemeint sein, wie sie gestellt wurden.

Sehr entschieden ist de Gaulles Haltung gegenüber der EWG jedoch in der Frage der Supranationalität. In allen seinen Reden hat er immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er im Grunde genommen das supranationale Prinzip nicht akzeptiert. Zur Illustration der Einstellung de Gaulles in diesem Punkt möchte ich zwei Stellen aus seinen Reden zitieren. In der entscheidenden Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 erklärte er zum Beispiel: "Alle innerhalb der EWG getroffenen Entscheidungen sind durch die Regierungen getroffen worden; denn anderswo gibt es weder Autorität noch Verantwortlichkeit". Ferner sagte er, "daß eine Integrationsform, in der in wichtigen Fragen Mehrheitsbeschlüsse gegen den innersten Willen eines Mitgliedsstaates gefaßt werden, undurchführbar wäre". Das hat er wiederholt erklärt. Man muß sich also darüber klar sein, daß eine starke Belastungsprobe für die EWG eintreten wird, wenn die Periode der Mehrheitsbeschlüsse herangekommen ist.

Auch Lord Gladwyn, der Großbritannien den Eintritt in die EWG empfahl, hat übrigens einmal im "Observer" geschrieben, daß alle Entscheidungen, die in der EWG getroffen werden, sicher nicht gegen den Willen von Whitehall oder Westminster gefällt werden - also auch hier wieder eine Realität.

Im Grunde genommen ist aber der Rom-Vertrag nicht hundertprozentig auf dem Prinzip der Supranationalität aufgebaut. Tatsächlich hat man den Ministerrat, in dem die einzelnen Länder zu Wort kommen, als entscheidendes Element stehen gelassen. Solange dies nicht geändert wird, kann es auch kein EWG-Parlament geben, das einen Ministerrat, der ja keine Behörde im Sinne der Supranationalität ist, stürzen oder sonst wie beeinflussen könnte.

Was aber denkt de Gaulle über die Landwirtschaft innerhalb der EWG? Es ist bemerkenswert, daß die Landwirtschaft in allen seinen Reden über die EWG eine Vorrangstellung einnimmt. In einer seiner letzten Reden in Lyon sagte er bezeichnenderweise: "Wir können und wollen uns keinen Gemeinsamen Markt vorstellen, in welchem die französische Landwirtschaft nicht nach Maßgabe ihrer Produktion ihre Absatzgebiete fände". Das ist ein sehr kategorischer Ausspruch, der zeigt, wie bedeutend die Agrarforderungen gegenüber der EWG für de Gaulle sind.

Kogon

Sie sind also ein wenig skeptisch gegenüber der Bereitschaft de Gaulles, sich den aus den Verträgen ergebenden Realitäten zu beugen.

Aschinger

Gewiß.

Delcour

Darf ich eine kleine Korrektur einfügen? De Gaulle hat zwar in der letzten Zeit die landwirtschaftliche Frage stark in den Vordergrund gestellt. In der letzten Pressekonferenz hat er dem Anschein nach seinem Anspruch sogar eine ultimative Form gegeben. Aber man muß doch zunächst feststellen, daß während des letzten Treffens zwischen Erhard und de Gaulle ...

Aschinger

Ich hatte bereits gesagt, die Ansprüche seien ultimativer formuliert als gemeint.

Delcour

Ja, das wollte ich gerade sagen. Das letzte Treffen in Paris ist der beste Beweis dafür. Da hat de Gaulle seinen Ansprüchen gar nicht die ultimative Form gegeben, sondern, soweit ich informiert bin, hat sowohl de Gaulle als auch Pompidou den Deutschen im Gegenteil gesagt, daß Frankreich natürlich nicht interessiert sei, die Entscheidung bis zum 31. Dezember 1963 zu treffen, solange dies nur eine Frage des Zeitpunktes sei. Frankreich sei jedoch prinzipiell sehr daran interessiert, daß diese Regelung überhaupt einmal getroffen wird. In bezug auf die Souveränitätsfrage im allgemeinen aber, daß heißt die politische Souveränität, insbesondere auf den Gebieten der Außen- und der Verteidigungspolitik, gibt es keine Konzession. Am deutlichsten hat de Gaulle es vielleicht in seiner Rede in der Ecole de Guerre im Jahre 1959 zum Ausdruck gebracht, als er vor den Offizieren seine Theorie über die Verteidigungs- und die Atompolitik festlegte. Damals sagte er, es sei für Frankreich absolut unannehmbar, sich auf einen anderen Staat- und wären es auch die Vereinigten Staaten - zu verlassen, soweit es seine Sicherheit insbesondere auf dem Gebiet der Atomwaffen betreffe.

Kogon

Sie erwähnten ja als dritte Feststellung in Ihrem Referat, daß das Motiv der Haltung de Gaulles gegenüber England das der militärischen Verteidigung gewesen sei.

Engel

Machen wir nicht den Fehler, daß wir uns in der Diskussion völlig von den Feststellungen und Thesen des Herrn Kitzinger fortbewegen? Er hat sehr nachdrücklich herausgestellt, daß es zwischen Wirtschaft und Politik keine Trennlinien mehr gebe. Auch Herr de Gaulle könne solche Trennlinien nicht setzen. Die Diskussion verläuft hier so, als ob Herr de Gaulle die weitere EWG-Entwicklung autonom bestimmen könnte. Ich bin überzeugt, daß die EWG jetzt die restlichen agrarpolitischen Bereiche regeln und die entsprechenden Beschlüsse fassen wird. Schließlich wird auch die Bundesrepublik zustimmen in dem Bewußtsein, daß sie, wenn sie die Beschlüsse nicht realisiert, in der Kennedy-Runde isoliert dasteht. Sie würde dort einem internationalen Druck ausgesetzt sein, den sie allein nur schwer durchstehen könnte. Dann will nämlich die ganze Welt ihre Agrarüberschüsse im deutschen Markt absetzen.

Es ist auch erforderlich, in der Agrarpolitik zu einer Übereinstimmung zu kommen, um für die Handelspolitik mit den Oststaaten eine gemeinsame Basis zu finden. Da heute bereits etwa 50% Agrarmärkte gemeinsamen Regeln unterliegen, ist die Bundesrepublik ebenso wenig wie Herr de Gaulle noch in der Lage, eine autonome Handelspolitik mit den Oststaaten zu betreiben.

Delcour

Aber erst am Ende, im Jahre 1970!

Niehans

Ich habe den merkwürdigen Eindruck, als ob wir im Grunde genommen in einem Seminar über die Psychologie von de Gaulle sitzen würden.

Kogon

Leider spielt sie eine große Rolle, Herr Niehans.

Niehans

Ich frage mich aber doch, ob das ganz richtig ist. Wir projizieren teilweise in die Psychologie von de Gaulle Dinge hinein, die im Wesen der Sache liegen und nicht in seinem Hirn, die also genau so bestehen bleiben würden, wenn er nicht mehr da wäre. Wir würden dann die Steine des Anstoßes eben irgendwo anders finden.

Ein weiterer Punkt: Ich glaube, es gibt irgendwo im taktischen Reglement den Grundsatz, man solle nie den gleichen Angriff, nachdem er gescheitert ist, noch einmal wiederholen. Wenn er einmal gescheitert ist, muß man eine neue Idee entwickeln. Mir scheint, gewisse Angriffe sind nun auf der europäischen Ebene gescheitert, und wir dürfen nicht den Fehler machen, sie in gleicher Weise noch

einmal vortragen zu wollen. Zum Beispiel in der Hoffnung, daß de Gaulle jetzt etwas anders denke. Wir müssen hier vielmehr gewisse Konsequenzen ziehen. Ich würde das so formulieren: Die "Europa-Utopisten" - wie ich sie vielleicht nennen darf - haben eine Konzeption Europas für das einundzwanzigste Jahrhundert entwickelt. Sie beruhte auf der Überlegung, daß wir die Wirtschaft zum Vorspann der Politik machen können, daß wir nur wirtschaftlich genügend stark zu integrieren brauchten, um als Frucht eine politische Union zu erhalten. Das war die utopische Idee. Sie ist durchexerziert worden und ist am de Gaulle'schen Veto gescheitert.

De Gaulle ist aber gleichzeitig ins neuzehnte Jahrhundert zurückgefallen. Er spielt nun eine Bismarck'sche Politik mit ihrem ganzen "Cauchemar des Alliances". Er versucht innerhalb von Europa eine Allianzpolitik zu betreiben. Das ist neunzehntes Jahrhundert. Auch das wurde schon durchexerziert.

Was wir heute brauchen, ist eine Politik für unser Jahrhundert, für das zwanzigste, und es stellt sich von einem konstruktiven Standpunkt aus die Frage, auf welchen Überlegungen diese Politik aufgebaut werden kann. Herr Kitzinger hat hierzu gewisse Anregungen gegeben. Er sagte, wir brauchten Autoritäten mit nur begrenzten Kompetenzen in einem unbegrenzten Räume, und er hat dafür Beispiele beigebracht. Ich halte das für eine nicht gangbare Konzeption der weiteren konstruktiven Arbeit. Das wäre ein Rückfall in so etwas wie das feudale System. Damals hatte ein Mann etwa nur die mittlere Gerichtsbarkeit über hundert kleine Städte und Ortschaften, ein anderer hatte nur Brückenzölle in einem weit verstreuten Räume. Das war aber eine Zeit des politischen Niederganges, eines politischen Ausverkaufs sondergleichen, aus dem dann die Nationalstaaten in einem mühsamen und blutigen Prozeß gebildet werden mußten.

Eine ähnliche Zersplitterung der Staatsgewalt wäre ein Rückschritt hinter die Entwicklungen, die wir seither erreicht haben. Wir dürfen diesen destruktiven Weg nicht gehen. Es wurde, wie mir scheint, heute zuviel Negatives über die Nationalstaats-Idee gesagt. Diese Idee ist an sich keineswegs ganz und gar negativ durchexerziert, jedenfalls nicht, wenn wir sie richtig verstehen. Es war ja nie so, daß die nationalen Staaten alle völlig nach eigenem Ermessen bestimmen konnten. Es gab immer ein interdependentes System, in dem allen diesen Staaten sehr mannigfache Bedingungen und Beschränkungen auferlegt waren. Denken Sie an die heutige Währungspolitik. Wir haben eine weitgehend international integrierte Währungspolitik, obgleich auf dem Papier jede Zentralbank völlig souverän ist. Aber natürlich ist sie es de facto keineswegs.

Ich habe den Eindruck, wir sollten nun die Konsequenz ziehen, daß wir mit wirtschaftlichem Vorspann keine politische Union bekommen werden. Also sollten wir diese politische Union mit wirtschaftlichem Vorspann beiseite lassen und, ausgehend von den heutigen nationalen Staaten, die etwa so stark dastehen wie immer, versuchen, nun die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Wir können das viel unvoreingenommener als noch vor drei Jahren tun.

Kogon

Haben Sie wirklich jetzt eben gesagt: die so stark dastehen wie immer?

Niehans

Ich wollte damit sagen, daß die nationalen Ideen und Kräfte de facto heute, was immer wir auch in einem politischen Seminar wünschen mögen, so stark sind, wie sie stets gewesen sind, und daß eben diese elementare Tatsache von de Gaulle wieder in den Vordergrund gerückt wurde. Wir hätten heute die Chance, die wirtschaftlichen Probleme wieder weitgehend von den politischen lösen zu können. Nach dem Veto de Gaulles können wir die wirtschaftlichen Probleme wieder um ihrer selbst willen bearbeiten, und ich zweifle nicht daran, daß wir hier pragmatische Lösungen zu entwickeln vermögen, die nachher eine größere Chance haben, bleibend konstruktive Beiträge zu leisten.

Spinelli

Herr Kitzinger hat klar aufgezeigt, wie komplex das Problem Europa heute ist. Einerseits handelt es sich um den Prozeß der Einigung Europas, andererseits gibt es Fragen, die jenseits von Europa liegen und für die es keine europäische Lösung mehr gibt. Dazu gehört auch die Verteidigungspolitik, die heute nicht mehr nur ein europäisches, sondern ein Weltproblem ist. Insbesondere sind es die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und das Problem der Ostpolitik.

Auch die Einigung Europas selbst muß in diesem Weltraum gesehen werden. Das Ziel kann nicht mehr nur ein unabhängiges Vereinigtes Europa sein, sondern es muß ein Westeuropa geschaffen

werden, dessen Organisation es sowohl befähigt, seine inneren Probleme zu lösen, als auch in positiver Weise an den Weltproblemen mitzuarbeiten.

Welches sind nun die Instrumente, die man bisher verwendet hat? Das wichtigste Instrument sind die Gemeinschaften in ihrem wirtschaftlichen Rahmen. Ich bin hier mit Herrn Kitzinger einverstanden, der sagte, daß sie auf dem Gemeinschaftsprinzip aufgebaut sind. Diese Methode ist von ihren Gründern, von Jean Monnet und Etienne Hirsch, als die Methode des supranationalen Dialogs definiert worden. Eine Gruppe von Staaten hat durch einen Vertrag ein gemeinsames Programm akzeptiert. Die Durchführung dieses Programms verlangt, daß laufend Vorschläge gemacht werden, Pläne, wie man handeln soll. Die Ausarbeitung dieser Vorschläge ist einer supranationalen Behörde, der Kommission oder der Hohen Behörde, übergeben worden. Das Entscheidungsrecht bleibt aber in den Händen der Staaten. Das ist die Methode der drei Gemeinschaften. Zwar war die Montanunion scheinbar ein wenig anders, jedoch hat die Wirklichkeit rasch gezeigt, daß es dort genauso zugeht.

Die drei Gemeinschaften arbeiteten reibungslos, solange es sich um die Ausführung dessen handelte, was ausdrücklich vereinbart und akzeptiert worden war. Der historische Zufall in Gestalt des ökonomischen Booms hat natürlich auch alles leichter gemacht. Vor Vertragsbrüchen haben sich die Staaten immer gescheut und praktisch die Vorschläge akzeptiert. Es wurden nur marginale Veränderungen gemacht. Dann wurde zuerst in der Montanunion, anschließend im Euratom und in der EWG der Punkt erreicht, wo die Entwicklung der gemeinsamen Wirtschaft über den schon vereinbarten Rahmen hinausging und neue Entschlüsse gefaßt werden mußten. Von diesem Punkt an funktionierten die drei Gemeinschaften nicht mehr so gut. Es ist leicht, de Gaulle die Schuld daran zuzuschreiben, aber der erste Fehlschlag - nämlich der der Montanunion - ist vor der Zeit de Gaulles erfolgt.

Der eigentliche Grund der jetzigen Schwierigkeiten liegt darin, daß die Methode bestimmte Grenzen hat, die unüberschreitbar sind.

Keynes sagte: "Mankind is ruled by little else than by ideas". Die Konstruktion Europas ist bisher von der mehr oder weniger klar ausgesprochenen Idee geleitet worden, daß durch den Aufbau der wirtschaftlichen Strukturen allmählich eine unabhängige politische Autorität geschaffen werden würde. Aus diesem Grund konnte Herr Hallstein ein wenig optimistisch sagen: "we are in politics" - wir sind schon mitten in der Politik. Man hatte also die Vorstellung, daß man durch diese Methode langsam zu einer politischen Einheit gelangen würde. In allen drei Gemeinschaften war jedoch nun ein Punkt erreicht, wo diese den Strukturen innewohnende politische Grundidee in die Wirklichkeit hätte umgesetzt werden müssen.

Dieses Moment der Unsicherheit und des Zögerns seiner Partner hat de Gaulle benutzt, um den Sinn und die Bedeutung Europas nach seinem Bilde umzuformen. Er braute eine sonderbare Mischung: Zuerst die Vorstellung eines Primats Frankreichs; sodann der Gedanke der Nützlichkeit des Gemeinsamen Marktes für Frankreich, schließlich die Überzeugung, daß die militärische Unabhängigkeit Europas in Frankreich beginnen müsse. De Gaulle ist kein kleiner französischer Nationalist. Er ist ein europäischer Nationalist, der der Meinung ist, daß Frankreich der Kern der neuen Weltmacht Europa werden kann.

Delcour

Um so schlimmer.

Spinelli

Natürlich ist de Gaulle eine Gefahr. Ich möchte aber hier betonen, daß dieser neue europäische Nationalismus nicht so sehr eine Marotte de Gaulles ist, er ist vielmehr tief in unseren Traditionen verwurzelt: unsere Völker stehen sehr leicht auf, wenn sie die Worte Macht, Ruhm und so weiter vernehmen.

Was sollen in dieser Situation die Gegner de Gaulles tun? Ich denke, daß wir in dieser Lage Politiker und Staatsmänner brauchen, die der nationaleuropäischen Politik de Gaulles eine echte alternative Politik entgegen stellen und keine alternativen Tricks versuchen. Wie de Gaulle müssen auch diese wissen, daß das Ziel nicht sofort erreicht werden kann, sondern daß man daran hart arbeiten muß. Die Gegner de Gaulles müssen der Europapolitik eine andere, neue Perspektive geben und dementsprechend eine neue Strategie und Taktik in der Tagespolitik schaffen. Die Führung in der EWG meint es gut und macht im Grunde genommen auch gute Vorschläge - die man allerdings in den Details kritisieren kann. Das Wirkungsfeld der Führung jedoch ist begrenzt. Ihre Vorschläge betreffen die Technik der Schaffung einer europäischen Landwirtschaft, einer Energiepolitik und so weiter. Sie

beinhalten aber keine andere Idee, keine wirkliche politische Perspektive, aus der heraus man eine neue Taktik entwickeln könnte. Diese neue europäische Perspektive kann nur die folgende sein: Auf dem Wege der demokratischen Erfahrung ein Europa zu bilden, das sich nicht als eine neue Macht in der Welt betrachtet, sondern als ein Teil des weltweiten modernen demokratischen Systems mit seinen weltweiten Verantwortlichkeiten.

Es handelt sich also um das Aufzeigen einer echten Alternative, die klar und bedeutungsvoll sein muß und sich nicht etwa auf Kleinigkeiten - wie zum Beispiel die Fusion der Exekutiven - beschränken kann, mit der Entschuldigung, daß de Gaulle da sei und man nicht mehr erreichen könne. Ebenso falsch wäre es, aus Ärger über de Gaulle, der den Gemeinsamen Markt braucht, nunmehr den Gemeinsamen Markt zu boykottieren.

Die wichtigsten Bestandteile dieser neuen europäischen Perspektive sind die folgenden. Erstens: Europa sollte wirklich eine gemeinsame Wirtschaftspolitik betreiben und nicht nur eine Zollunion sein. Zweitens: das Vereinigte Europa soll auch keine neue Atommacht werden, sondern innerhalb der globalen Strategie der existierenden amerikanischen Atommacht mitverantwortlich sein. Drittens: das neue Europa soll fähig sein, zusammen mit den anderen Demokratien den Entwicklungsländern zu helfen. Um diese drei Bedingungen zu erfüllen, muß seine Behörde supranationale, echte politische Machtbefugnisse besitzen.

Um zu diesem Punkt zu kommen, sollte man Wahlen für das Europäische Parlament ausschreiben und zugleich diesem Parlament das Mandat geben, die drei Gemeinschaften zu reformieren. Ich bin sicher, daß de Gaulle zunächst Nein sagt. Er hat jedoch gezeigt, daß er sich einem starken Druck beugen kann. Wenn die Europäer wirklich etwas wollen, kann er nachgeben, wie er andere Male nachgegeben hat, in Algerien zum Beispiel oder gegenüber den Bergleuten in Lothringen. Aber er wird sicher nicht nachgeben, wenn auf Seiten seiner Gegner kein starker Wille zutage tritt. Hat man erst einmal eine solche echte politische Alternative, dann kann man sowohl praktisch agieren als auch mit de Gaulle Kompromisse schließen, zum Beispiel in der Agrarpolitik. Hat man diese Konzeption nicht und denkt nur an technische Probleme, dann wird de Gaulle Schritt für Schritt seine Gesamtkonzeption durchbringen.

Kogon

Sie sind also für eine Mobilisierung des europäischen Willens?

Spinelli

Ja, sowohl für die Mobilisierung des Willens als auch besonders für die Mobilisierung der europäischen Phantasiekraft.

Chiti-Batelli

Ich bin mit Spinelli bis auf einen Punkt völlig einverstanden. Er denkt, daß man die demokratischen nationalen Parteien mobilisieren kann - das glaube ich nicht.

Mozer

Es ist ohne Zweifel einer der großen Fehler der Europäer in diesem Augenblick, daß sie zuviel in de Gaulle hinein interpretieren und wie das Kaninchen auf die Schlange starren.

Aber lassen Sie mich zunächst noch einmal auf die beiden Referate zurückkommen. Die Definition des Staates, wie sie Kitzinger gegeben hat, nämlich nur Organismus, nur Apparat, der gesellschaftliche Probleme zu lösen hat - ein entideologisiertes Instrumentarium - ist, so scheint mir, die schärfste Antithese zu der Staatsvorstellung, die de Gaulle hat. Man muß davon ausgehen, daß jedes Wort von de Gaulle ein Bekenntnis gegen die Integration ist.

Wo liegt der Grad der Gegnerschaft? De Gaulle hat weniger Interesse für wirtschaftliche als für Verteidigungsfragen. Seine Gegnerschaft zur EWG ist deshalb weniger deutlich und weniger ausgeprägt als zu anderen Integrationsfragen. Auch noch aus einem anderen Grund: seine politische Konzeption erfordert eine wirtschaftliche Basis, die stärker ist, als Frankreich allein sie bieten kann. Geht man davon aus, dann sollten wir nicht bei jedem Schritt überlegen, ob Herr de Gaulle nicht Nein sagen werde. Aus seinem Interesse an der EWG für seine politische Konzeption ist ein eventuelles Nein in Fragen der EWG daher sehr viel später zu erwarten als auf anderen Gebieten. Man muß also nicht unbedingt in der Lähmung verharren, in der man sich seit einem Jahr befindet.

Nach dem 14. Januar 1963 tauchte der Vorschlag der Synchronisierung auf, den Herr Schröder nach dem Veto de Gaulles am 2. April 1963 im Ministerrat in Brüssel einbrachte. Das heißt aber praktisch, daß man den Vertrauensbruch, der nach dem 14. Januar entstanden war, an jenem Tage offen zugab. Vorher hatte man durchaus Entscheidungen getroffen und von einem Lande Opfer erwartet in der selbstverständlichen Annahme, daß der andere Partner bei der nächsten Gelegenheit nachziehen werde. Nach dem 14. Januar war dieses Vertrauen geschwunden. Am 9. Mai 1963 wurde dann ein Arbeitsprogramm beschlossen, welches festlegte, was alles bis zum Ende des Jahres erledigt werden sollte. Meiner Meinung nach lag hier ein großer Fehler der deutschen und auch übrigens der niederländischen Politik in Brüssel vor. Man hat in diesem Arbeitsprogramm ein synchronisiertes Paket sehr einseitig geschnürt. In ihm waren fünf konkrete, handfeste agrarpolitische Punkte enthalten, die sehr das Interesse des Herrn de Gaulle besaßen. Glauben Sie ja nicht, daß sein Ja zur Agrarpolitik aus mangelndem Interesse an diesem Gebiet resultiert. Davon kann gar keine Rede sein.

Zum Ausgleich fand man dann als Gegengewicht nur die Formulierung, daß bis zum Ende des Jahres ein Mandat der Gemeinschaft für die Kennedy-Runde beschlossen werden solle. Das ist recht ungleichgewichtig; denn ein Mandat kann man nie so formulieren, daß der Erfolg von Verhandlungen im voraus gesichert ist. Man hat also die Zusage gegeben, daß für fünf handfeste Punkte - darunter drei neue Agrarverordnungen, die europäisches Gesetz sein werden - ein Mandat formuliert wird für Verhandlungen, deren Ergebnis ungewiß bleibt. Ich wage zu sagen - bitte, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn es ein wenig merkwürdig klingt;-, daß der deutsche Außenminister sich des Ungleichgewichtes bewußt gewesen sein muß. Vergessen Sie nicht, daß dieses Programm wenige Tage vor der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages durch den Bundestag beschlossen wurde. Ich würde mich nicht wundern, wenn der deutschen Delegation die Hände gebunden gewesen wären, weitergehende Forderungen an Frankreich zu stellen, weil das Problem der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages im deutschen Bundestag schwierig war.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu dem theoretischen Charakter unserer Auseinandersetzung machen. Meine Herren, die Dinge spielen sich doch nicht theoretisch ab. Der Ministerrat ist ein Organ mit einem doppelten Gesicht. Einerseits ist er ein Organ der Gemeinschaft und andererseits eine Konferenz nationaler Minister. Daß sich hier fortwährend Spannungen ergeben, werden Sie in anderen Ländern mit Organen dieser Art, wie etwa in der Schweiz, auch erleben. Vermeiden läßt sich das nicht. Ich wehre mich dagegen, aus dem Umstand, daß es Perioden zögernden Fortschreitens oder zeitweiligen Stillstands gibt, den Schluß zu ziehen, daß damit die Methode, überhaupt weiter zu kommen, unmöglich geworden sei. Man sollte einsehen - was auch Herr Spinelli sagte;-, daß hier nicht nur ein Land und ein Mann die Verantwortung trägt, sondern daß die Schwierigkeiten von verschiedenen Ländern kommen.

Da ist zum Beispiel gesagt worden - und das sind die besonderen Facetten, die hinzukommen;-, daß man den Vertrag über die Assoziierung der afrikanischen Gebiete in Deutschland und in den Niederlanden als eine Art Racheakt nicht ratifizieren wollte. Man muß sich doch vor Augen halten, daß ein ganz anderer, sehr reeller Grund des Zögerns vorgelegen hat. Nach dem auf Grund des französischen Vetos erfolgten Abbruch der Verhandlungen mit England war in der Gemeinschaft diese Frage aktuell geworden. Während der Englandverhandlungen hatten wir nämlich allgemein eine Erklärung angenommen, daß auch die zum Commonwealth gehörenden englischen Gebiete die Möglichkeit zur Assoziierung haben sollten, wenn sie es wollten. Wir wünschten zunächst geklärt zu haben, ob Herr de Gaulle mit seinem Veto auch diese Zustimmung annullieren wollte oder nicht. Das war doch eine sehr reelle und berechtigte Frage. Erst als de Gaulle im Haag eine entsprechende Erklärung abgegeben hatte, war der Widerstand aufgegeben worden. Es war also nicht nur Rachepolitik seitens der Deutschen und der Niederländer, wenn sie Nein sagten.

Kogon

Zur Zeit erörtern wir lediglich die kontinentale Organisation und das Verhältnis der Kontinentalstaaten zu de Gaulle mit der psychologischen Bannung, von der Herr Niehans sprach. Sollten wir nicht darüber hinausgehen?

Haffner

Für die gegenwärtige Periode ist die Frage des europäischen Föderalismus und der Herstellung eines wirklichen vereinigten europäischen Staates mit einer handlungsfähigen Regierung tot. Keine Regierung strebt dieses Ziel mehr an. Es bleiben also die europäischen Nationalstaaten - wie immer - als Grundlage.

Nun hat man aber die EWG, die wie ein erratic Block aus einer anderen historischen Periode übriggeblieben ist. Sie ist nun einmal geschaffen worden und existiert. Die große Frage, mit der wir uns ununterbrochen beschäftigen, und um die wir ein bißchen herumreden, ist doch, wer wohl denn nun der Stärkere sein wird: die Nationalstaaten, die die EWG irgendwie zu einem Mittel ihrer eigenen Politik machen und sie so, wie es ihnen paßt, hin- und herschieben - oder die EWG selbst? Liegt in ihr eine Automatik, die fast gegen den Willen der nationalen Regierungen eines Tages - wie Herr Ministerialrat Engel sagt - doch zu einem föderalen Europa führt?

Herrn Mozers Ausführungen sind ein starkes praktisches Argument für die erstere - vom europäischen Standpunkt aus pessimistischere - Einstellung. Die sechs in der EWG zusammenarbeitenden Regierungen benutzen sie als ein Instrument, wie es ihnen jeweils paßt. De Gaulle ist dafür ein sehr gutes Beispiel. Er bedient sich der EWG als eines Instrumentes, wenn es für die Interessen der französischen Landwirtschaft, also auch seiner eigenen französischen Innenpolitik, gut ist. Denn die EWG kann für die französische Landwirtschaft sehr nützlich sein. De Gaulle behandelt die EWG jedoch ziemlich kavaliersmäßig, wenn es ihm nicht paßt. Eine Ausnahme machen vielleicht die Deutschen, weil sie als einzige europäische Regierung - das dürfen wir ja nicht vergessen - im Augenblick noch keine Nation verkörpern und keine eigentlich nationale Politik machen können. Sie sind immer noch eine Teil-, eine provisorische Regierung.

Mozer

Ich bin mit dieser Interpretation nicht einverstanden. Die Deutschen waren in ihren Erklärungen die größten Europäer, solange man sich einander näherte und europäische Politik für sie einen Zuwachs an Souveränität bedeutete, für die anderen aber einen Verzicht auf Souveränität. Heute steht man auf gleichem Niveau, und alle sollen Souveränität abgeben. Nun besteht in der Haltung der Partner kein Unterschied mehr.

Haffner

Ich will diesen Einwand gern akzeptieren, zumal er mein Hauptargument sogar noch verstärkt. Bisher war ich noch bereit, für die Deutschen eine Ausnahme zu machen.

Wenn wir ehrlich sind und die Dinge nüchtern betrachten, haben wir im Augenblick in Europa wieder die Nationalstaaten, wie wir sie immer gehabt haben - mit gewissen Modifizierungen in Deutschland. Andererseits haben wir die EWG als eine Realität. Wie verhält sich das nun zueinander? Wer hat die Geschichte auf seiner Seite, wer ist der Stärkere? Wer zieht die anderen sozusagen in seinen Bereich hinein?

Ich glaube, die stärkeren Argumente sprechen doch dafür, daß die EWG ein Instrument und meinetwegen ein Forum nationaler Politik werden wird etwa wie es in größerem Rahmen die Vereinten Nationen sind;-, daß sie aber keine supranationale, die Nationen hineinzwingende, hineinschmelzende Macht werden wird. Herr Engel hat da irgendwie die politische Kraft von juristischen Paragraphen überschätzt. Es hört sich so zwingend an: der Vertrag müßte gebrochen werden! Man hat doch immer erfahren, daß Verträge zum Absterben gebracht werden können, ihre politische Kraft verlieren, ohne direkt gebrochen zu werden. Man sollte doch nicht zuviel auf das geduldige Papier setzen.

Betrachte ich das Problem realpolitisch, so muß ich Folgendes feststellen: Sicher ist das Auftreten de Gaulles - ein nationales Ereignis in Frankreich der erste nicht eingeplante, nicht vorgesehene Zwischenfall gewesen. Und schon der hat die gedachte Entwicklung in eine andere Richtung gelenkt. Das wird aber nicht der wichtigste und auch nicht der einzige Zwischenfall bleiben. Ich sehe schon jetzt drei andere politische Ereignisse voraus, die die EWG sehr stark beeinflussen könnten.

Das eine ist die sich in Italien vollziehende politische Öffnung nach links, die zwar noch nicht zu Ende gekommen ist, die aber die italienische Einstellung zu Westeuropa, Osteuropa, zum Ost-West-Verhältnis und so weiter verändern kann, wenn sie ihren logischen Endpunkt erreicht haben wird. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß die EWG eine rein westeuropäische Angelegenheit ist.

Das zweite Ereignis halte ich für noch wichtiger. Es ist die sich abzeichnende amerikanisch-russische Atom-Entente, also das von England mitbeeinflusste Einverständnis zwischen Amerika und Rußland, die Ausbreitung von Atomwaffen über den gegenwärtigen Besitzstand hinaus nach Möglichkeit zu verhindern. Damit berührt man ein wesentliches Motiv des europäischen Zusammenschlusses, nämlich das, eine wirkliche Dritte Macht zu werden. Jedenfalls könnten die Europäer in die Konfliktsituation kommen, nun wirklich Ernst zu machen und sich mit Amerika und Rußland zu überwerfen, wenn sie eine Dritte Kraft werden wollen.

Das dritte Problem, das die EWG endgültig sprengen könnte, ist die Frage der deutschen Wiedervereinigung, wenn sie einmal spruchreif wird. Im Augenblick steht sie noch nicht auf der Agendaliste. Es hat sich aber gerade in den letzten Jahren gezeigt, daß man sie trotz aller Anstrengungen auch nicht fortschieben kann. Sie bleibt als Zeitbombe bestehen, die eines Tages explodieren wird. Wie jedoch ein wiedervereinigtes Deutschland in die EWG integriert werden soll, kann ich nicht sehen. Denn dann stünden wir nämlich nicht mehr vor der Frage der französischen, sondern der deutschen Hegemonie, die ja viel mehr Widerstände auslösen würde.

Frisch

Wollen Sie damit sagen, daß wir alle nur verzweifeln können?

Haffner

Nein, ich will damit sagen, daß die Idee der europäischen Einigung nicht mehr interessant ist.

Frisch

Für unsere oder auch die folgende Generation?

Haffner

Soweit wir sehen können.

Frisch

Wir dürfen doch nicht so denken, als wären diejenigen für die Zukunft entscheidend, die heute zwischen vierzig und sechzig Jahre alt sind.

Haffner

Nein! Ich denke weit voraus.

Lassen Sie mich nun auf zwei Fragen im Referat des Herrn Kitzinger zurückkommen. Er sagte, wir seien uns alle einig darüber, daß das Zeitalter des Nationalstaates vorbei sei. Ich bin mit ihm darin aber gar nicht einig. Ich glaube vielmehr, daß das Zeitalter des Nationalstaates erst angebrochen ist und sich seinem Höhepunkt noch nähert. Das erkennen Sie einmal überall in Afrika, Asien und so weiter, wo die demokratische und freiheitliche Bewegung sich gleichzeitig immer als nationale Befreiungsbewegung darstellt. Sie sehen es zum anderen erstaunlicherweise auch in Europa. Hier gab es eine föderalistische Europäische Bewegung, die wirkliche Kraft hatte, solange Europa am Boden lag. Mit der Erstarkung Europas ist diese Bewegung schwach geworden, und die Nationen sind in ihrer Art - nicht als Mächte, sondern vielmehr als politisch gestaltende Wesenheiten (wenn ich einmal so deutsch sprechen darf) - wieder stark geworden.

Weiterhin sagte Herr Kitzinger: Die Nationen entsprächen nicht mehr der technischen Entwicklung der Welt. Haben Sie einmal darüber nachgedacht, ob es nicht vielleicht eine sehr listige Absicht des Weltgeistes sein könnte, zwei völlig gegenläufige Bewegungen zu starten? Eine technische, die dazu zwingt, den ganzen Globus als Einheit zu betrachten - nicht nur Europa, was ja schon irgendwie überholt ist;- , und eine politische, die demokratisch und national ist.

Ich glaube tatsächlich, wir könnten eines Tages entdecken - Herr Kitzinger sagte es schon am Schluß seines Referates, und ich stimme mit ihm überein daß begrenzte Macht über einen unbegrenzten Raum das Zukunftsbild bestimmt - ähnlich der FAO, der World Health Organisation, der World Bank, der International Monetary Funds, und was es da noch so gibt. Wir könnten erkennen, daß eine Art funktionale, nicht so sehr sicherheitspolitische Union of Nations tatsächlich eine viel größere Zukunft habe, als wir in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege glaubten. Meiner Meinung nach widersprechen die beiden Statements einander, Herr Kitzinger.

Mozer

Dann sind wir aber doch wieder bei der Begrenzung des Nationalstaates. Dann beginnen Sie genau wieder da, wo wir 1947 mit der Europäischen Bewegung begannen.

Kitzinger

Ich kann keinen Widerspruch sehen, Herr Haffner. Meine erste These war normativ, die zweite faktischer Art. Mir scheint die erste These eine logische Konsequenz der zweiten zu sein, über die faktische Kraft der nationalen Idee, die jetzt von Europa aus in den Rest der Welt ausgesät worden ist, bin ich mir völlig im klaren.

Haffner

Sie ist aber auch in Europa noch sehr stark. Ich glaube an die Möglichkeit einer Weltordnung, die auf Nationalstaaten gegründet ist. Ich glaube nicht an die Ausschaltung der Nationalstaaten, an ihre Einschmelzung.

Kitzinger

Ich wollte mich gerade dagegen wehren, daß man aus Nationalstaaten Supranationalstaaten macht wie in Europa. Man sollte im Gegenteil den Nationalstaat in seiner funktionalen Bedeutung entflechten.

Kogon

Was heißt das: "entflechten"? Würden Sie das bitte erklären.

Kitzinger

In genau der Art, wie man innerhalb der europäischen Region die Kompetenzen über Kohle und Stahl aus den Nationalstaaten ausgeflochten und in Luxemburg neu zusammengefügt hat.

Kogon

Also diese beschränkten Kompetenzen herausnehmen und sie anderen, neuen Instanzen übertragen?

Kitzinger

Jawohl!

Kroebel

Das ist das, was Herr Professor Niehans den Rückfall genannt hat.

Kitzinger

Wobei ich seine Logik nicht ganz verstand: weil das, was man jetzt vorschlägt, eine gewisse Ähnlichkeit mit dem hat, was es vor 300 Jahren schon einmal gab, sei es falsch?

Niehans

Es hilft gelegentlich für die Anschaulichkeit eines Gedankens, wenn man historische Beispiele dafür beibringt. Das war der Sinn meiner sicherlich nicht unlogischen Feststellung, und es gibt auch so etwas wie eine historische Erfahrung über Dinge, die man heute vorschlägt.

Kogon

Aber die Frage ist doch: Kann man das?

Haffner

Ich möchte hier gern vermitteln. Ich bin der Meinung, daß man den Nationalstaat durchaus nicht als ein neurotisches Monstrum zu betrachten braucht. Der saturierte Nationalstaat, der sich als eine Nation ohne fremde und ohne eigene Irredenta fühlt, ist normalerweise ein friedliches Wesen.

Niehans

Wenn Herr Kitzinger sagen will, daß es zwar Nationalstaaten gibt, diese sich jedoch für gewisse Zwecke zusammenschließen - zum Beispiel in einem internationalen Währungsfonds, dann habe ich nichts dagegen einzuwenden, denn sie verlieren damit keineswegs ihr Eigenleben als Nationalstaaten. Ich habe aber in der Konzeption, nach der die Nationalstaaten sich in diesen funktionellen, unbegrenzten Gruppierungen auflösen sollten, eine Art Zwangsversteigerung der

Errungenschaften der letzten vierhundert Jahre gesehen. Die wird nicht Zustandekommen, und sie soll auch nicht!

Kitzinger

Ich habe als Modell eine zweite Dimension in die Diskussion bringen wollen. Wir müssen die Vereinten Nationen zweidimensional betrachten: einmal als Vermittler zwischen den Nationalstaaten und weiter als Vermittler zwischen Kompetenzen, zwischen funktionalen Gemeinschaften.

Frisch

Sie spielten aber mit einem sehr gefährlichen Gedanken, als Sie sagten, daß die Sprache nicht mehr der Träger der Kultur sei, sondern die Technik.

Kitzinger

Ganz so scharf habe ich das nicht gesagt.

Frisch

Sie kommen damit aber zur These des Herrn Haffner zurück, die ich für eine Selbstmord-These halte. Dann können wir alles aufgeben.

Haffner

Ich wollte sogar im Gegenteil sagen - da ich nun einmal provoziert werde;-, daß die These der europäischen Föderalisten eine Selbstmordthese ist. Sie läuft, wenn man sie wirklich Ernst nimmt, darauf hinaus, daß man noch einmal Machtpolitik treiben möchte. Man möchte noch einmal so viel Macht haben, daß man den Russen zeigen kann, wo sie hingehören.

Kogon

Das hat aber Spinelli abgelehnt. Er hat ausdrücklich gesagt: nicht Machtpolitik, sondern Ordnungspolitik für die gesellschaftliche Entwicklung.

Spinelli

In dieser deutschen Frage muß doch endlich ein wenig deutlicher gesagt werden: Wenn heute die Koexistenz zwischen dem Block der kommunistischen und dem der demokratischen Länder eine Grundgegebenheit ist, dann gibt es keinen Platz mehr für die Politik der Wiedervereinigung.

Altmann

Darauf, Herr Spinelli, möchte ich eingehen, auf einem Umweg. Ich komme zurück auf die Frage: "Wohin treibt die EWG?"

In der jetzigen Situation stellt sich die Frage: Wird die EWG den Schritt vom Zollverein zur Wirtschaftsunion schaffen? Diese Frage ist nicht nur mit der Agrarpolitik, sondern auch mit vielen anderen Problemen verbunden. Hier liegt die Gefahr, daß die EWG auf eine Sandbank aufläuft. Viele Anzeichen deuten jedenfalls darauf hin, daß sowohl die nationalgefärbten als auch die wirtschaftlichen Interessenstreitigkeiten nur schwer überwunden werden können, wenn die politischen Motive der EWG nicht ständig erneuert werden. Ich habe gar keine Hoffnung, daß die Vertragsbestimmungen allein eine Krise zu verhindern in der Lage sind.

Die schwierige Frage, die sich auch uns in Deutschland stellt, lautet: Wie weit können wir neue politische Substanzen in die EWG einbringen? Wir können nicht allein an den Vertrag von Rom appellieren, dazu ist seine Dynamik einfach zu stark und seine Statik zu gering. Wir müssen zugeben, daß die deutsche Politik in der europäischen Frage zwar sehr engagiert und begeistert getan hat, daß jedoch wenig unternommen wurde, um die EWG wirklich von der Bundesrepublik aus zu fundieren. Weder die Personalpolitik in Brüssel noch andere wichtige Fragen sind in irgendeiner Weise zufriedenstellend behandelt worden. Die deutsche Politik hat zur europäischen Integration einen viel geringeren Beitrag geleistet, als sie sich selbst klarmachen will. Daher das Thema unseres heutigen Abends: Genügt die EWG heute noch als Ausdruck gesamteuropäischer Politik? Wir wollen nämlich nicht allein nach der Chance der EWG fragen, sondern danach, ob sie als Ausdruck, als Form, als

Instrument gesamteuropäischer Politik genügt. Das haben wir von Deutschland aus bisher zu wenig durchdacht.

Die These Hallsteins, hier sei der Nucleus eines europäischen Bundesstaates geschaffen worden, halte ich staatsrechtlich für falsch. Begrifflich gesehen hat de Gaulle recht, wenn er sagt, theoretisch gibt es keine Supranationalität. Das ist aber kein Argument gegen den Vertrag von Rom, und es ist ja bereits ausgeführt worden, daß diese Ideologie der Supranationalität und der Text des Vertrages von Rom nicht identisch sind.

Ich bin auch der Meinung des Herrn Haffner, daß die politischen Motive, von denen die EWG bis heute lebt, als Motor nicht ganz ausreichen. Die deutsche Frage ist nur eines der vielen Probleme, die durch den Gemeinsamen Markt - auch in ihrer Weiterentwicklung - nicht befriedigend gelöst werden können. Die europäische Politik läßt sich nicht mehr auf den Nenner EWG bringen. Die Maße der europäischen Einheit sind nicht mehr in Brüssel hinterlegt. Daraus ergibt sich, was sich in Bonn nun schon jeder fragt: Was kann man tun, um die Sache vorwärtszutreiben?

Wir können es uns auf keinen Fall leisten, die EWG fahren zu lassen. Wir müssen sie stärken, wir müssen sie vorwärtstreiben und müssen versuchen, den Schritt zur Wirtschaftsunion zu schaffen. Ich glaube aber, es wird uns nur gelingen, wenn wir ihr ein politisches Rückgrat geben, das nicht in Brüssel konzipiert werden kann. Die Organe der EWG - weder die Kommission noch der Ministerrat - scheinen mir heute stark genug zu sein, um diese Aufgabe zu lösen. Das wäre also eine wichtige Aufgabe der Politischen Union.

Trotzdem kann die EWG nicht die eigentliche Substanz dieser Politischen Union sein. Wenn ich Herrn Delcour richtig verstanden habe, so meint er, die gemeinsame Verteidigung könne den Inhalt einer solchen Union bilden. Das ist für mich außerordentlich zweifelhaft, Herr Delcour. Denn es wäre schon für Frankreich ein innerer Widerspruch, auf der einen Seite gemeinsame Atomwaffen als unvereinbar mit seiner nationalen Souveränität gegenüber den USA zu sehen und sich dann nach der anderen Seite dieser eigenen Verfügungsmöglichkeit gegenüber seinen europäischen Partnern zu begeben. Würde de Gaulle jedoch seine "Force de Frappe" nur als nationales Vorbehaltsgut in eine Politische Union einbringen, so wäre das Mißtrauen der anderen gegen eine mögliche französische Hegemonie kaum zu beseitigen.

Ich meine grundsätzlich: Das Wesen einer Politischen Union der europäischen Staaten kann nicht eine supranationale Ordnung, die Verfassung eines europäischen Bundesstaates sein. Es kann nicht die Rolle einer dritten Macht gegenüber den USA, auch nicht eine solidare Atompolitik sein. Etwas anderes steht hier zur Frage: Das Verhältnis zu Mitteleuropa. Hier stellt sich für mich die hauptsächliche Frage nach der Substanz der europäischen Politik. Wenn wir - was notwendig sein wird - und wofür die Politik de Gaulles ja nur ein Symptom ist, eine Differenzierung amerikanischer und europäischer Politik erreichen wollen bei Aufrechterhaltung der westlichen Solidarität, dann muß das auf dem Felde Mitteleuropas geschehen.

Hier aber - und das will ich abschließend nur andeuten - erweist sich die Bundesrepublik als Riegel für die Weiterentwicklung der europäischen Politik. Sie verlangt nämlich von allen Mächten, mit denen sie befreundet ist, daß diese Frage eben nicht diskutiert, sondern nur mit einer zur Formalität gewordenen Formel erledigt wird. Aber eine europäische Politik wird gerade für uns nicht möglich sein, ohne die Frage der mitteleuropäischen Politik zu lösen.

Kogon

Herr Dr. Altmann, Sie sagen, die EWG als Basis einer Weiterentwicklung der europäischen Einheit genüge nicht. Die Bundesrepublik sei, was Mittel- und Osteuropa anbelangt, in einer besonderen Situation, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Sie tue es aber nicht, sondern sei im Gegenteil eher ein Hindernis. Ich frage jetzt: Wenn die Bundesrepublik in einer solchen Lage ist, könnten denn nicht die Engländer an einem solchen Konzept mitarbeiten, die einschließlich ihrer Opposition für eine Entspannungspolitik eintreten?

Altmann

Ohne Zweifel!

Kogon

Es müßte meines Erachtens jetzt sehr ernstlich von uns erwogen werden, was die beiden "Mächte", England und die Bundesrepublik, in der ganzen Betrachtung auf de Gaulle hin bedeuten könnten.

Layton

England sucht immer Verhandlungen mit dem Osten, und - wie Herr Altmann sagte - muß auch Deutschland danach suchen. Warum geht es nicht weiter? Es traut keiner dem anderen, und das zeigt, daß wir ohne eine gemeinsame Politik, ohne eine Politische Union nicht weiterkommen. Seit dem Atomabkommen mit Rußland hoffen alle englischen Politiker natürlich auf weitere Schritte vor der Wahl. Sie kommen aber nicht, weil die Gemeinschaft und die Europäer uns kein Vertrauen schenken. Die Entwicklung einer gemeinsamen Ostpolitik zwischen England und der Bundesrepublik könnte der Ansatzpunkt einer Politischen Gemeinschaft sein.

Wir sind immer bestrebt, nach neuen Wegen für die europäische Zusammenarbeit zu suchen. Ich glaube auch, wie Herr Kitzinger, daß wir eine neue weltweite Zusammenarbeit anstreben müssen, denn die Geschichte zeigt, daß wir allein mit dem Internationalen Währungsfonds, mit der OECD und so weiter nicht vorwärtskommen. Aber die Europäische Gemeinschaft muß der Katalysator dieses Prozesses sein. Wenn wir jetzt von weltweiten Abkommen in Rohstoffpreisen sprechen, ist das nur auf die Brüsseler Verhandlungen zurückzuführen. Wir müssen versuchen, den Kern "Europa" von neuem zu beleben.

Wenn wir in den letzten Monaten so wenig erreicht haben, so liegt das daran, daß wir nun zur Politik kommen müssen. Da wird es sehr schwierig, und Herr Spinelli sagt mit Recht, daß wir mehr Mut aufbringen müßten. Statt zusammenzuarbeiten, blicken wir mit Sorge auf de Gaulle und wissen nicht, was wir tun sollen.

Es stimmt nicht, daß die Engländer wieder in eine insulare Stimmung zurückgefallen seien. Im Gegenteil meinen viele, England werde eines Tages Mitglied des Gemeinsamen Marktes sein. Es tut aber niemand etwas dazu, dieses Ziel zu erreichen. Es ist also das Problem, die Menschen zum Handeln anzuregen, damit sie genügend interessiert sind und nicht etwa glauben, daß der Beitritt eines Tages erfolgen wird, ohne daß jemand einen Finger rührt.

Die große Frage ist, wie man die öffentliche Meinung so beeinflussen kann, daß die aktuellen Probleme zunächst in Europa und dann in Partnerschaft mit Amerika wirklich angepackt werden. Sicher läge diese Sache jedem Arbeiter am Herzen. Er weiß aber nichts davon. Und für die Politiker ist es ein sehr schwieriges Problem. Ich bin sicher, daß eine gemeinsame europäische Politik - zum Beispiel in der Verteidigung und hinsichtlich des Ost-West-Problems - ein wichtiger Anfang wäre.

Einer der letzten Trümpfe, die die Engländer noch besitzen, sind ihre Nuklearwaffen, über eine nukleare Zusammenarbeit könnte man mit de Gaulle sprechen, obgleich auch das sehr gefährlich ist. Früher meinte man, es sei schlimm, eine nationale Atommacht zu haben, eine europäische Atommacht zu besitzen, sei dagegen erstrebenswert. Ist dies aber wirklich der Fall? Für Europa handelt es sich doch um die Wahl zwischen einer europäischen oder einer atlantischen Atommacht. Weil die Entscheidung für die eine oder andere so schwer ist, hatte Macmillan im Dezember 1962 nicht den Mut, mit de Gaulle zusammenzugehen und dann abzuwarten, was wohl die Amerikaner dazu sagen würden. Er vertröstete de Gaulle auf später und ist mit den Amerikanern zusammengegangen.

Wenn Europa den Weg zu einer Politischen Union gehen will, muß es zu dieser Frage Stellung nehmen. De Gaulle hat recht, wenn er sagt, eine Politische Union ohne Nuklearkopf sei unvollständig. Obwohl die Entwicklung Europas zu einem Katalysator ein weltweiter Prozeß ist, könnte eine eigene Atommacht doch bedeuten, daß wieder ein nationalistisches Element in die Weltpolitik hineingebracht wird.

Bondy

Wenn Sie Macmillans Politik als eine Entscheidung für eine atlantische Atompolitik bezeichnen, im Gegensatz zu der von Herrn de Gaulle vertretenen nationaleuropäischen Atompolitik, wie erklären Sie dann die Aussagen Macmillans vor dem Parlament in bezug auf die Bedeutung eines "Independent British Deterrent"? Es sind ja fast wörtlich genau dieselben Aussagen über eine nationale Atommacht England, wie sie de Gaulle für Frankreich gemacht hat.

Layton

Ich gebe zu, das war Humbug.

Bondy

Also eine atlantische Fassade für eine nationalenglische Politik.

Layton

Die Polaris-Rakete ist keine englische Waffe, und es ist mir schmerzlich, daß Macmillan nicht den Mut hatte, die Wahrheit zu sagen, als das Skybolt-Projekt scheiterte.

Delcour

De Gaulle hatte also recht, als er sagte, England hätte auf Europa verzichtet.

Kogon

Sind Sie der Meinung, Herr Layton, daß unter den jetzt eben klargewordenen Umständen die Position Großbritanniens in Hinsicht auf de Gaulle und die künftige europäische Einheit stärker sei als die mögliche Position der Bundesrepublik innerhalb der heutigen Gremien? Kann Großbritannien Ihrer Meinung nach auf Grund eines Übereinkommens in der Nuklearpolitik und mit Hilfe der Ostpolitik mit de Gaulle in dem hier gemeinten Sinne besser zu Rande kommen als die Bundesrepublik?

Layton

Ich würde das bejahen, wenn Großbritannien den Willen dazu hätte und wenn die Gemeinschaft daran mitarbeitete. England kann es jedoch nicht allein schaffen, wenn Frankreich das nicht will und den anderen Partnern Großbritannien als den Sündenbock hinstellt.

Kogon

Großbritannien ist also Mitglied der Westeuropäischen Union, steht jedoch außerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. De Gaulle hat vorläufig den Wunsch, England nicht in die EWG hineinzulassen. Von dieser Position außerhalb der EWG aus sollte also Großbritannien sowohl in Hinsicht auf die Nuklearpolitik als auch auf die Ostpolitik einen stärkeren Einfluß auf de Gaulle ausüben können als die Bundesrepublik, wenn diese es überhaupt wollte oder könnte, oder wenn die Bundesrepublik ein Konzept hätte?

Layton

Das hängt davon ab, was de Gaulle dazu sagt, wenn er es überhaupt gern wollte.

Kogon

Aber nein! Die Engländer sollen doch den Willen de Gaulles beeinflussen. Sie haben in England zwei Politiker an der Spitze: einen heute amtierenden, Sir Douglas Home, und Mr. Wilson, der vielleicht morgen an der Spitze der Regierung steht. Der will es vielleicht gar nicht.

Altmann

Wenn es gelingen würde, eine Politische Union mit dem Ziel einer gemeinsamen mitteleuropäischen Politik herzustellen - zunächst auch ohne England und dieses Ziel mit den Vereinigten Staaten abzustimmen, wobei ich keine ernsthaften Schwierigkeiten sehe, dann wäre ein Beitritt Englands zu einer solchen Politik auch für Wilson kein Problem mehr. England müßte beitreten.

Kogon

Sie beantworten meine Frage also damit, daß die Bundesrepublik grundsätzlich den ersten Schritt tun müßte.

Spinelli

Es gibt in England Kräfte, die wissen, daß England tatsächlich keine Atommacht ist und daß die atlantische Lösung vielleicht richtig wäre. Ich denke, diese Engländer haben die Möglichkeit, einen politischen Einfluß in Europa zu erlangen, denn in Deutschland stehen die Sozialdemokraten auf dem gleichen Standpunkt. In Italien ist die zu Unrecht so gefürchtete linke Mitte ebenfalls der gleichen Meinung. Auch Spaak denkt so. Wenn man also genügend politischen Einfluß besitzt, könnte man auch Amerika gegenüber eine gemeinsame europäische Politik entwickeln.

Kogon

Im Bündnis mit Amerika?

Spinelli

Ja, in Verbindung mit Amerika, nämlich in der Vorbereitung einer Teilnahme Europas an der strategischen Kontrolle der amerikanischen Atomstreitkräfte.

Eine andere Alternative ist die von de Gaulle befürwortete europäische Atomstreitmacht. Das wäre dann die Konstellation de Gaulle - Strauß mit den rechtsgerichteten Politikern der anderen Länder Europas.

In Wilsons Perspektive, von der M. Layton sprach, zeigt sich die beste Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Entwicklung mit England. Wenn wir uns gleichzeitig ernsthaft in der EWG bemühen, könnte der Augenblick kommen, in dem man sich einigen kann.

Altmann

De Gaulle hat ein zweites Gesicht, das nicht atomare Politik heißt. Er hat zahlreiche Andeutungen gemacht, die darauf hinauslaufen, daß Frankreich bereit sei, einer Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen. Er würde auch den Polen und Tschechen, unseren Nachbarvölkern, auf Grund der engen Bindung eines wiedervereinigten Deutschland an Frankreich bei einer solchen Wiedervereinigung Garantie leisten. Das sieht sich für einen Deutschen wie eine freundliche Wiedergeburt der Kleinen Entente an. Für uns wäre diese Lösung nur unter dem Aspekt unangenehm, wenn Deutschland bezüglich seiner Gebiete ostwärts der Oder-Neisse revisionistisch wäre. Verzichten wir darauf, dann steckt in dem gaullistischen Konzept für uns gar keine Gefahr.

Ich möchte also sagen, daß de Gaulle nicht ein für allemal auf eine Politik der atomaren Dritten Kraft unabhängig von den USA festgelegt werden sollte, sondern daß er sehr wohl ein nach Osten, nach Mitteleuropa gerichtetes Konzept hat, das vielleicht zum ersten Mal in der europäischen Geschichte zwischen Deutschland und Frankreich unstreitig sein könnte. Ich möchte damit einer zu engen Interpretation der Politik de Gaulles vorbeugen.

Schumacher

Herr Dr. Körber hat gleich zu Anfang zwei Fragen gestellt. Die erste hieß: "Europa mit oder ohne England?" Die zweite: "Ist eine wirtschaftliche Vereinigung ohne eine politische Verschmelzung möglich?"

Wenn eine Sache ins Stocken gekommen ist, zeigen sich unter den Beobachtern jedesmal zwei verschiedene Temperamente. Die einen fordern, die Sache mit mehr Druck und Gewalt vorwärts zu treiben, um sie wieder in Schwung zu bringen. Die anderen sind sich nicht so sicher und fragen, ob vielleicht an der Sache selbst etwas nicht stimme. Nehmen wir als sehr typisches Beispiel die Entwicklungshilfe. Je mehr diese ihre Wirkung zu verfehlen scheint, um so lauter rufen die einen nach immer größeren Mitteln, während die anderen, zu denen auch ich mich rechne, fragen, ob vielleicht der Ansatz falsch ist.

Nun, diese Frage möchte ich einmal in bezug auf die EWG stellen. Herr Kitzinger hat allerdings zwei Dinge gesagt, die mir mein Vorhaben erschweren. Er hält es für eine "unbestrittene Tatsache", daß der Nationalstaat technologisch überholt sei, und er behauptet weiterhin, daß es irgendwie nicht gehe, Wirtschaft und Politik gedanklich zu trennen. Ich möchte dagegen behaupten, daß eine realistische Deutung unserer Probleme entscheidend davon abhängt, sehr genau zumindest zwischen Wirtschaftspolitik einerseits und Außen- und Verteidigungspolitik andererseits zu unterscheiden.

Zunächst Wirtschaftspolitik. Es ist Ihnen vielleicht aufgefallen, daß Mr. Edward Heath, nachdem er sich achtzehn Monate lang bemüht hatte, Großbritannien in den wirtschaftlichen Großraum der EWG einzubringen, heute unter anderem Minister für "regionale wirtschaftliche Entwicklung" geworden ist. Aber die Bedeutung des Wortes "regional" in diesem Zusammenhang ist nicht großräumig, sondern kleinräumig. Es ist ein Mythos, daß uns die Bildung von wirtschaftlichen Großräumen und die sogenannte "Überwindung" der Nationalstaaten technologisch vorgeschrieben sei. Die Periode, in der es darauf anzukommen schien, immer größere Wirtschaftsräume zu schaffen, liegt längst hinter uns. Die Aufgabe unserer "wohlhabenden" Gesellschaft liegt in der genau entgegengesetzten Richtung: in sorglicher Pflege und Kleinarbeit, kleine Wirtschaftsräume zu betreuen. Das ist typisch so in den Vereinigten Staaten, wo es mangels dieser pfleglichen Arbeit in kleinen Räumen mehr wirtschaftliches Elend gibt als in Westeuropa. Das ist typisch so in Großbritannien - daher die neue Aufgabe des Mr. Heath; -, wo es um die Pflege vom Notstand bedrohter Gebiete wie Schottland und den Nord-Osten geht. Und das ist typisch so in Italien, wo der kolossale Aufschwung in Norditalien den Südtalienern und Sizilianern gar nichts hilft. Das ist typisch so auch in allen unterentwickelten Ländern. Ich habe viel mit Indien zu tun. Das Entwicklungsproblem stellt sich dort ohne Zweifel in folgender Frage dar:

Wie kann man Indien, ohne es politisch zu zerstückeln, in viele kleine Wirtschaftsräume aufteilen, damit sich die Entwicklung nicht nur auf die bereits übergroßen Stadtgebiete wie Bombay und Kalkutta konzentriert?

Ich behaupte also, daß das krampfhaftes Streben nach einer wirtschaftlichen Großraumbildung in Europa veraltet und unzweckmäßig ist. Wer von einem "technologischen Zwang" in dieser Richtung spricht, findet es schwer, außer der Weltraumforschung auch nur ein einziges Betätigungsfeld zu nennen, für das ein solcher "Gigantismus" Vorbedingung sei. Für derart exzeptionelle Zwecke kann man jedoch ohne Schwierigkeit ad hoc Vereinigungen schaffen.

Für alle normalen wirtschaftlichen Betätigungen reichen die normalen Praktiken des Außenhandels aus, um auch kleinen Ländern, wie zum Beispiel der Schweiz, weltweite wirtschaftliche Möglichkeiten zu geben. Daß es gewisser weltweiter Gremien bedarf, um Fragen des Außenhandels zu ordnen, wird von niemandem bestritten.

Ich habe keine Sympathie für jenes Denken, das davon träumt, alle Automobile Europas an einem Platz herstellen zu lassen, weil sie dann billiger würden. Das ist ein unmenschliches Denken, das jederzeit bereit ist, Arbeiter, Handwerker, Bauern oder Kumpel irgendwelchen billigen Theorien der Wirtschaftsreligion zu opfern. Gerade in der wohlhabenden Gesellschaft Westeuropas sollte man endlich von der Wirtschaftsreligion ablassen und dafür Sorge tragen, daß dem einzelnen Menschen sowie kleinen, organisch gewachsenen Menschengruppen Gerechtigkeit zuteil wird.

Nun aber zur Außenpolitik und Verteidigung. Während es in der Wirtschaftspolitik heute vorwiegend auf Kleinarbeit in kleinen Räumen ankommt, kommen wir bei Außenpolitik und Verteidigung - wie die Dinge nun einmal liegen - um den "Gigantismus" leider nicht herum. Daß Europa in dieser Beziehung versucht, sich zusammenzutun, um anderen Großmächten gegenüber eine Äquivalenz der Macht zu schaffen, hat jedenfalls logisch einen guten Sinn. Hierzu jedoch ist die EWG meiner Meinung nach gänzlich irrelevant. Es wäre eine merkwürdig marxistische Geschichtsauffassung, anzunehmen, daß der politische Zusammenschluß nur aus dem wirtschaftlichen hervorgehen kann. Ich hänge dieser marxistischen Geschichtsauffassung nicht an.

Mozer

Es wird hier heute so diskutiert - auch von seiten des Herrn Dr. Schumacher;- , als ob die EWG ohne Vorgeschichte einfach so vom Himmel gefallen wäre. Wer hat denn überhaupt zuerst den Plan gehabt, wirtschaftlich zu integrieren und daraus Politik zu entwickeln? Wir haben doch nach dem Kriege erlebt, daß man zuerst ein politisches Projekt hatte, das in der Fassade des Europa-Rates endete. Dann haben wir den Schritt mit der Montanunion getan und schließlich mit der EVG, die eine politische Konzeption hatte. Als das auch gescheitert war, hat man auf die Wirtschaft übergegriffen und hat damit genau auf dem Wege einen Schritt voran getan, wo sich eine Möglichkeit ergab. Niemand hat damit begonnen, erst die EWG zu schaffen und dann zu sagen, es müsse sich daraus eine gemeinsame Politik entwickeln.

Schumacher

Die Frage ist eben, ob sich wirklich über die Wirtschaft, das heißt über die EWG, eine neue Möglichkeit ergibt. Ich bin nicht der Ansicht.

Worauf es zunächst einmal ankam, war die deutsch-französische Annäherung. Um diese zu fördern, schuf man die Montanunion.

Mozer

Aber das war schon ein Ausweg.

Schumacher

Aber anzunehmen, die deutsch-französische Annäherung sei von der Montanunion hervorgebracht worden - das wäre eine Geschichtsfälschung.

Mozer

Das behauptet doch auch niemand.

Altmann

Ich muß Ihnen doch entgegenhalten, Herr Schumacher, daß die EWG um eine solche Regionalpolitik außerordentlich bemüht ist, zum Beispiel im Wirtschaftsgebiet der Eifel, wo drei, vier Länder an einer gemeinsamen regionalen Entwicklung sehr interessiert sind.

Schumacher

Das ist kein Gegenargument. Es handelt sich darum, daß in der EWG außerordentliche Anstrengungen gemacht werden, alles nur Erdenkliche gleichzuschalten, zu "harmonisieren". Ich sehe das von der Praxis her, nicht als Journalist. Als über Englands möglichen Beitritt verhandelt wurde, bekamen wir beim National Coal Board eine Liste von gleichzuschaltenden Dingen, die geradezu ein Talent bewies, in diesem sowieso schon komplizierten Leben künstliche Probleme zu erfinden, von deren Lösung niemand einen Nutzen haben würde; ein Talent, eine übernationale Bürokratie aufzubauen mit "power without responsibility", die allen erprobten Prinzipien zuwiderläuft. Wir hätten 300 Beamte nach Luxemburg entsenden müssen. Wozu eigentlich?

Die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kohle - und, soviel ich weiß, auch auf dem Gebiet des Stahls - funktioniert auch ohne Luxemburg ausgezeichnet. Seitdem die Verhandlungen über Englands Beitritt gescheitert sind, stiegen die britischen Exporte nach den EWG-Staaten um 30%. Wären wir beigetreten, so hätte man diese Entwicklung ohne Zweifel als Resultat des Beitritts ausgegeben.

Spinelli

Wenn also eine solche regionale Entwicklung in England stattfindet, Herr Dr. Schumacher, sind Sie dann der Meinung, daß man den "National Coal Board" in viele regionale "Coal Boards" aufteilen müßte?

Schumacher

Über die dezentralistischen Entwicklungen in der Verwaltung der britischen Kohlenindustrie könnte ich Ihnen sehr präzise Auskunft geben; aber nicht heute abend.

Lassen Sie mich zu dem positiven Teil meiner Ausführungen kommen. Solange man sich auf dem Kontinent darauf versteift, unter allen Umständen die Wirtschaft gleichzuschalten - samt Landwirtschaft und Energiewirtschaft;- , wird man endlose Enttäuschungen erleben. Denn hierfür besteht im großen und ganzen keine reale Notwendigkeit. Um zu "Europa" zu kommen, ist das der falsche Ansatz. Die wirklich notwendige Koordinierung erreicht man viel einfacher durch die alten Methoden bilateraler und multilateraler Verhandlungen mit Hilfe der bereits vorhandenen internationalen Organisationen wie OECD und so weiter. Es heißt, die Methoden funktionierten nicht schnell genug. Ja, warum muß denn alles so schnell gehen? Menschliche Werte gehen verloren, wenn man die Dinge in dieser Weise forciert.

Mozer

Es ging nicht nur nicht schnell, es ging überhaupt nicht mehr.

Schumacher

Seit zwölf Monaten ist die Entwicklung auch bei der EWG ins Stocken geraten.

Frisch

Bei der OEEC waren die Vereinbarungen über das Niederlassungsrecht zehn Jahre lang steckengeblieben. Jetzt wird es aber trotzdem verwirklicht.

Kogon

Herr Dr. Schumacher, ich meine, Sie müßten ein wenig auf die Bemerkungen von Herrn Mozer eingehen. Er sagt, es habe historisch zuerst ein politisches Projekt gegeben. Das ist nachweisbar. Weil dies in der ersten und richtigen Etappe nicht akzeptiert worden ist, habe man es in weiteren und anderen Etappen versucht. Am Schluß landete man in den Messina-Initiativen und den Rom-Verträgen ganz bei der Wirtschaft und in einem gewissen "Vulgärmarxismus" in der Hoffnung, das politische Projekt würde sich daraus entwickeln. Es waren große Idealisten an diesen Versuchen beteiligt, weil es anders nicht mehr ging. Sehen Sie ohne Berücksichtigung der EWG eine Chance,

tatsächlich real auf das ursprüngliche Konzept zurückzukommen, und zwar in Hinblick auf de Gaulle, der ganz konkrete Vorstellungen von einer europäischen Politik hat?

Schumacher

Durchaus! Denn da sind reale Interessen der Außenpolitik und der Verteidigung, die wir alle gemeinsam haben. Wenn wir aber diesen Mühlstein um den Hals haben, daß England nicht dabei sein darf, es sei denn als Mitglied der EWG, dann muß der Versuch eben daran scheitern. Herrn Mozers Argument erinnert mich an den Mann - wenn ich etwas burschikos sein darf;- , der nach dem Erdbeben von Lissabon Pillen gegen Erdbeben verkaufte. Als man ihn fragte, was denn das helfen solle, antwortete er: "Haben Sie etwas Besseres?" Die EWG ist eine Pille gegen Erdbeben. Eine politische Vereinigung zu schaffen, gelingt nicht auf den ersten Versuch. Der richtige Ansatz wäre nicht eine Patentlösung, sondern ein solides Arbeiten an den tatsächlichen Problemen. Man muß immer wieder betonen, daß sich Europa eine militärische Schwäche nicht leisten und daß es nur durch politische Abkommen militärisch gesichert werden kann. Man wird doch militärisch nicht stärker, wenn auf Grund einer wirtschaftlichen Gleichschaltung die Produktion von Hosenkнопfen um 20% steigt. Auch die Agrarpolitik macht Europa militärisch nicht stärker. Es kommt eben nur auf die Verteidigung an.

Kogon

Sie sind also für die Organisation verschiedener Ebenen - die Wirtschaft in einer anderen Weise als die Verteidigung. Politische Institutionen halten Sie nicht für notwendig?

Schumacher

Keine über die Verteidigung hinausgehenden politischen Institutionen, nein - natürlich nicht!

Goriely

Würden Sie für die Souveränität dieser kleinräumigen Organisationen, wie Sie sie vorschlagen, sein? Zum Beispiel in England für die Souveränität jeder Grafschaft? Logisch sollte man es annehmen.

Schumacher

Sie wollen wieder alles über einen Kamm scheren, eine Denkweise, die mir nicht liegt. Was heißt denn Souveränität? Für wirtschaftliche Probleme ist Kleinarbeit nötig, und da haben wir in Europa die Nationalstaaten, die sich wirtschaftlich durchaus bewährt haben. Einige sind vielleicht zu groß, andere zu klein. Vielleicht ist Ihr Land zu klein.

Großbritannien ist in wirtschaftlicher Hinsicht bestimmt schon zu groß. Wir könnten das Problem Schottland lösen, wenn wir einen Weg fänden, Schottland im wirtschaftlichen Sektor sozusagen abzutrennen. Bitte, das ist ernst zu nehmen. Die Italiener verstehen es, denn sie haben das gleiche Problem in Sizilien, und in manchen Provinzen hat man es in Frankreich auch.

Delcour

Wir können das Problem in Frankreich gar nicht durch eine Zerstückelung des Landes lösen, und eine Zerstückelung der europäischen Wirtschaft würde uns stark zurückwerfen. Es ist paradox, was Sie sagen.

Schumacher

Die europäische Wirtschaft ist schon immer zerstückelt gewesen. Wir haben ein Wirtschaftswunder in Österreich, eines in Italien - wir haben Wirtschaftswunder überall.

Kogon

Einen Augenblick, meine Herren! Das sind doch keine absoluten Gegensätze. Sie meinen natürlich Zerstückelung in bestimmten Verflechtungen. Die wollen Sie ja gar nicht völlig isoliert haben. Uns aber interessiert das Maß der Verflechtung und die Politik, die erforderlich ist, um diese notwendige Verflechtung zu organisieren. Das ist doch der Witz der Sache.

Schumacher

Warum denn überhaupt eine organisierte Verflechtung?

Kogon

Aber auch Koordination ist Organisation.

Schumacher

Die eleganteste Koordinierung vollzieht sich ohne große Organisationen: im weltweiten Außenhandel der Nationalstaaten. Da haben wir ja bereits ein Netz von Organisationen, um die auftauchenden Probleme zu bearbeiten - den Währungsfonds, die Weltbank, die OECD, die verschiedenen Zweige der UNO und so weiter. Auch die EWG kann natürlich ruhig weiterbestehen. Aber das Heil Europas hängt nicht von ihr ab. Gegen ein Überhandnehmen supranationaler Bürokratien tut man gut, sehr skeptisch zu sein. Wenn es ohne Bürokratie geht, so geht es besser.

Mozer

Ich begreife nicht, Herr Dr. Schumacher, daß die Regionalpolitik im kleinsten Rahmen als Antithese zu unserer Arbeit angesehen wird. Wir versuchen, durch unseren Investierungsfonds, durch unseren Sozialfonds eine Regionalpolitik zu fördern, die davon ausgeht, daß eine Entwicklung nicht unbedingt an der nationalen Grenze aufhören muß. Daß wir diese Kleinarbeit in der kleinen Region leisten, ist kein Grund dafür, die anderen Dinge etwa nicht zu tun.

Kogon

Ich stelle Ihnen jetzt eine konkrete Frage, Herr Dr. Schumacher: Was ergeben sich aus Ihren bisherigen Ausführungen für Konsequenzen in Hinsicht auf die kontinentaleuropäische plus englische Europa-Politik?

Schumacher

Für mich ergibt sich die Konsequenz, daß ein Festlaufen der EWG nicht das Ende der europäischen Idee bedeutet. Hier ist eine im Ansatz falsch angepackte Sache zu ihrem logischen Ende gekommen. Man kann die EWG dann als erratischen Block auch weiterhin benutzen. Es wäre aber das größte Unglück für Europa, daran jetzt die europäische Idee anzuhängen und vielleicht die deutsch-französische Verständigung als größte Nachkriegsleistung an einer zerbrochenen EWG scheitern zu lassen. Es wäre ein großes Unglück, zu sagen, England und alle möglichen anderen Länder bleiben draußen, weil sie nicht in die EWG passen. Das konstruktive Arbeiten an der europäischen Idee kann heute nur darunter leiden, wenn man sich auf die EWG oder die Montanunion versteift.

Wenn man Herrn Kitzinger wirklich darin folgt, daß das Problem weit über die Sechs hinausgeht, daß es nicht nur ein westeuropäisches, sondern darüber hinaus ein Nord-Süd- und ein Ost-West-Problem ist, dann darf man sich nicht auf eine Weiterentwicklung der EWG in Richtung auf eine politische Vereinigung versteifen, sondern muß neu anfangen. Man braucht vielleicht das bisher Errichtete nicht abzubauen. Aber man muß bei einem Neuanfang mit einem frischen Blick auf die Dinge, auf die es tatsächlich ankommt, beginnen. Auf ein paar Zollsätze kommt es in einer wohlhabenden Gesellschaft wirklich nicht an, wohl aber auf eine tragfähige Verständigung in Sachen der Außenpolitik und der Verteidigung.

Werthern-Beichlingen

Es ist nicht schon einfach alles vorbei. Wäre es vorbei, dann hätte die Verweigerung des Beitritts Englands zur EWG keinen Sinn gehabt. Es war doch nicht immer so, daß die Engländer beitreten wollten. Wir Kontinentaleuropäer waren vielmehr der Meinung, man solle den Beitritt Englands lieber hinauszögern, solange die Chance einer Europäischen Union bestand. Wir fürchteten, England würde den Plan einer politischen Föderation, eines kontinentaleuropäischen Bundesstaates mit einer Exekutive durchkreuzen, wenn es Mitglied der EWG wäre.

Niehans

Das ist ohnehin vorbei.

Werthern-Beichlingen

Es ist noch nicht entschieden. Außerdem sagte Herr Haffner, es gäbe heute Nationalstaaten wie eh und je. Noch aber ist nicht entschieden, welche Kräfte den Nationalstaat alter Ordnung in die alte

Machtposition zurückrücken wollen und welche Kräfte für die Integration in größere Gemeinschaften eintreten. Darum wird jetzt gerungen, das ist doch der Ansatzpunkt.

Haffner

Kein vernünftiger Mensch will die europäischen Nationalstaaten in die alte Machtposition zurückrücken. Das kann man nicht mehr. Die große Frage ist doch, ob man durch einen - sagen wir: künstlichen - Zusammenschluß der europäischen Nationalstaaten doch wieder eine Machtposition alten Stils aufbauen oder darauf verzichten soll.

Werthern-Beichlingen

Herr Haffner, es geht doch nicht um die Machtposition. Man kann jetzt auf eine Organisation Kontinentaleuropas nicht verzichten, denn eine der beiden großen Aufgaben, die zu bewältigen sind, ist die Militärpolitik. Sie ist ohne eine gemeinsame Exekutive nicht lösbar. Die andere große Aufgabe ist die Außen- und Handelspolitik gegenüber Osteuropa. Die kann Deutschland allein nicht lösen.

Wir waren davon ausgegangen, daß de Gaulle also Frankreich - immer nur in dem Maße zur Preisgabe von Souveränitätsrechten bereit sein werde, wie es seiner wirtschaftlichen Konsolidierung nützlich ist und wie Frankreich seine neue außenpolitische Position festigen und bewahren kann. Könnte Frankreich nicht doch zu weitergehenden Souveränitätsverzicht auch in außenpolitischen und militärischen Fragen gezwungen sein - in dem gleichen Maße nämlich, wie die Bundesrepublik darauf bestehen würde? Anders formuliert: Wie könnte denn Frankreich seine jetzige Politik ohne seine fünf kontinentalen Nachbarn fortsetzen?

Delcour

Ich glaube tatsächlich, das wäre unmöglich, Herr v. Werthern. Umgekehrt aber ist es auch für die fünf Partner unmöglich, Frankreich zu isolieren. Die Bundesrepublik kann sich von Frankreich und von de Gaulle nicht losrennen. Die Verbindung ist zu eng. Vielleicht war der deutsch-französische Vertrag ein Stück gaullistischer Politik. Ich bin aber überzeugt, daß dieser Vertrag auch nach dem Abgang de Gaulles bestehen bleiben wird.

Werthern-Beichlingen

Aber Sie würden anerkennen, daß die Bundesrepublik gewisse Konzessionen Frankreichs erreichen könnte oder, mit anderen Worten, daß sie de Gaulle zu gewissen Einlenkungen bringen könnte?

Delcour

Das schon.

Kogon

Wir dürfen schließlich nicht die Träger dieser Politik vergessen. Nicht umsonst geraten wir immer wieder in den Bann der besonderen Psychologie de Gaulles. Im Falle der Bundesrepublik haben wir es mit einem Parlament zu tun. Das ist ja schließlich ein Unterschied - nicht wahr? - in der Willensklarheit, in der Willenskonsequenz und in der Zielstellung. De Gaulle hält ja doch von den Parlamentariern Europas, mit Verlaub gesagt, einen Schmarren.

Frisch

Sie haben recht, Herr Kogon, auch im Stil der führenden Regierungspolitiker ist ein Unterschied. Herr Erhard ist vor kurzem mit Herrn Schröder nach Paris gefahren, und die Franzosen hatten erwartet, daß beide ihnen endlich einmal die Frage stellen würden: "Wozu seid Ihr auf dem europäischen Gebiet bereit?" - Die Frage wurde nicht gestellt, obwohl man in Bonn darüber nachgedacht hatte. Offensichtlich hat man bewußt auf eine Klärung der europäischen Fortschrittsungleichheiten verzichtet.

Kogon

Da kommen wir auf das zurück, was schon Herr Altmann sagte. Der politische Wille der Bundesrepublik - soweit er sich auf den Kontinent bezieht und nicht auf England - ist nicht deutlich.

Stolze

Wir sollten de Gaulle vor die Entscheidung stellen, sich zur europäischen Integration zu bekennen. Er ist aus wirtschaftlichen Gründen auf die Unterstützung durch seine Partner angewiesen, er kann die "force de frappe", à la longue gesehen, nicht ohne die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft entwickeln. Fordern wir doch endlich einmal einen Preis von ihm. Wir haben ihn ja noch nie gezwungen, sich wirklich zu stellen.

Altmann

De Gaulle stellen? Die anderen Europäer werden doch nicht zugeben, daß ihnen nichts einfällt oder daß sie unfähig seien, de Gaulle irgendwie zu zwingen.

Das Problem liegt anders. De Gaulle hat nach meiner Auffassung recht, wenn er sagt, die EWG sei ihrer Konstruktion nach nicht der Kern eines europäischen Bundesstaates. Es ist ein Fehler des Herrn Hallstein, sie so interpretiert zu haben. Die EWG führt nicht zu einem Staatsgebilde, sondern sie ist in de Gaulles Sicht eine Technokratie, die ihren Zweck und ihre Funktion hat, aber kein Ansatz zu politischer Supranationalität.

Kogon

Sollten dann nicht die Regierungen in London und Bonn über ein gemeinsames Vorgehen genaue Absprachen treffen, um auf einer solchen Ebene zu erreichen, daß sich nicht das de Gaulle'sche Konzept durchsetzt? Es liegt also an uns, und das Problem ist, ob die Bundesrepublik die Initiativkraft dazu besitzt.

Spinelli

In der Frage, ob die Bundesrepublik Initiativkraft besitzt, sollte man aber nicht das parlamentarische System verantwortlich machen. Leider gibt es in Deutschland keine offene und breite Diskussion in bezug auf die zu lösenden großen Fragen der Wiedervereinigung, der Agrarreform und der atomaren Bewaffnung. Das liegt am mangelnden politischen Interesse und Bewußtsein der Öffentlichkeit und nicht an einem schlechten System.

Kogon

Sie meinen also, die wichtigsten Probleme werden weder in den Parlamenten noch in der Öffentlichkeit offen ausgesprochen und diskutiert?

Spinelli

Man muß zunächst in der Öffentlichkeit beginnen.

Bondy

Ich habe sehr viel gelernt, am meisten von den Herren Kitzinger, Spinelli, Haffner und Schumacher. Aber ich fühle mich mit allen vier Herren schrecklich uneinig.

Wir alle leiden darunter, daß es heute in Europa keine europäische Leidenschaft mehr gibt. Wir alle waren begeisterte Europäer, und fünf von uns hier im Raum saßen schon vor zwanzig Jahren beieinander und gründeten in Hertenstein eine Europäische Bewegung. Diese Leidenschaft trat in einem Augenblick auf, als es Europa schlecht ging. Es gab keine Prosperität, keine Sicherheit, und die Westeuropäer drohten, sich untereinander entsetzlich zu zerstreuen oder sogar von neuem zu bekriegen. Heute gibt es keinen Streitpunkt mehr zwischen den Westeuropäern. Es gibt Prosperität, und wir glauben zu Recht oder zu Unrecht;-, daß unsere Sicherheit einigermaßen gewährleistet sei. Der jungen Generation geht es gut, und was Europa braucht - freie Reisen über alle Grenzen, Vollbeschäftigung und so weiter - haben wir auch ohne die politische Einheit. Eine Massenbasis für eine europäische Leidenschaft haben wir heute deshalb nicht mehr, weil wir die Massenbasis eines europäischen Leidens nicht mehr haben wie gleich nach dem Kriege.

Das andere aber ist die europäische Bereitschaft, und ich glaube, die ist noch da. Alle Umfragen bestätigen, daß sich die jüngere Generation zwischen Zwanzig und Dreißig nicht leidenschaftlicher für Europa interessiert als die ältere - eher etwas weniger. Aber die Bereitschaft, sich über Nationen und Staaten, über Souveränität hinwegzusetzen und sich völlig in einen neuen Rahmen zu fügen, ist so groß, daß die Verantwortung der Regierungen und ihr Spielraum für Initiativen größer ist als je.

Wenn de Gaulle mit der patriarchalischen Macht, die er besitzt (weil er den algerischen Krieg beendet hat und weil er im Lande Ordnung stiftete), für Europa statt für den Nationalismus eintreten würde,

stünde niemand in Frankreich dagegen auf, sondern man wäre im Gegenteil darüber sehr froh. Die Handlungsfreiheit einiger Menschen in Spitzenpositionen, wie Erhard und de Gaulle sie einnehmen, ist so groß, daß die Verantwortung für das, was diese Männer tun, gar nicht auf die "Massen", auf die "Geschichte" oder ähnliches verlagert werden darf.

Man hat die europäische Idee heute abend schon mehrfach totgesagt, aber nicht nur hier. Man hat es gesagt, als die Engländer in Straßburg erklärten, sie wollten nichts mehr davon wissen. Man hat es gesagt, als die EVG im französischen Parlament umgebracht wurde. Ein Mann, den ich sehr verehere, nämlich Professor Raymond Aron, schrieb damals - für dieses eine Mal nicht vom Atem der Geschichte inspiriert -: "Von diesem Punkt an können wir sagen, daß diese sechs Staaten niemals wieder etwas gemeinsam unternehmen werden". Ein Jahr später hatten wir die Vereinbarungen von Messina.

Heute stehen wir wieder in einer Krise, von der wir nicht wissen, wie sie ausgeht. Wenn aber die Probleme nicht gelöst werden, so bleibt offenbar eines, das zu groß ist, als daß es die einzelnen Nationen gesondert lösen könnten. Man kreist es von allen Seiten ein und kommt immer wieder auf dieses Problem zurück. Alle unsere englischen Freunde, ob konservativ oder liberal, erklärten uns jahrelang, Europa sei eine Abstraktion und habe gar keinen Sinn. Als es dann wirtschaftlich als "Großraum" doch entstand und wuchs, waren es auf einmal die Engländer, die Schweizer und alle Leute, die von diesem Europa ursprünglich nichts wissen wollten, die nun antichambrierten - sicher nicht nur aus ideologischer Wandlung, sondern aus recht massiven Interessengründen. Es besteht und wirkt also Europa über die Nationen hinweg.

Die Nation ist in Europa nicht etwas so Neues und Interessantes wie in Afrika und Asien, wo Dutzende von neuen Staaten entstehen und die Völker nachträglich versuchen, diesen Staaten einen nationalen Geist zu geben. Das ist nicht ganz leicht, denn in Afrika sind die Stämme mit den Nationen nicht identisch und hinsichtlich der Sprache haben sie nur die Wahl zwischen Französisch und Englisch, wogegen wir in Europa nahezu für jeden Staat eine eigene Sprache besitzen. Es werden also Staaten geschaffen, die man dann "Nationen" nennt. Immerhin ist es aber etwas Neues, die Menschen leben dort noch in unserem 19. Jahrhundert, während wir in Europa im 20. Jahrhundert leben und die Nation für uns eben nichts Neues ist.

Aber die heftigsten Nationalisten in Deutschland, Frankreich und Italien, die alles ausschließlich auf das "nationale Geschick" abstellen, sind keine Demokraten, sondern denken autoritär oder totalitär und möchten die demokratischen Freiheiten abwürgen. In den europäischen Kernstaaten wie Deutschland, Frankreich und Italien geht Demokratie und Nationalismus nicht mehr zusammen wie vor hundert Jahren. Man prüfe, wer nationalistische Rhetorik in Italien und wer sie in Frankreich übt. Frankreich als am stärksten nationalistischer Staat in Westeuropa trägt heute auch die meisten autoritären Züge. Ein neuer deutscher Nationalismus könnte aber noch ein ganz anderes Gesicht haben, und Herr de Gaulle wäre darin wirklich mit Herrn Haffner einig.

Nun zu den Regionen: In Frankreich schnitt der zentralistische Staat ganze Regionen aus großen übernationalen Zusammenhängen heraus, vernichtete regionale Eigenleben und schuf "Paris und die Wüste". Seitdem es aber eine Entwicklung zu Europa hin gibt, ist das Elsaß als Region so aufgeblüht, daß Herr Dr. Schumacher daran seine helle Freude haben sollte. Auch andere Regionen, in Südfrankreich etwa, sind mit Hilfe des regionalen Denkens dieser "schrecklichen Bürokratie" in Brüssel zu neuem Leben erwacht. Es gibt diesen Widerspruch zwischen regionaler Selbstverwaltung und größerer übernationaler Planung nicht. Ich kann nicht verstehen, wie ein so bedeutender Bürokrat wie Herr Dr. Schumacher den Ausdruck Bürokratie in diesem Sinne verwenden kann. Das erinnert mich an die Diskussion in USA, als Roosevelt die "schreckliche Bürokratie" der "Tennessee-Valley-Authority" schuf, wodurch eine ganze Region in USA zu neuem Leben erwachte; alle amerikanischen Konservativen meinten damals, das sei eine fürchterliche Bürokratie, das Schrecklichste, was es gebe.

Brüssel ist eine der kleinsten Bürokratien der Welt und weist größte Leistungen auf. Natürlich ist die Gefahr vorhanden, Massengesellschaft und Zentralismus zu entwickeln, Regionen zu überrollen, regionales Eigenleben und regionale Wirtschaft zu vernichten. Deshalb finde ich die Warnung des Herrn Dr. Schumacher trotz meiner Bedenken im ganzen gesehen doch recht bemerkenswert; sie bildet aber glaube ich - keine Antithese zur übernationalen Organisation.

Über das Thema Wirtschaft und Verteidigung sind wir einig. Beide gehen in verschiedene Richtungen. Europa ist wirtschaftlich erstarkt, in der Verteidigung aber nicht. Es kann also den USA gegenüber als Wirtschaftspartner bestehen, die Gleichberechtigung fordern und auch erhalten. Militärisch aber ist Europa zu schwach. Alle Verteidigungsbudgets der europäischen Partner zusammen sind kleiner als die nuklearen Verteidigungsausgaben der USA. Solange es eine Grundtatsache ist, daß Amerika

militärische Macht hat und wir alle zusammen in diesem Sinne fast keine, wüßte ich nicht, was es bedeuten sollte, wenn wir Partnerschaft und Gleichberechtigung verlangen. Bei so ungleichen Anstrengungen und Leistungen ist Gleichberechtigung in der Verfügungsgewalt einfach nicht erreichbar. Die Frage ist aber, ob wir Europäer auf die Dauer darauf bauen können, daß Amerika unsere Sicherheit für alle Zeiten garantiert.

Spinelli

Ja!

Bondy

Na, ich bin besorgt. Es ist doch immerhin besorgniserregend, wenn ein so international denkender Mann wie Senator Fulbright, der zu dem Staat gehört, in dem die Hühnerzucht wichtig ist, erklärt: "Wenn Ihr unsere Hühner nicht wollt, so bekommt Ihr auch unsere Soldaten nicht!" Das heißt doch, daß man das Wirtschaftliche und das Militärische nicht immer trennen können. Die Notwendigkeit für Europa, eine Wirtschaft aufzurichten, die eventuell gewisse Teilinteressen der USA stört, könnte dazu führen, daß auch auf anderen Gebieten, wo unser gemeinsames Interesse auf der Hand liegt, Konflikte entstehen.

Ich würde jeden Versuch begrüßen, durch den Europa als Einheit an der Atlantischen Gemeinschaft als eine Macht teilnimmt. Das wäre etwas anderes als die multilaterale "Farce" der finanziellen Beteiligung an einer Verteidigung, die einer ausschließlichen amerikanischen Entscheidung unterstellt bleibt. Man kann über die Mittel unterschiedlicher Meinung sein.

Es gibt verschiedene Arten, Europäer zu sein. Wir können aber aus der europäischen Geschichte nicht ableiten, daß fortan jeder Wille zur Macht in Europa auch der Wille zum Totalitarismus im Inneren und zur Expansion nach außen ist. Macht ist auch Schutz, ist Ordnung und Sicherheit; sie kann auch mit Recht verbunden sein. Wenn wir völlig auf jegliche Konzeption europäischer Macht verzichten, würden wir schließlich auch auf eine europäische Gemeinschaft verzichten, die bei allen notwendigen Beschränkungen dennoch selbständig und eigenständig sein wird. Soweit würde ich nicht gehen.

Kogon

Würden Sie aber die de Gaulle'sche Konzeption für diese Verteidigung, für eine solche Partnerschaft, im großen und ganzen als die richtige ansehen?

Bondy

De Gaulle ist bereit, seine Atommacht einer europäischen politischen Macht zu unterstellen. Er verhindert aber das Zustandekommen dieser politischen Macht. Dieser Widerspruch hindert auch mich, de Gaulle zu verstehen.

Delcour

Habe ich Sie richtig verstanden: Sie sagten also, de Gaulle wäre bereit, seine nationale "force de frappe" unter eine gemeinsame Politische Union zu stellen?

Bondy

Die er aber nicht will.

Delcour

Ja genau. Das ist ein Teufelskreis, aus dem wir nicht herauskommen.

Aschinger

Meine Herren, vergessen Sie nicht die historische Entwicklung. Zur Zeit der Gründung der EWG bestand in Europa als Folge des Krieges eine politische Konkursmasse von Staaten, die keine nationale Integration mehr besaßen und dafür die Integration auf supranationaler Ebene anstrebten. Heute ist jedoch Europa wieder stärker und selbstbewußter geworden. Auf dieser Entwicklung beruht das Angebot Kennedys einer Atlantischen Partnerschaft: Amerika will Europa gewisse Rechte abtreten und betrachtet den europäischen Partner als äquivalent.

Die Wiedererstarkung Europas äußert sich natürlich in den meisten EWG-Ländern auch im Nationalismus. Die supranationalen Bäume dürfen deshalb in Brüssel nicht in den Himmel wachsen. Der Nationalismus ist eine Realität mit steigender Tendenz. Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern auch für die Bundesrepublik.

Seit dem 14. Januar 1963 hat man in der europäischen Integration erkannt, daß man nicht alles über einen Leisten schlagen kann. Als 1962 alle diese außerhalb der EWG stehenden Länder Mitglied der EWG werden oder sich mit ihr assoziieren wollten, stand diese Entwicklung doch stark unter dem Zwang der Verhältnisse. Hätte man diese Phase durchexerziert, wäre wahrscheinlich eine Reihe von Ländern auf der Strecke geblieben. Obwohl die brutale Art des Ausschlusses der Engländer aus Brüssel überall Bedenken und Schrecken auslöste, hat doch die Entwicklung nach dem 14. Januar in verschiedenen Ländern ein gewisses Aufatmen zur Folge gehabt.

Ich habe kürzlich George Ball und Edward Heath die Frage gestellt, wie sie die Integrationsverhältnisse in Europa beurteilen. Beide haben gesagt, daß wir auf längere Zeit hin nicht mehr damit rechnen können, daß England der Sechser-Gemeinschaft als Mitglied beitreten werde. Wir werden jedenfalls Jahre warten und notwendigerweise zunächst einmal eine Zwischenphase einschalten müssen, in der wir wenigstens ein weiteres Auseinanderleben der europäischen Länder vermeiden sollten.

Mir scheint es heute am wichtigsten zu sein, daß wir uns konzentriert bemühen, der Kennedy-Runde zu einem Erfolg zu verhelfen. Das ist vorläufig der Schlüssel zur Lösung des europäischen Problems, wie ich es sehe.

Was würde aber geschehen, wenn die Kennedy-Runde mit einem Mißerfolg enden würde? Ich wäre nicht erstaunt, wenn dann fundamentale Grundsätze der Handelspolitik, wie das Meistbegünstigungsprinzip, über Bord geworfen würden. Nach der Kennedy-Runde werden wir dann fragen müssen, zu welchen Lösungen wir in Europa kommen können. Eine Wiederholung der Geschichte gibt es, glaube ich, auch hier nicht. Ich zweifle daran, ob es zu einem vollen Beitritt Englands zur EWG oder auch nur zu einer europäischen Freihandelszone kommen wird, es sei denn, daß die Bundesrepublik ihren Standpunkt innerhalb der EWG stärker durchsetzen könnte.

Niehans

Wir müssen aber zu praktischen Lösungen gelangen. Dazu gehört, die Spannungen in der Wirtschaftspolitik pragmatisch-praktisch zu überwinden. Eine der Methoden wird die Kennedy-Runde sein. Führt sie zum Erfolg, ist für weitere Schritte bereits viel gewonnen. Ich glaube daher, es sollte ein dringendes Interesse der EWG sein, aus dieser Kennedy-Runde möglichst viel herauszuholen. Anderenfalls müßte man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß es zuerst schlimmer kommen müsse, bevor es besser werden könne. Die Spannungen würden nach dem Scheitern dieses Versuches von allen Seiten noch steigen, bis in einer krisenhaften Zuspitzung der Situation vielleicht doch noch eine Lösung gefunden würde. Ich halte die Kennedy-Runde für einen Testfall, ob wir über die ideologischen Gegensätze hinweg zu einer wirklich konstruktiven Lösung kommen können.

Hunold

Herr Bondy hatte recht, wenn er sagte, daß die Schweiz einmal in Brüssel in der Avenue de la Joyeuse Entrée antichambriert hat. Aber uns Schweizern - vielleicht von einigen Lausanner Professoren abgesehen - war das eher peinlich. Wir haben schließlich bei Morgarten und Sempach für unsere Freiheit gekämpft, und da sollten wir diese Freiheit nun ausgerechnet einem Professor in Brüssel opfern?

Wir müssen uns die Frage vorlegen - und nach dem erfreulichen Votum von Herrn Schumacher tue ich dies nun um so lieber; -, ob die der EWG zugrundeliegende Konstruktionsformel richtig ist. Wenn man zur Ansicht gelangt, daß es sich hier um eine Mißintegration handelt, die mit ihrer supranationalen Wirtschafts- und Verwaltungstechnik alles organisch Gewachsene einfach niederwalzt und die statt zu einer Einigung zu einer Spaltung Europas geführt hat, so bleibt ehrlicherweise nur das eine übrig, daß man nach einer neuen und besseren Lösung sucht. Der Glaube, daß sich aus spezifischen wirtschaftlichen Institutionen gewissermaßen automatisch eine politische Organisation entwickle, erinnert an primitive marxistische Vorstellungen, wonach der wirtschaftliche Unterbau den staatlichen Überbau erzeuge.

Delcour

Haben die Schweizer früher nicht auch mit der Wirtschaft angefangen?

Hunold

Darauf kann ich nur erwidern, was Professor Röpke einmal gesagt hat, daß sich der Schweizerische Bundesstaat auch nicht durch die Fusion der 22 kantonalen Käse-Unionen gebildet hat. Die Konstruktion der EWG zur Formung einer europäischen Staatlichkeit ist falsch, und wenn dies der Fall ist, so muß man zurück und einen neuen Anlauf machen. Ich kann Ihnen sagen, daß auch ich ein überzeugter Europäer bin. Wenn Sie mich aber auf meine Heimat ansprechen, so bin ich in erster Linie Zürcher, in zweiter Linie Schweizer und erst in dritter Linie Europäer. Ich glaube, es ist wichtig, daß man das europäische Staatsbürgerbewußtsein hegt und pflegt und ein europäisches Nationalgefühl züchtet, das nicht die "Vielheit in der Einheit" gefährdet. Damit errichten wir zugleich ein Bollwerk gegen die Gefahr vom Osten her, wovon heute erstaunlicherweise überhaupt nicht die Rede war, obschon wir kaum 30 Kilometer vom Eisernen Vorhang entfernt tagen. Das geschichtliche Beispiel der Schweiz zeigt, daß es keine politische Einigung gibt, wenn nicht gewisse Grundelemente eines Nationalgefühls vorhanden sind.

Mozer

Niemand in Brüssel bildet sich ein, daß aus der wirtschaftlichen Integration etwa eine gemeinsame außenpolitische oder verteidigungspolitische Institution entsteht. Herr Professor Hallstein hat gesagt - und ich halte das für richtig;-, daß man keine Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Verkehrs- und Steuerpolitik betreiben kann, ohne dabei gleichzeitig auch mit Politik befaßt zu sein. Eine Schlußfolgerung, wie man sie hier zieht, um sie dann als marxistisch ablehnen zu können, hat dort niemand gezogen. Das ist zu billig. Es ist nicht fair, aus einer Sache erst eine Karikatur zu machen, um sie dann leichter bekämpfen zu können.

Mit dem, was hier zur Kennedy-Runde gesagt worden ist, bin ich auch nicht einverstanden. Vielleicht darf ich daran erinnern, daß die Kennedy-Runde in ihrer ursprünglichen Konzeption auf der Basis des "Trade Expansion Act" nicht etwa mit dem Ziel zum Vorschlag kam, daß sich die beiden Wirtschaftsblöcke, die Vereinigten Staaten und die Sechsergemeinschaft, gegenseitig einige Zollkonzessionen machen sollten, sondern es sollte gemeinsam eine Lösung in der Entwicklungspolitik gefunden werden. Bei allem Gegensatz, Herr Dr. Schumacher, in dem ich sonst zu Ihnen stehe, möchte auch ich bezweifeln, ob es Sinn hat, mehr Geld in die Entwicklungshilfe zu stecken. Wahrscheinlich ist es viel vernünftiger - und das wollte man mit der Kennedy-Runde erreichen;-, die Rohstoffpreise zu stabilisieren, so daß den Entwicklungsländern geholfen werden kann.

Es ist nämlich im Grunde genommen viel mehr, was ihnen durch den Mangel an Preisstabilisierung heute genommen wird, als was wir ihnen mit der sogenannten philanthropischen Entwicklungshilfe geben.

Die Agrarpolitik ist in die Kennedy-Runde mit aufgenommen worden. Das hat seine Ursache in dem Umstand, daß Organisationen wie die FAO oder die OECD nicht ausreichen. Wir haben nämlich erfahren, daß die Schwierigkeiten an der Grenze heute nicht mehr die entscheidenden Schwierigkeiten für die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern sind, sondern daß die innerstaatlichen Maßnahmen entscheiden. Wenn es gelingt, diese abzubauen, hat man wirklich etwas erreicht. Sie selber haben gesagt, Herr Dr. Schumacher, daß ein paar Zollsätze in der Wohlstandsgesellschaft keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Niehans

Ich habe die ganze Diskussion in Amerika miterlebt. Man wollte die EWG in die atlantische Gruppe mit einbauen, und der Gesichtspunkt "Entwicklungsländer" war nie entscheidend. Ich habe selbst gehört, wie Herter in statu nascendi über diese Ideen gesprochen hat; die Entwicklungshilfe war nicht die treibende Kraft dabei.

Mozer

Darf ich Sie daran erinnern, daß der erste Punkt der Konzeption war, es sollte gelingen, die Erweiterung der Gemeinschaft durchzuführen. Dann hat man gesagt, daß man in allen Fällen, in denen 80% des Handels bei irgendwelchen Gütern innerhalb dieser zwei Blöcke liegen, zu Nullsätzen im Zolltarif kommen sollte. Das sind zum großen Teil Produkte gewesen, die nur den dritten Ländern außerhalb dieser beiden Gruppen helfen sollten. Wenn die Erweiterung stattgefunden hätte, wären das ungefähr 25 Produkte gewesen. Nachdem die Ausbreitung der EWG nicht stattgefunden hat, sind noch Parfüm, Jet-Flugzeuge und Margarine übriggeblieben. Hier liegt das Problem.

Wenn man sich den "Trade Expansion Act" ansieht, dann sind zwei Drittel des Textes Lösungsversuche für Schwierigkeiten, die für gewisse Industrielle in Amerika entstehen werden. Nach meiner Meinung ist man davon ausgegangen, daß man den Entwicklungsländern Chancen geben müsse. Das steht in jeder Rede von Kennedy, mit der er die Sache begründet hat. Es war sein Ausgangspunkt.

Niehans

Das gehörte natürlich auch mit dazu.

Mozer

Richtunggebend war, den dritten Ländern zu helfen ...

Kogon

... und zwar in Konkurrenz zur Sowjetunion.

Mozer

Natürlich, es war ein Konzept, um zu einer Lösung von Weltproblemen zu gelangen, ohne an Krieg zu denken.

Hunold

Der Vorschlag des "Trade Expansion Act" wurde von dem Texaner William Clayton gemacht, und zwar nur im Interesse der Amerikaner, die es sich nicht leisten konnten, noch mehr von ihrem Export zu verlieren.

Mozer

Ich begreife diesen Einwand nicht, oder ich habe keine Kennedy-Rede lesen können. Kennedy hat diesen "Trade Expansion Act" mit Mühe durch den Kongreß, den Senat und die Hearings gezogen. Wesentlich ist auch die Frage, ob man die Multilateralitätsklausel gelten lassen soll; ob man nicht für bestimmte Entwicklungsländer eine zeitliche Aussetzung schaffen muß, um ihnen überhaupt die Möglichkeiten zu ihrer Entwicklung zu geben.

Wenn der Aspekt der Kennedy-Runde, auf den ich jetzt den Nachdruck gelegt habe, völlig verschwindet und die Zollparitäten, deren Bedeutung ich wirklich nicht unterschätze, der Kern werden, dann wird man daran wahrscheinlich noch eher scheitern als an einem weitergehenden Konzept. Dann aber hätte Europa und die Atlantische Partnerschaft etwas verloren, was in sehr langer Zeit nicht wieder gutgemacht werden kann.

Layton

Was die Aussichten für die Kennedy-Runde anbelangt: Hat nicht England versucht, in die EWG einzutreten, weil es die neue Macht des Gemeinsamen Marktes erkannt hatte? Die Machtverhältnisse in Europa haben sich geändert. Als England sein Eintrittsangebot machte, ergab sich die Möglichkeit, daß Europa wirtschaftlich hätte zu einer Großmacht werden können, die mit Amerika vergleichbar gewesen wäre. Auch Amerika hätte seine Handels- und Wirtschaftspolitik ändern müssen. Das wäre eine Machtänderung in der Bilanz der westlichen Welt gewesen. Das englische Angebot wurde abgelehnt, und nun haben wir auf dieser Seite des Atlantik den erhofften starken Partner nicht mehr. Das ist einer der Faktoren für die schlechten Aussichten der Kennedy-Runde.

Speranza

Darf ich meine Ausführungen in französischer Sprache bringen?

Kogon

Aber gern. Herr Bondy wird sicher so nett sein zu dolmetschen, soweit das überhaupt erforderlich ist.

Speranza

Monsieur le Président,

Je m'excuse d'être le seul orateur ce soir qui ne parle pas allemand, mais je crois que mon allemand est pire que celui de Monsieur Chiti-Batelli et donc je préfère parler en français.

Je crois que la dernière intervention de Monsieur Mozer est arrivée un peu tard dans cette discussion ce soir parce que je crois que - si elle intervenait plus tôt - elle aurait balayé le terrain d'un certain nombre d'équivoques que j'ai vu plâner sur la discussion tout à l'heure. Une thèse intéressante que j'ai entendue ce soir est la suivante: si l'intégration européenne est seulement une méthode ou bien une politique. Ceci était la question de fond qui était traitée dans le discours de Monsieur Kitzinger d'abord et par plusieurs orateurs ensuite.

J'essaierai de montrer, si possible, qu'elle est à la fois l'une et l'autre et je prendrai un exemple tout à fait actuel, l'exemple de la politique agricole commune. Vous savez que la Commission de la CEE a proposé récemment de réaliser d'un seul coup le rapprochement des prix des céréales; on a vu tout de suite que bien que la mesure ait été technique ses implications politiques étaient d'une importance extrême. En effet, l'établissement d'un prix de céréales unique en ce moment, nous permet tout d'abord de négocier avec les autres partenaires du GATT, qui ont tous une politique des prix définie, dans le Kennedy Round. Le problème qui s'est posé jusqu'à ce moment réside dans le fait de savoir à quel niveau s'établirait le prix et donc le rapport entre la production communautaire et les importations. C'est une base de discussion surtout avec nos amis américains. Mais il n'existe pas seulement le problème des négociations GATT pour lequel une politique des prix est une condition préalable, mais aussi le problème de donner une bonne base à nos rapports avec les pays en voie de développement. En effet, au moment où de plusieurs côtés on nous dit que la politique agricole européenne risque d'être une politique protectionniste, nous avons répondu et les chiffres nous donnaient raison - que nos importations de produits agricoles ont augmenté dans les six pays de la Communauté beaucoup plus que dans les autres organisations régionales dans le monde, beaucoup plus qu'aux Etats-Unis, beaucoup plus qu'en Union Soviétique, beaucoup plus qu'en Grande-Bretagne. Mais le problème de fond est de quel côté venaient ces importations.

On ne peut pas nier que ces importations - il faut bien le dire - sont avant tout un échange entre les pays plus industrialisés, c'est-à-dire que - malgré la guerre des poulets - ce sont les exportations et les importations entre les Etats-Unis et l'Europe des Six. Cela signifie que, en termes plus clairs, nous n'avons pas du tout résolu le problème des exportations agricoles en provenance des pays en voie de développement. Cela signifie que nous risquons encore une fois de ne pas résoudre une partie essentielle du problème le plus urgent auquel l'Europe doit faire face après la décolonisation, c'est-à-dire celui de donner un visage, qui ne soit pas un visage communiste, au tiers monde. En effet, nous avons constaté que bien que les Etats occidentaux aient dépensé 40 milliards de dollars après la guerre pour les pays en voie de développement, les résultats politiques et économiques ont été - il faut bien le dire - pas très satisfaisants. Heureusement l'Union Soviétique n'a pas fait de politique meilleure et nous nous trouvons donc encore dans une position avantageuse. Nous avons constaté que si d'une part nous donnions beaucoup d'argent, les prix des matières premières baissaient continuellement et que, par conséquent, nous reprenions d'un côté ce que nous donnions de l'autre.

La méthode communautaire, pour commencer, a fait le premier pas concret pour résoudre ces problèmes, c'est-à-dire nous venons à la rencontre d'une solution réaliste des problèmes de notre agriculture en déterminant d'abord les prix à l'intérieur de la C.E.E., quel est le niveau de protection que nous attribuons à nos cultures. Dans les propositions agricoles de la Communauté au GATT il y a aussi cela d'important que nous voudrions déterminer et consolider tout de suite le montant de soutien dans toutes les agricultures, c'est-à-dire prendre en considération non seulement le problème douanier mais le véritable problème de la structure des économies agricoles. Par cette mesure préalable on pourra alors faire une politique sérieuse pour la stabilisation des prix agricoles et par là une bonne partie de la politique des prix des matières premières.

L'interprétation qu'est donnée au Kennedy-Round par Messieurs Mozer et Bondy, qui me paraît être l'idée de la Commission de la C.E.E. et aussi l'idée de Kennedy, exprimée dans le discours de Philadelphie du 4 juillet 1963, est qu'il ne s'agit pas seulement d'une négociation purement douanière mais qu'il s'agit d'un engrenage dans le plus grand dessein politique d'une partnership atlantique. En effet, dans le jargon communautaire quand on dit partnership atlantique on ne parle pas de KennedyRound. Le Kennedy-Round c'est la question commerciale que l'on traite à Genève. La partnership atlantique c'est beaucoup plus, c'est le fait que l'après-guerre est terminée, c'est le fait que les responsabilités entre les Etats-Unis et l'Europe sont différentes de ce qu'elles étaient en 1950, c'est le fait que l'Europe doit donner une contribution plus valable et au problème de la défense et au problème des pays en voie de développement. La Communauté est certainement une méthode, susceptible d'être reprise dans l'ensemble des rapports internationaux, mais pas une méthode "en soi". D'autre part, je ne suis pas d'accord sur le fait que le but ultime que nous nous étions proposé en

1952 et puis en 1958 soit atteint, c'est-à-dire la création de l'Etat européen. Notre mécanisme est efficace mais neutre et on pourra bâtir l'Etat européen selon la logique du monde actuel ou selon la logique du 19ème siècle: une machine électronique peut très bien programmer selon la logique ptolémaïque: cela dépend du "programmeur". Je crois que les buts de Monnet continuent à être valables et que sans eux tout ce que nous faisons dans le domaine économique deviendrait - je ne dirais pas inutile - mais insignifiant dans la grande stratégie mondiale.

Voilà, Monsieur le Président, mes quelques réflexions que je voulais vous soumettre. Je vous remercie de votre attention.

Bondy

Ich kann mich wohl darauf beschränken, eine sinngetreue Zusammenfassung zu geben.

Herr Speranza bedauerte, daß der letzte Beitrag des Herrn Mozer in dieser Diskussion ein wenig spät gekommen sei, weil er gewisse Irrtümer beseitigt hätte, die hier aufgetreten waren. Er kam auf die Frage des Herrn Kitzinger zurück, ob die EWG eine Methode oder eine Politik sei, und sagte, sie sei natürlich beides. Als Beispiel gab er die landwirtschaftliche Politik, und zwar die Tatsache, daß die EWG schon jetzt in beschleunigter Form einen Getreidepreis für den Übergang festsetzen will. Obgleich dies eine rein technische Maßnahme sei, habe sie doch große politische Bedeutung, weil es darauf ankomme, welches mindeste Preisniveau man für die Produzenten festsetzt.

Hinsichtlich der Kennedy-Runde meinte Herr Speranza, daß es sich nicht nur um ein Problem der europäischen Landwirtschaft gegenüber den USA handle, sondern insbesondere gegenüber der Wirtschaft der unterentwickelten Länder. In bezug auf die Protektion kann die EWG natürlich jederzeit antworten, daß sie mehr landwirtschaftliche Produkte als irgendein anderer Staat oder eine andere Staatengemeinschaft in der Welt einführt. Bei näherer Betrachtung, woher diese Einfuhren kommen, stellt man jedoch fest, daß sich der Austausch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen den hochindustriellen Ländern sehr verstärkt hat, namentlich zwischen der EWG und den USA - trotz des vielbesprochenen Hähnchenkrieges;- , nicht so steht es dagegen mit der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus den Entwicklungsländern in die EWG.

Für die Entwicklungshilfe kamen schließlich an die vierzig Milliarden Dollar zusammen, die der Westen in unterentwickelten Gebieten investiert hat. Herr Speranza meinte, daß das Resultat - soweit es eine politische Zielsetzung hatte - negativ war. Allerdings habe Rußland dort keineswegs Besseres geleistet, so daß wir noch im Vorteil seien.

Er kam weiter auf die Ausführungen von Herrn Mozer zurück, daß nämlich den Entwicklungsländern wegen der verschlechterten Rohstoffpreise trotz aller Entwicklungshilfe im Gesamtergebnis vielleicht mehr Schaden zugefügt als Nutzen gebracht worden ist.

Mozer

Dazu ein Beispiel: Der deutsche Vertreter hat bei den Verhandlungen in Genf in Anwesenheit von 60 Ministern aus den Entwicklungsländern erklärt, man könne die Kaffeesteuer in Deutschland nicht ermäßigen, weil man sonst keine Entwicklungshilfe leisten könnte.

Bondy

Herr Speranza sagte dann, daß die Atlantische Partnerschaft etwas völlig anderes sei als die Kennedy-Runde. Sie sei viel mehr. Sie brächte zum Ausdruck, daß heute die Verantwortungen auf allen Gebieten, namentlich der Verteidigung und der gemeinsamen Leistungen gegenüber den unterentwickelten Ländern, anders verteilt seien als im Jahre 1950.

Die politischen Zielsetzungen - so beendete Herr Speranza seine Ausführungen - seien die Paten der Gemeinschaft vom Jahre 1952 und 1958 gewesen. Sie seien durchaus nicht überholt und erledigt. Zwar müsse der europäische Staat, der daraus entstehen soll, kein Staat im Sinne des 19. Jahrhunderts sein. Er sollte aber doch eine Idee und eine politische Form sein. Ist dem nicht so, dann wissen wir nicht, ob das, was wir in Brüssel rein wirtschaftlich tun, im großen Weltzusammenhang noch irgendwie wesentlich genannt werden kann.

Aschinger

Nach Meinung des Herrn Speranza hätte also die Atlantische Partnerschaft mit der Kennedy-Runde nichts zu tun. In dieser Hinsicht sind die Amerikaner jedoch ganz anderer Auffassung. Sie meinen, daß die Kennedy-Runde der erste und wichtigste Test der Partnerschaft sei.

Kogon

Ich würde sagen, die Amerikaner betrachten es von der politisch-psychologischen Seite. Es besteht jedoch faktisch ein Zusammenhang, den wir gar nicht leugnen wollen und den wir, so gut es geht, bewältigen sollten.

Was die Bundesrepublik betrifft, so kann sie ihren Beitrag doch nur leisten, wenn sie weit über die Kennedy-Runde hinaus in den sozusagen höheren Bereichen, nämlich der Verteidigungs- und der Außenpolitik bis nach Osteuropa hin, tatsächlich ein vertretenswertes Konzept besitzt. Sie muß es mit de Gaulle und den Engländern als Bundesgenossen entwickeln.

In unserem gedruckten Protokoll werden einige Ausführungen stehen, die eine bestimmte Wirkung auf diejenigen haben sollen, die die Verantwortung tragen und deren Aufgabe es ist, ein solches Konzept zu entwickeln. Die Bundesrepublik muß selbstverständlich in erster Linie mit ihrem Hauptpartner, der ein Konzept hat, nämlich mit Herrn de Gaulle - und zwar nicht auf Grund psychologischer Bannung, sondern als Partner - verhandeln. Dazu gibt es einen Konsultationsvertrag, der ja nicht nur ein einseitiges Befehlsverhältnis ist, in dem uns de Gaulle gelegentlich sagt, er habe etwas beschlossen und wir dürfen dann hinterher überlegen, wie wir damit zu Rande kommen; das könnte man nicht Konsultation nennen. Aber es gibt gemeinsame Ziele, die es uns wert erscheinen lassen, für ihre Verwirklichung auch Opfer zu bringen, zum Beispiel in der Agrarpolitik. Nur müssen die Opfer einen Sinn haben, denn unsere städtischen Verbrauchermassen sind nicht bereit, beliebig zu zahlen; sie sind es aber dann, wenn sie sehen, daß es für das Ganze einen Sinn hat.

Altmann

Alle Partner der EWG sind überzeugt, daß sie zugunsten der anderen Opfer gebracht haben. Für uns Deutsche ist die Agrarpolitik zunächst einmal ein nationales Problem. Die EWG ist das beste Alibi, das wir jemals hatten, unsere Agrarfrage zu lösen. Wir sollten froh sein - um welchen Preis auch immer;- , daß die EWG dafür bezahlt. Es kann nur unser Geschäft sein, jetzt endlich eine Entscheidung zu treffen.

Mozer

Sie haben völlig recht, Herr Altmann! Der zur Zeit diskutierte Vorschlag bedeutet, daß die Verluste der deutschen Landwirtschaft durch die Gemeinschaft getragen werden. Nach dem Schlüssel zahlt Deutschland 28%. In einem Lande wie Belgien, wo das landwirtschaftliche Preisproblem an sich keine Rolle spielt, weil die Preise ungefähr gleich bleiben, wird man mit einem ganz erheblichen Widerstand zu rechnen haben, denn man hatte versprochen, für die belgischen Bauern eine Milliarde belgischer Francs zur Verfügung zu stellen. Das hat man nie honorieren können. Und jetzt verlangt man von Belgien, daß es zur Sanierung der Bauern in Deutschland erheblich beitragen solle!

Kogon

Ich frage mich an diesem Abend verzweifelt, wer eigentlich außer de Gaulle praktikable Vorstellungen zu entwickeln in der Lage sei.

Hunold

Das heißt also, Bundeskanzler Erhard hätte kein Europa-Programm, während de Gaulle ein solches besitze. Wir müssen aber bedenken, daß 1965 Wahlen sind und daß Erhard die Wahlen gewinnen will und sie auch im Interesse einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gewinnen muß. Er darf daher weder de Gaulle vor den Kopf stoßen, noch die deutsche Landwirtschaft verärgern. Es scheint dies fast ein unlösbares Problem zu sein, was ihm da von der sogenannten "gemeinsamen" Agrarpolitik der EWG eingebrockt wurde, und es erfordert höchste Staatskunst, aus diesem Dilemma herauszukommen.

Kogon

Es stehen sogar vier Wahlen bevor: in Amerika, in England, in Deutschland und dann auch gleich darauf in Frankreich, soweit man das dort noch eine Wahl nennen kann. Wir haben also eine Sondersituation, die an sich eine Pause bedingt. Nur Herr de Gaulle ist in der Lage zu handeln. Alle anderen werden keine großen Entscheidungen treffen, außer in der Kennedy-Runde, die eine solche Entscheidung erzwingt.

Leider ist das alles recht negativ. Haben wir denn nicht auch etwas Positives zu sagen?

Frisch

Wesentlich in bezug auf die eigentlichen Bedingungen für ein politisch geeintes Europa ist die Bereitschaft zur weltpolitischen Verantwortung. Frankreich hat sie infolge seiner Lage und auf Grund der Persönlichkeit de Gaulles. Deutschland - als gespaltenes Land im Herzen Europas - ist dazu gezwungen. Die deutsche Außenpolitik muß sich zunächst darüber klar werden, daß es für den Gemeinsamen Markt keine Alternative gibt. Scheitert dieses Projekt, so steht die Bundesrepublik einer Katastrophe gegenüber.

Goriely

Einer Katastrophe welcher Art? Einer wirtschaftlichen Katastrophe oder ... ?

Frisch

Nein, außenpolitisch. Denn die Bundesrepublik hat ohne Europa keine andere Karte in der Hand. Es ist auch kein Geheimnis, daß Deutschlands Gewicht in Amerika in engem Zusammenhang mit dem deutschfranzösischen Vertrag steht, der seine höhere Rechtfertigung nur in der Europäischen Gemeinschaft finden kann, weil weltpolitisch auch beide Länder zusammen nicht stark genug sind.

Die deutsche Politik müßte darauf abzielen, das Zustandekommen eines politisch vereinigten Europa als ein nationales Hauptproblem anzusehen, nicht zuletzt weil - wie es Adenauer von Anfang an erkannt hatte - der Weg der deutschen Wiedervereinigung über Europa geht. Solange es keine selbständige deutsche Außenpolitik zwischen Ost und West geben kann, muß man immer wieder zu dieser europäischen Grundkonzeption zurückkommen. Es gibt auch keine Alternative "Frankreich oder Amerika" für die Bundesrepublik.

Schumacher

Europas Wirtschaft ist heute trotz festgefahrener EWG in einem blühenden Zustand und Amerika gegenüber durchaus ebenbürtig. Es ist merkwürdig, daß hierzulande alle Dinge, die aus dem einen oder anderen Grund in der Welt geschehen sind, gerade einer besonderen Patentlösung zugerechnet werden. Es heißt zum Beispiel, man könne jetzt frei über die Grenzen reisen. Ich reise sehr viel und merke gar nicht, ob ich in ein EFTA- oder in ein EWG-Land reise. Dazu braucht man also die EWG nicht; im Gegenteil, man braucht weltweite Regelungen. Man hat halt die Vernunft am Schöpf gepackt und die Grenzübergangsbestimmungen aufgelockert.

Mich erschüttert in doppelter Hinsicht, daß es eine "Katastrophe" bedeuten soll, wenn die EWG "scheitert". Ich rede nicht von einem Scheitern der EWG. Sie soll ruhig als Forum für die Aushandlung allerhand wirtschaftspolitischer Dinge bestehen bleiben.

Frisch

Eben das ist ein Scheitern.

Schumacher

Warum wäre das ein Scheitern? Wenn die EWG ein solches Forum bliebe, ohne sich zu allerlei großartigen Dingen, wie zu einer politischen Gemeinschaft und ähnlichem, weiterzuentwickeln, - wohin soll sie sich dann noch weiterentwickeln? Vielleicht zurück nach 1914, nämlich zur allgemeinen Freihandelswirtschaft oder zu einer allgemeinen Gleichschaltung von allen möglichen Dingen, die ungleichgeschaltet genau so gut funktionieren?

Genau diese Einstellung, nämlich die Überschätzung des Wirtschaftlichen in einer bereits wohlhabenden Gesellschaft und die damit verbundene Unruhe, bekämpfe ich.

Die Grundfrage ist doch die Verteidigung und im Zusammenhang damit die Außenpolitik. Da möchte ich behaupten, daß die EWG ein Hindernis geworden ist, das man zumindest emotionell abwerten sollte, indem man nicht von Katastrophen und von Scheitern spricht. England kann in die EWG nicht eintreten und, wenn England für die europäische Verteidigung notwendig ist, was nicht bestritten werden kann, dann sollte man nicht auf seinem Beitritt zur EWG bestehen.

Nun fragt man, was die Bundesrepublik tun kann. In ihr müßte man psychologisch darauf hinarbeiten, daß der europäische Gedanke und die EWG zu trennen sind. Was hat der europäische Gedanke mit Gleichschaltung von Sozial- und Steuerpolitik zu tun? Man muß neu beginnen und sich auf die Dinge

konzentrieren, auf die es ankommt und für die bereits Ansätze vorhanden sind, zum Beispiel die NATO oder auch die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Will man auch England den Weg in die Verteidigungsgemeinschaft öffnen, so muß man die EWG ruhig ohne England fortführen und man darf nicht behaupten, daß jemand, der nicht Mitglied der EWG sei, nun plötzlich nicht mehr zu Europa gehöre.

Ich plädiere also für eine Auflockerung der Vorstellung, der Rom-Vertrag sei mit dem Europa-Gedanken identisch. Was wir brauchen, sind viele neue gezielte Initiativen in Europa.

Spinelli

Zur Zeit scheint aber niemand bereit zu sein, mit einer praktikablen Politik den Anfang zu machen, weder in Deutschland, noch in anderen Ländern. Man sollte jedoch versuchen, eine solche Politik von Deutschland aus zu mobilisieren. Die Europa-Politik der Bundesregierung zeichnete sich seit dem Ende des Krieges dadurch aus, daß man nur zu warten und zu folgen brauchte, um jedes Mal auf der Gewinnerseite zu sein. Ganz Westeuropa und die Vereinigten Staaten machten Vorschläge und, selbst wenn die Bemühungen um Vereinbarungen - wie im Falle der EVG -fehlgeschlugen, hatte die Bundesrepublik dennoch ihren Nutzen davon.

Heute müssen die Deutschen einen Preis zahlen, welche europäische Politik auch immer betrieben wird. Heute fordert die Konstruktion Europas von allen Teilnehmern Anstrengungen und Opfer.

Die Deutschen könnten europäische Politik machen, wenn sie begriffen, daß in Europa eine neue Gesellschaft, eine neue Form der Organisation und Ordnung zustande gebracht werden muß. Der Antikommunismus kann nicht mehr der Zement dieser Europapolitik sein. Es kommt nichts dabei heraus, daß man immer von Ostdeutschland spricht oder die Perspektive der Atomstreitmacht in die erste Linie rückt. Entweder hat man ein allgemeines Konzept und kann Vorschläge machen, die die europäischen Institutionen aufbauen und weiterentwickeln, oder man kalkuliert nur in nationalen Vor- und Nachteilen. Im letzteren Falle kommt keine praktikable europäische Politik zustande.

Chiti-Batelli

Ich bin hier offenbar der Einzige, der die Hauptaufgabe der Föderalisten nicht darin sieht, den nationalen Staaten ein Überleben zu ermöglichen, sondern schon heute darin, die Politik der europäischen Föderation deutlich zu konzipieren, sie energisch zu fördern und immer wieder zu beweisen, daß eine solche Politik ohne einen europäischen Staat unmöglich ist.

Mit Recht hat Herr Spinelli oft gesagt, daß es eine englische Version des "Europa der Vaterländer" gebe - eine Version, nach der die Führungsaufgabe nur zu Großbritannien und nicht zu Frankreich gehöre. Es müßte die Aufgabe der föderalistischen Europäer sein, eine politische Gemeinschaft zu bauen. Diese könnte dann mit Großbritannien verhandeln und würde bestimmt ein Abkommen zustandebringen. So wie Großbritannien nach Errichtung des Gemeinsamen Marktes verlangte, Mitglied zu werden, würde es sich auch um die Mitgliedschaft einer politischen europäischen Föderation bewerben.

Auch die deutsche Frage kann man nicht von einem nationalen Standpunkt aus lösen. Die Europäer müssen den Mut haben, geschichtspensionierte Völker zu werden, wie es einmal die Schweden oder die Schweizer wurden.

Diskutiert man nämlich die deutsche Frage vom Standpunkt einer europäischen Föderation her, stellt sich das Oder-Neiße-Problem so dar, wie es der polnische Schriftsteller Mieroszewski in seinem Buch "Kehrt Deutschland in den Osten zurück?" einmal formuliert hat. Er sagte: die Oder-Neiße-Linie erinnere ihn an einen Menschen, der ein Bein verloren habe und auch nach zwei und drei Jahren noch Schmerzen am Fuß verspüre, obwohl er das Bein nicht mehr habe.

Ostdeutschland ist natürlich ein anderes Problem. Da gibt es ja noch Deutsche. Hier stellt sich aber nicht so sehr die Frage einer Wiedervereinigung, als vielmehr die Frage nach der Freiheit der dort lebenden Menschen.

Ein europäischer Staat könnte vor allem das Problem aller Satelliten in Form eines ideologischen Irredentismus stellen und nicht allein die Frage nach der deutschen Wiedervereinigung. Es wäre weiterhin unrealistisch, anzunehmen, daß sich eine Föderation Europas etwa die Frage einer europäischen atomaren Rüstung nicht stellen würde, zumal Frankreich und England das Rüstungsproblem jetzt schon behandeln. Meiner Meinung nach könnte eine europäische Föderation jedoch auf eine atomare Rüstung verzichten, wenn Rußland die Zusicherung gäbe, daß alle europäischen Länder - also auch die östlichen Satelliten - eine Freiheit im Sinne von Karl Jaspers

zugestanden erhalten. Herr Professor Goriely hat oft und besonders überzeugend die These vertreten, daß das nur möglich sei, wenn man auch zwischen den heutigen Satelliten eine Ost-Föderation schaffe.

Altmann

Die Bundesrepublik ist, obwohl sie den Osten Deutschlands verloren hat, dennoch Erbe der mitteleuropäischen Tradition Deutschlands geworden - trotz EWG und westlicher Integration. Dieser Rolle muß sie gerecht zu werden versuchen, und ich glaube auch, daß sie das kann. Ich bin der Überzeugung, daß man den Weg einer politischen Union gehen kann, wenn die Bundesrepublik bereit ist, hier den Verzicht auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze einzubringen. Dieser Verzicht ermöglicht überhaupt erst eine westeuropäische Politik nach Mittel- und Osteuropa hin, denn die Voraussetzung jeder deutschen Ost-Politik liegt in der westeuropäischen Politik der Bundesrepublik.

Kogon

Aber das ist ein langer Prozeß, das werden Sie mir zugeben.

Mozer

Herr Professor Kogon, ich glaube gar nicht, daß das ein Prozeß von sehr langer Dauer wäre. Es handelt sich ja nicht um einen Verzicht auf die Wiedervereinigung. Man muß vielmehr die Problematik anders sehen. Solange die Wiedervereinigung nur als ein deutsches Problem dargestellt wird, wird man jenseits der deutschen Grenzen niemand für diese Politik hinter dem Ofen hervorlocken können. Die drei Parteien müßten doch wissen, daß die Wiedervereinigung unter den heutigen Umständen auch dann nicht zustandekäme, wenn die Bundesrepublik zu einem zweiten Ulbricht-Staat gemacht würde. Herr Chruschtschow will ja schließlich nicht auch im Westen noch ein Peking haben.

Altmann

Man hatte doch gehofft, Herr Professor Kogon, daß Herr Erhard schon mit der Anregung nach Paris gefahren wäre, die Frage der politischen Union aufzugreifen, weil uns die EWG hier nicht weiterhelfen kann. Sonst hätten wir doch zum Beispiel den Versuch mit Handelsmissionen in den slavischen Staaten in Brüssel erörtert.

Dabei könnte uns die alte Tradition der guten Beziehungen Frankreichs zu den Tschechen und Polen weiterhelfen. Eine solche Politik müßte darauf verzichten, in Mitteleuropa eine Politik der Spannung aufrechtzuerhalten, solange die Wiedervereinigung nicht kommt. Man müßte umgekehrt sagen, daß das Staatsgebilde der DDR wegen seiner inneren Schwäche der eigentliche Spannungsherd Mitteleuropas ist. Wir müssen also versuchen, die sogenannte DDR auf neue Weise zu isolieren, um mit Hilfe unserer Bundesgenossen in Europa zu einer Politik zu kommen, die eine gewisse Elastizität des Handelns in Mitteleuropa ermöglicht. Das ist deshalb wichtig, weil hier auch das Feld ist, auf dem eine Differenzierung der amerikanischen und der europäischen Politik möglich zu sein scheint.

Mozer

Aber dann muß die deutsche Argumentation in der Wiedervereinigungs-Frage anders werden. Aus ihr heraus und ihretwegen ist das deutsche Verhalten in wichtigsten Zusammenhängen widerspruchsvoll oder zumindest undurchsichtig, zuweilen zweideutig. Dadurch blockieren die Deutschen - mehr noch als in der Oder-Neiße-Frage;-, was sie nötig haben.

Altmann

Damit sagen Sie richtig, Herr Mozer, dieser Staat hält es auf die Dauer nicht durch, daß seine Politik nach Osten hin nationalstaatlich ist und nach Westen hin auf totale Integration ausgeht. Jetzt können wir noch - wenn auch nicht ganz so stark wie in der Agrarpolitik - versuchen, unser nationales Feld mit Hilfe der westlichen Integration zu bereinigen, bevor uns eine nationale Welle bedroht.

Wenn wir das mitteleuropäische Feld in eine solidare europäische Politik einbringen könnten, würden wir zwei Dinge erreichen: Erstens eine positive Differenzierung gegenüber der amerikanischen Politik und damit die Bannung der Gefahr, daß Deutschland zwischen Spannung und Entspannung hin- und hergerissen wird, ohne sich bewegen zu können. Zweitens, daß wir die Außenpolitik nach Osten hin nicht in erster Linie von der atomaren Waffenstrategie her sehen müßten. Letzteres ist für Deutschland eine große Gefahr, denn wir werden in gar keinem Fall über nationale atomare Waffen verfügen.

Hinzu käme, daß auch die Frage der englischen Politik leichter zu lösen wäre. Wenn es zu einer wirklichen positiven Differenzierung zwischen der amerikanischen und der europäischen Politik kommen könnte, wäre Englands Platz in der europäischen Politik ganz selbstverständlich. Viele schwierige und vielschichtige Fragen würden sich dann leichter lösen lassen.

Kogon

Herr Dr. Altmann, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Anregungen - mehr können wir jetzt nicht erreichen.

Es wäre wirklich gut, die Dinge mit de Gaulle zu besprechen. Das würde auch im Rahmen des Konsultationsvertrages liegen. De Gaulle würde dann auf den Gebieten, die ihn wirklich interessieren, den Partner erhalten, ohne den er sowieso auf die Dauer nicht handeln kann.

Meine Herren, lassen Sie mich nun abschließend, mit einigen vielleicht ergänzenden Zusatzbemerkungen von mir selbst, die Ergebnisse der Diskussion zusammenfassen.

Zunächst danke ich Ihnen für die rege Beteiligung an diesem Gespräch sowie für die Geduld, die Sie bewiesen haben.

Die gegenwärtige Blockierung der Bemühungen, eine feste und dauerhafte, supranationale Politische Union der europäischen Staaten zustande zu bringen, überschattet die Einigungsfortschritte, die seit nunmehr eineinhalb Jahrzehnten erreicht worden sind. Der erzielte Fortschritt ist aber dennoch beachtlich; er kann wohl kaum mehr völlig ungeschehen gemacht werden.

Der eine oder der andere Teilnehmer dieser Diskussionsrunde ist der Meinung, daß die EWG ein mehr oder minder verfehlter Ansatz zur weiteren Entwicklung gewesen sei. Sie habe vom tatsächlich Notwendigen abgelenkt. Sie sei außerstande, aus sich heraus den übernationalen Zusammenschluß zu bewirken.

Die Mehrheit ist jedoch offensichtlich der Auffassung, daß die Interessen der nationalen Volkswirtschaften und der in ihnen bestimmenden Großgruppen, soweit sie jetzt gegeneinander auftreten, dies in erster Linie deshalb tun können, weil das von General de Gaulle verkündete Prinzip eines "Europa der Vaterländer" den Einigungswillen und Einigungselan nachhaltig gemindert hat.

Die entstandene Situation läßt sich demnach etwa so kennzeichnen: Die ursprüngliche föderalistische Konzeption, die einen engeren politischen Zusammenschluß am Kontinent und die Assoziation Großbritanniens (sowie weiterer interessierter Staaten) vorsah - beide, Föderation und Assoziation, innerhalb der weitgefaßten Atlantischen Gemeinschaft; -, ist Mitte 1954 mit der EVG gescheitert. Die Messina-Gespräche 1955, die in den Römischen Verträgen zur EWG geführt haben, nahmen die Initiative rein wirtschaftlich wieder auf, jedoch mit der Absicht, von dorthin allmählich auf den Weg des politischen Zusammenschlusses zurückzugelangen: die Einigungspolitik sollte sich in der Wirtschaft und durch sie vollziehen. Man hoffte, auf solche Weise insbesondere die volle Teilnahme Großbritanniens zu gewinnen, das 1962 tatsächlich den Willen dazu bekundete.

General de Gaulle, nach der Bereinigung des algerischen Problems für seine eigenen Vorstellungen von der Außen- und der Militärpolitik freigeworden, proklamierte sein "Europa der Vaterländer", das heißt statt der Errichtung einer supranationalen Regierungsautorität eine in den Kompetenzen nur auf enge Zusammenarbeit gerichtete, durch ein Vetorecht der Mitgliedstaaten eingeschränkte und überdies territorial auf den Kontinent begrenzte Politische Union, der die wirtschaftlichen und sonstigen Gemeinschaften als Machtgrundlage dienen sollten. Der französische Vorschlag bezweckte also für die Dauer weniger, als mit der "Politik von Brüssel" auf weite Sicht gemeint ist, für den Augenblick jedoch mehr, und dies beschleunigt, aber unter Ausschluß Großbritanniens, weil de Gaulle die Möglichkeit einer vollen und gleichberechtigten Mitwirkung der Briten am Kontinent als eine Illusion ansieht - eine störende demokratische, das heißt für ihn retardierende Illusion, die seiner Auffassung nach insbesondere die Bedeutung souveräner Macht verkennt(auf die nach de Gaulles Ansicht Großbritannien im Verhältnis zu den USA verzichtet habe).

Infolgedessen ist der Verdacht blockierend in den europäischen Einigungswillen geraten, die von de Gaulle geleitete französische Politik strebe Hegemonie an, ein Verdacht, der durch weitere Umstände - vor allem eine deutlich zum Ausdruck gebrachte Distanz gegenüber den USA und deren weltpolitischem Führungsanspruch - begründet erschien.

In der allgemeinen Desorientierung, die sich aus der Europa-Politik de Gaulles ergeben hat, vertreten die einen die Tendenz, nunmehr abzuwarten, wie sich die Dinge weiterentwickeln mögen. Das müßte in der Konsequenz den Verzicht auf eigene Einigungsaktivität für die Zeit der Regierungsdauer de Gaulles bedeuten. Die anderen wünschen eine Fortsetzung wenigstens der wirtschaftlichen

Zusammenschlußbemühungen, wofür sie die Aussichten trotz der sichtbaren Schwierigkeiten nicht unterschätzt sehen möchten; ihrer Ansicht nach habe de Gaulle Verständnis dafür, daß man in der EWG gewisse weitere Fortschritte zustandebringe. Eine dritte Richtung vertritt den Vorschlag, sich auf eine beschränkte Politische Union im Sinne de Gaulles und mit ihm einzulassen; sie erwartet sich von intensiver Zusammenarbeit mehr als von einer gewollten Abstinenz, die zu einer lediglich negativen Reaktivpolitik führen würde.

Auf Grund des französisch-deutschen Konsultationsvertrages - und einiger sonstiger Sonderumstände sieht sich die Bundesrepublik in die Lage versetzt, für die Entscheidung nach der einen oder anderen Seite hin eine mitausschlaggebende Rolle zu spielen. Sie sollte daher, so wird argumentiert, ein konkretes Konzept entwickeln. Es dürfte selbstverständlich nicht in totalem Gegensatz zu dem von de Gaulle stehen. Wenn der Konsultationsvertrag nicht bloß französische Initiativen zu Deutschland hin, sondern Initiativen auch in der umgekehrten Richtung bewirkt, erscheint es möglich, de Gaulle mit dem Ziel zu beeinflussen, das historisch Notwendige zustandezubringen, das über die nationalstaatliche Souveränität praktisch hinausführt, ja dieser in dann veränderter Form sogar den Fortbestand sichert.

Für die Bundesrepublik empfiehlt sich, um die positive Entwicklung wieder in Gang zu bringen, eine besondere Zusammenarbeit mit Großbritannien. Der anglophil geneigten Regierung Erhard sollte das nicht schwerfallen. England und die Bundesrepublik stehen jetzt unter dem aktuellen Druck, den Anschluß an die "Kennedy-Runde" zu finden, das heißt, zu verhindern, daß die EWG zollpolitisch gegenüber der übrigen Welt sich auch nur auf Zeit abschließt; im Gegenteil muß erreicht werden, daß die Voraussetzungen für eine weltweite wirtschaftspolitische Zusammenarbeit, vor allem die zwischen den USA und Europa, geschaffen werden. Es handelt sich gewiß nicht darum, perfekte Lösungen anzustreben, sondern nur darum, es möglich zu machen, daß man sich auf einen für alle nützlichen Weg begibt.

Wenn die Bundesrepublik im Einvernehmen mit Großbritannien diesen Weg geht, müßte sie selbst zu gewissen Opfern bereit sein. Einige von Ihnen waren der Meinung, daß derartige Kompromißbereitschaften der Bundesrepublik nicht eigentlich Opfer genannt werden sollten, denn die entsprechenden Entschlüsse lägen ohnehin auf lange Sicht im deutschen Interesse selbst, sogar auf dem agrarpolitischen Gebiet; die EWG könne wertvolle Hilfe dabei leisten. Ergreife man daher von Bonn aus die richtigen Initiativen, so könne sich für die nächste absehbare Zeit die Entwicklung zum Positiven wenden.

Die politischen Aufgaben, die insgesamt zu lösen sind, lassen sich aber nicht auf den EWG-Zuständigkeitsbereich einengen. Teilweise liegen sie auf ganz anderen Gebieten, teilweise greifen sie, obschon mit der EWG zusammenhängend, weit darüber hinaus. Der Auffassung ist in unserer Diskussion nicht widersprochen worden, daß man sich einerseits vom Problem und von den Problemen der europäischen Einigung nicht bannen lassen dürfe, daß man andererseits an den beiden weltpolitischen Hauptaufgaben orientiert bleiben solle: der Entspannung zwischen den gegnerischen Systemen und dem Ausgleich der Existenzbedingungen zwischen den Rassen und Kontinenten.

Was das nichtkriegerische Nebeneinander und Miteinander anlangt, so schließt es Möglichkeiten der mittel- und osteuropäischen Politik ein, an denen die Bundesrepublik natürlicherweise ganz besonders interessiert sein muß. Ich glaubte, den Ausführungen heute abend entnehmen zu können, daß man der Ansicht ist, eines Tages bei de Gaulle in solchen Zusammenhängen vielleicht auf ein überraschendes Verständnis zu stoßen.

Die Gesamtfeststellung ist also doch wohl nicht unangebracht, daß unsere zuweilen etwas umwegigen und schwierigen Erörterungen einige aufschlußreiche Aspekte der vielschichtigen Problematik sichtbar gemacht haben.

Körber

Meine Herren! Es ist fast zwei Uhr morgens, und ich möchte mich nach Ihrer umfassenden und differenzierten Zusammenfassung, Herr Professor Kogon, auf wenige Sätze beschränken. Ich freue mich, daß wir uns in diesem europäischen Streitgespräch an die politischen, ökonomischen und sozialen Wirklichkeiten gehalten haben und nicht utopischen Vorstellungen über mögliche Ziele der EWG verfielen. Bei der uns gestellten Frage "Wohin treibt die EWG?" ist klar herausgestellt worden, daß Europa um seiner selbst und um der mit ihm verbundenen Welt willen eine über die Rentabilität der Wirtschaft hinausgehende, umfassende politische Verpflichtung hat. Das Europa der Sechs darf daher nicht allein aus wirtschaftlicher Vernunft oder aus sozialen Zwängen oder aus gebietsmäßig eingeengten Zweckmäßigkeiten heraus entstehen. Es wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß die

EWG aus dem Stadium der jetzigen Stagnation trotz aller erzielten wirtschaftlichen Fortschritte nicht herauskommen kann, wenn sie sich nur von ökonomischen Prämissen leiten läßt.

Mögen die in diesem Gespräch herausgestellten, über die bisherigen EWG-Ziele hinausführenden, besonders deutlich gemachten Aufgaben der Bundesrepublik und Großbritanniens von den dafür verantwortlichen Stellen erkannt und wahrgenommen werden, damit die EWG in einem größeren Rahmen sowohl ihren Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West, als auch zur Lösung des Problems zwischen Nord und Süd in der Gemeinschaft der davon betroffenen Länder leisten kann. Daß diese Leistung politisch, aber auch ökonomisch nicht nur aller schöpferischen und freien Initiativkräfte, sondern auch Prinzipien der systematischen Planung bedarf, soll für den wirtschaftspolitischen Bereich in unserem nächsten Gesprächskreis erörtert werden, der unter dem Thema steht: "Planung in der freien Marktwirtschaft". Das Referat wird Professor Salin, Basel, halten. Unter der Leitung von Professor Bombach, Basel, werden Planungsfachleute aus verschiedenen europäischen Ländern miteinander diskutieren.

Ich glaube, wohl in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich Herrn Kitzinger und Herrn Delcour für die Referate herzlich danke. Gleichfalls möchte ich unseren ausländischen Gästen für die präzise Darlegung der Standpunkte und Probleme aus der Sicht ihres Landes Dank sagen. Nicht zuletzt möchte ich unseren heutigen Diskussionsleiter, Herrn Professor Kogon, zu seiner disziplinierten Diskussionsführung aufrichtig beglückwünschen.